

—
GfK Verein

Challenges of Nations 2018 – eine Studie des GfK Vereins

Von Arbeitslosigkeit und Inflation
bis hin zu Armut – welche Themen
beschäftigen die Menschen?



Copyright GfK Verein

Nachdruck, Weitergabe und Ähnliches – auch auszugsweise – sind nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des GfK Vereins gestattet.

Oktober 2018

Verantwortlich: Ronald Frank

GfK Verein
Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V.
Nordwestring 101, 90419 Nürnberg

Tel.: +49 911 95151-983 und -972 – Fax: +49 911 37677 872

Vereinsregister Amtsgericht Nürnberg VR200665

E-Mail: hello@gfk-verein.org
Internet: <http://www.gfk-verein.org>

Druck: Druckhaus Haspel, Erlangen

Challenges of Nations 2018 – eine Studie des GfK Vereins

GfK Consumer Insights:
Birgit Müller, Rolf Bürkl

GfK Verein:
Ronald Frank

Von Arbeitslosigkeit und Inflation bis hin zu Armut – welche Themen beschäftigen die Menschen?

	Seite
Zusammenfassung der wichtigsten Studienergebnisse	4
1 Die Herausforderungen der Nationen	7
2 Europa	
Frankreich	24
Deutschland	27
Italien	45
Polen	48
Russland	51
Spanien	54
Schweden	57
Türkei	60
Großbritannien	63
3 Nord- und Südamerika	
Brasilien	70
Mexiko	73
USA	76
4 Asien und Pazifik	
Indien	84
Indonesien	87
Iran	90
Japan	93
Südkorea	96
5 Afrika	
Kenia	100
Südafrika	103
6 Anhang und Methode	106

Zusammenfassung (1)

Was beschäftigt die Bürger in den einzelnen Ländern ganz besonders?



Die Studie „Challenges of Nations“ umfasst 2018 weltweit **19 Länder**.

Insgesamt wurden in allen diesen Ländern **23.030 Personen** befragt, die **stellvertretend** für mehr als 2 Milliarden Menschen weltweit stehen.



Das Problem der Arbeitslosigkeit bleibt 2018 stabil mit 23% der Spitzenreiter der internationalen Sorgenliste.



Etwas weniger Menschen als im Vorjahr, nämlich insgesamt jeder Fünfte, betrachtet die Entwicklung der Preise und der Kaufkraft mit Skepsis.



Auf den weiteren Plätzen folgen die Themen Korruption, Kriminalität und Gesundheitswesen, über die sich jeweils gut jeder Zehnte Gedanken macht.



Die **Arbeitslosigkeit** stellt in vier Ländern die Hauptsorge dar:



Für die Spanier erweist sich die Arbeitsmarktsituation erneut als wichtigstes Thema, seit 2015 geht die Besorgnis jedoch stetig auf aktuell 54% zurück.



Unverändert machen sich 46% der Italiener Gedanken über den Mangel an Arbeitsplätzen, damit liegt das Thema weiter an der Spitze.



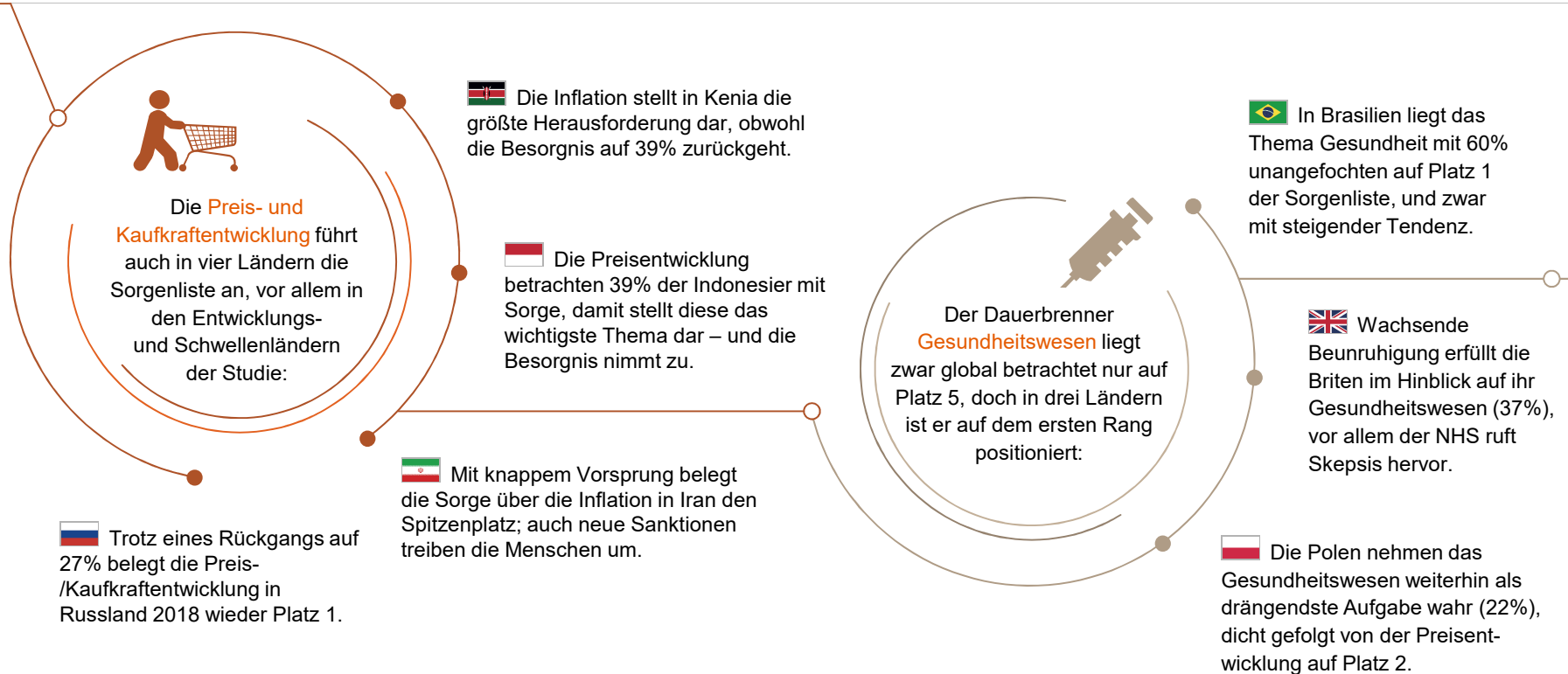
In Frankreich dominiert die Sorge über die Arbeitslosigkeit mit 43% wieder die Agenda, wengleich die Besorgnis zum zweiten Mal in Folge sichtlich zurückgeht.



Auch in Indien belegt die Sorge über den Arbeitsmarkt den ersten Platz, und zwar mit einem Anstieg zum Vorjahr auf 35%.

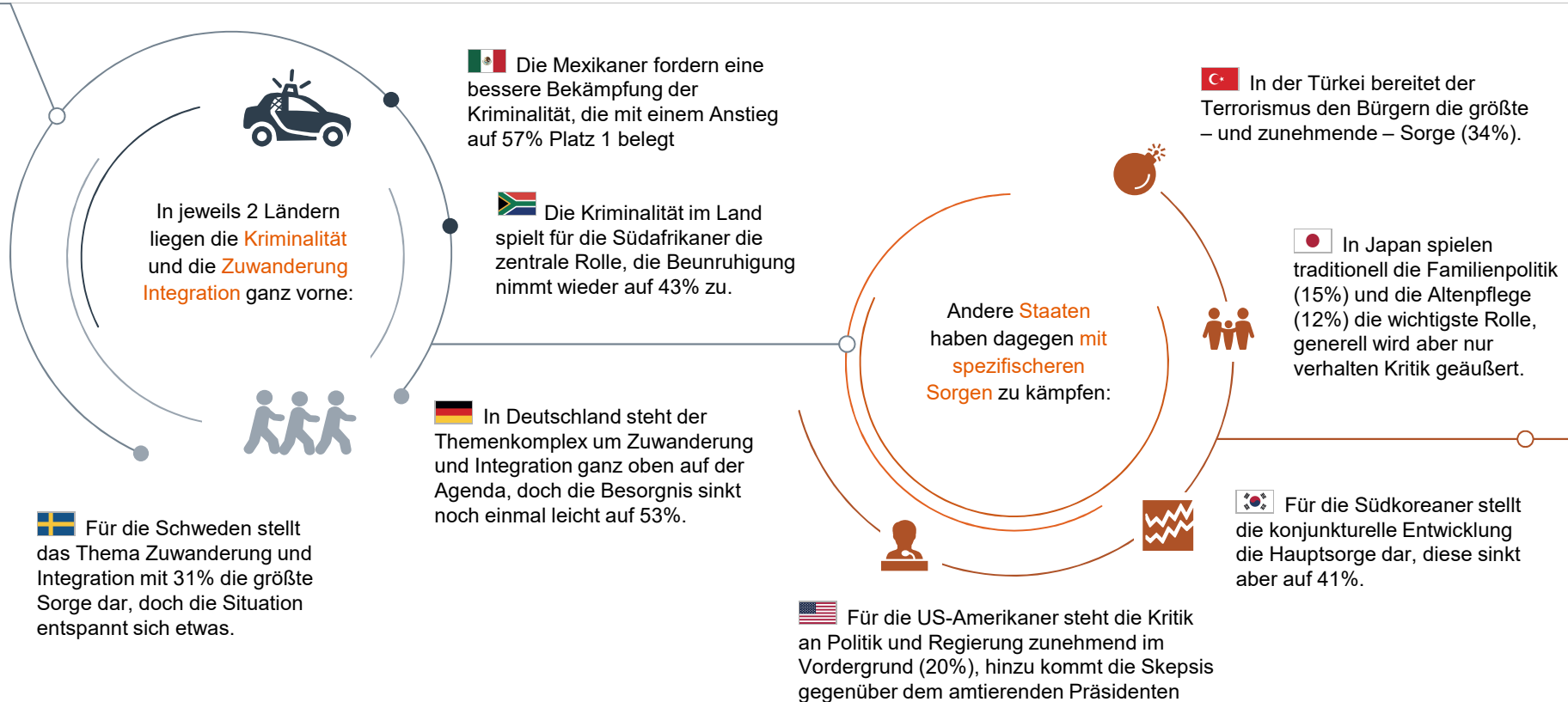
Zusammenfassung (2)

Was beschäftigt die Bürger in den einzelnen Ländern ganz besonders?



Zusammenfassung (3)

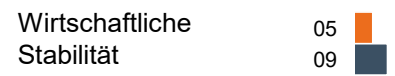
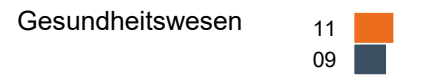
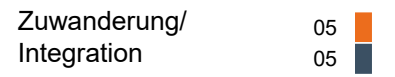
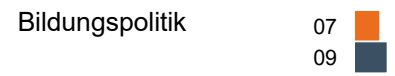
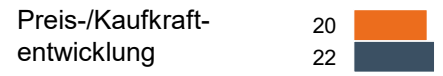
Was beschäftigt die Bürger in den einzelnen Ländern ganz besonders?



1 Die Herausforderungen der Nationen

Nationen im Überblick /// Die Herausforderungen 2018; Top 10 – Zusammenfassung aller Länder*: Das Problem der Arbeitslosigkeit bleibt 2018 stabil mit 23% der Spitzenreiter

Nach Anzahl der Einwohner je Land gewichtet (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2018
■ 2017

Basis 2018: 23.030 Befragte *Länderbasis identisch, d.h. Belgien, Österreich, Niederlande, Schweiz, Nigeria 2017 herausgerechnet

Nachrichtlich:
Umweltschutz: 5%
(2017: 9%)

Nationen im Überblick /// Die Herausforderungen 2018 (1); Top 2 je Land

Vor allem in Polen, aber auch in Russland und UK werden die Top 2-Themen ähnlich bewertet

(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

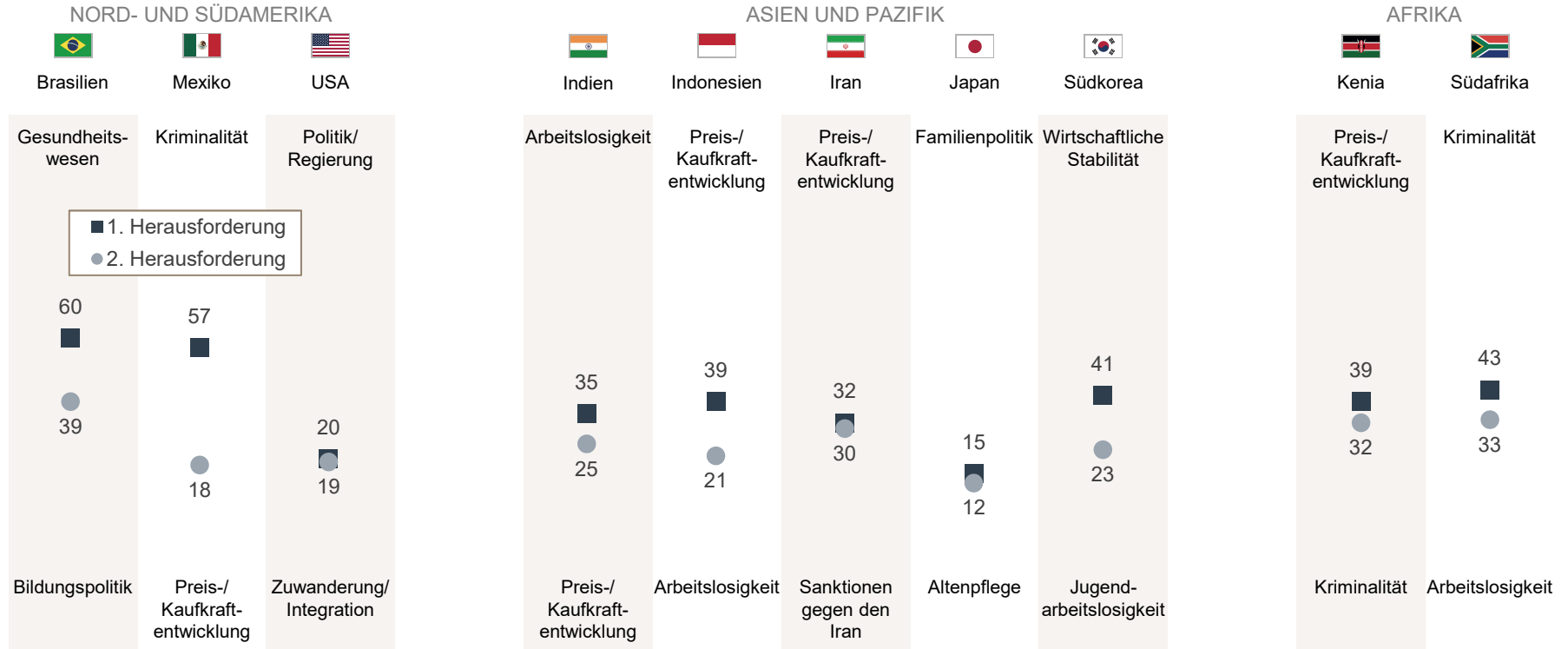


Basis: 23.030 Befragte

Nationen im Überblick /// Die Herausforderungen 2018 (2); Top 2 je Land

Auch in den USA, Iran und Kenia gibt es jeweils zwei fast gleich wichtige Herausforderungen

(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis: 23.030 Befragte

Nationen im Überblick /// Die Herausforderungen 2018 (1); Top 10 Gesamt – Häufigkeiten der Nennungen













	Alle Nationen	EUROPA									
		Ø									
Arbeitslosigkeit	23	22	43	12	46	12	10	54	6	18	5
Preis-/Kaufkraftentwicklung	20	13	17	12	6	18	27	1	0	2	8
Korruption	14	5	0	0	7	1	6	28	0	0	0
Kriminalität	13	7	12	11	17	2	1	6	13	4	11
Gesundheitswesen	11	17	11	14	23	22	15	13	12	1	37
Politik/Regierung	8	9	7	16	17	12	3	17	1	4	8
Armut	7	5	7	20	4	2	1	3	1	1	4
Bildungspolitik	7	10	9	18	7	3	9	11	6	14	8
Zuwanderung/Integration	5	15	16	53	25	2	1	2	31	3	9
Wirtschaftliche Stabilität	5	7	3	7	8	2	7	8	6	13	4
Basis: 23.030 Befragte	Alle Nationen		Frankreich	Deutschland	Italien	Polen	Russland	Spanien	Schweden	Türkei	Großbritannien

Nationen im Überblick /// Die Herausforderungen 2018 (2)

Top 10 Gesamt – Häufigkeiten der Nennungen

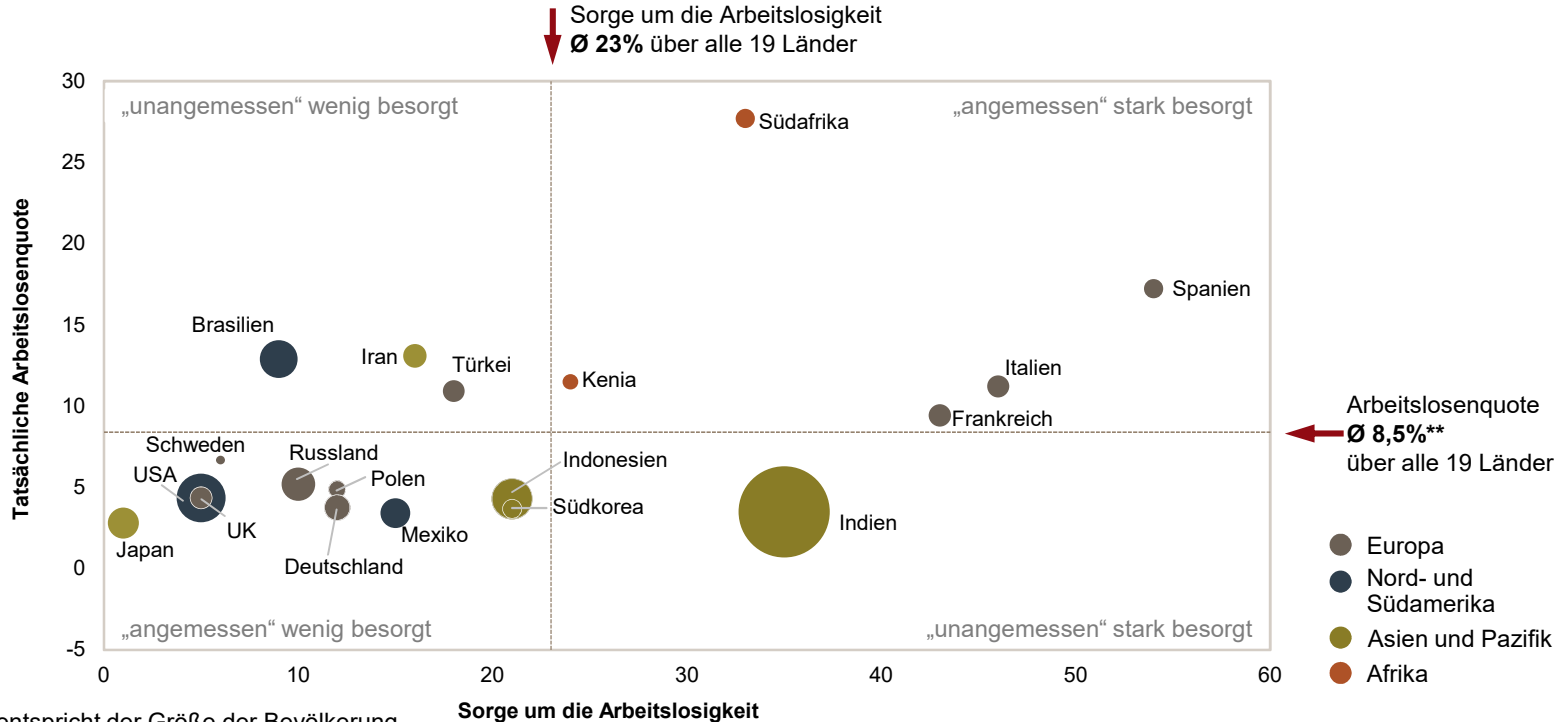
(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



	Alle Nationen	NORD- UND SÜDAMERIKA				ASIEN UND PAZIFIK						AFRIKA		
		Ø				Ø						Ø		
Arbeitslosigkeit	23	8	9	15	5	29	35	21	16	1	21	29	24	33
Preis-/Kaufkraftentwicklung	20	12	23	18	4	25	25	39	32	4	15	17	39	2
Korruption	14	11	22	17	2	18	21	17	19	1	6	25	32	21
Kriminalität	13	24	37	57	4	9	8	17	2	1	7	39	32	43
Gesundheitswesen	11	27	60	1	17	2	0	6	6	4	0	13	27	4
Politik/Regierung	8	21	28	13	20	3	0	6	23	5	7	15	28	7
Armut	7	4	1	12	3	9	10	12	10	2	4	8	10	7
Bildungspolitik	7	15	39	6	4	3	2	5	2	3	3	13	21	7
Zuwanderung/Integration	5	10	0	0	19	0	0	0	2	1	0	1	1	1
Wirtschaftliche Stabilität	5	5	2	10	5	5	0	12	25	4	41	4	7	2
Basis: 23.030 Befragte	Alle Nationen		Brasilien	Mexiko	USA		Indien	Indonesien	Iran	Japan	Südkorea		Kenia	Südafrika

Nationen im Überblick /// Gegenüberstellung der Sorge um die Arbeitslosigkeit mit der tatsächlichen Arbeitslosenquote in %*

(Sorge um die Arbeitslosigkeit: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

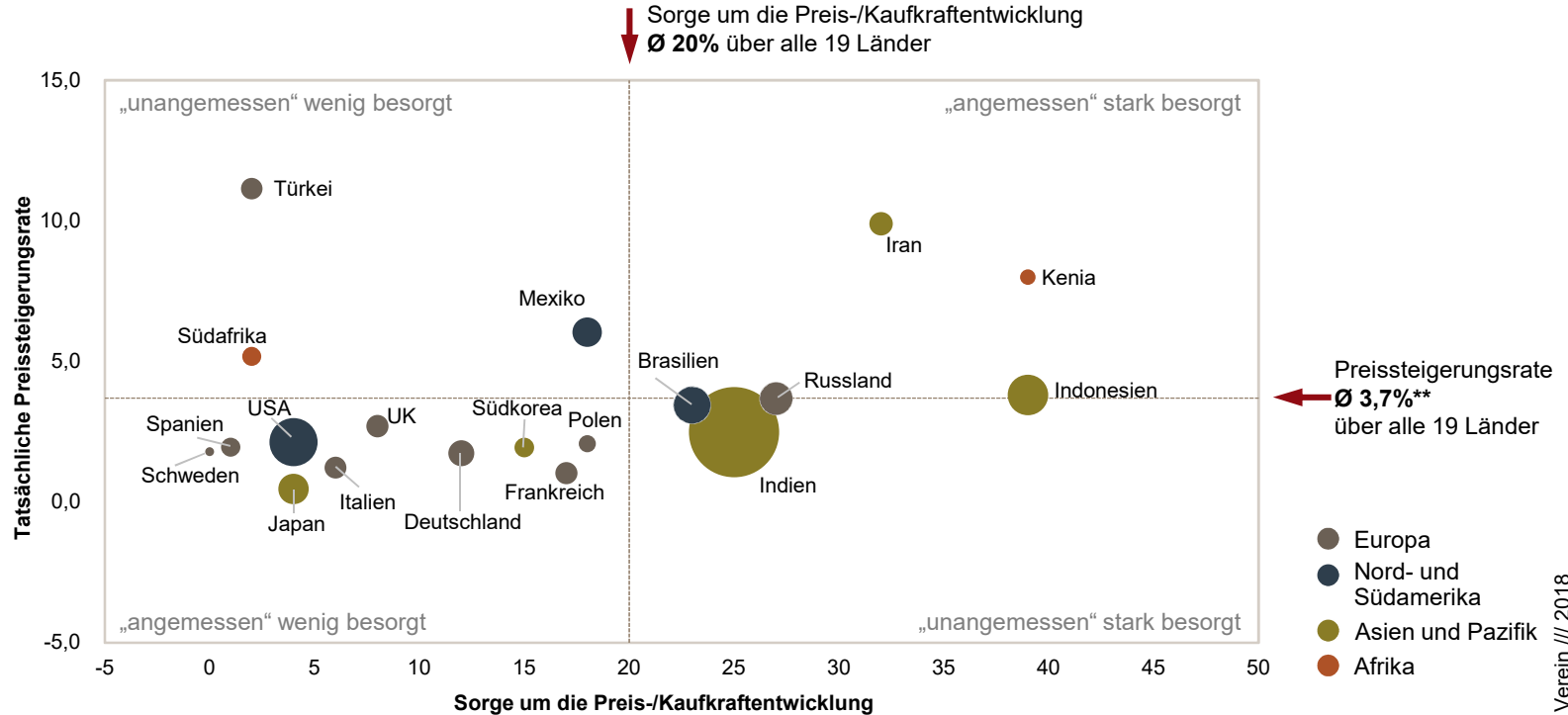


Die Größe der Punkte entspricht der Größe der Bevölkerung

*Quelle: OECD (2017, Stand Mai 2018); Quelle Russland, Brasilien, Kenia, Südafrika, Indien, Indonesien, Iran: Weltbank (2017, Stand Juni 2018), **Durchschnitt = ungewichteter Mittelwert

Nationen im Überblick /// Gegenüberstellung der Sorge um die Preis-/Kaufkraftentwicklung mit der tatsächlichen Preissteigerungsrate in %*

(Sorge um die Preis-/Kaufkraftentwicklung: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

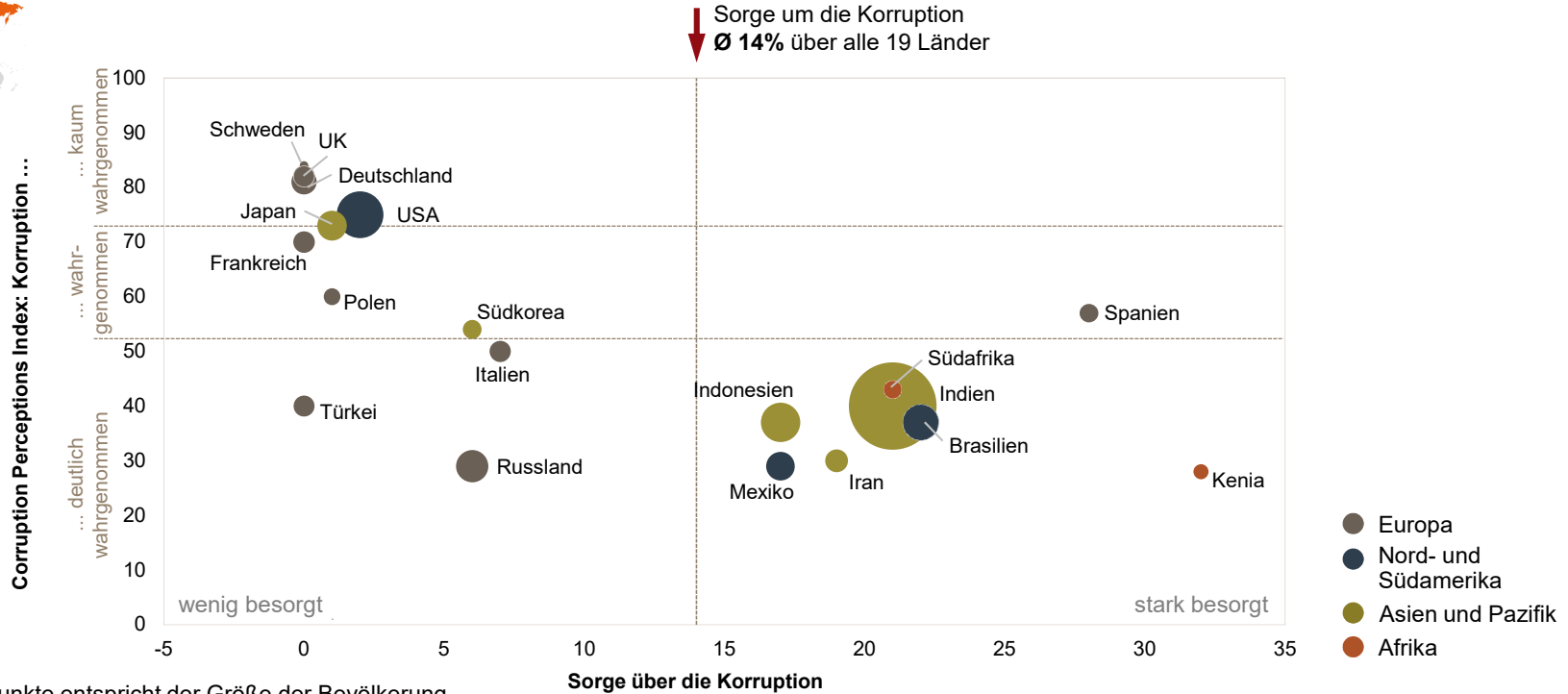


Die Größe der Punkte entspricht der Größe der Bevölkerung

*Quelle: OECD (2017, Stand April 2018); Quelle Iran, Kenia: IWF (2017, Stand Juni 2018), **Durchschnitt = ungewichteter Mittelwert

Nationen im Überblick /// Gegenüberstellung der Sorge um die Korruption mit dem Corruption Perceptions Index*

(Sorge um die Korruption: freie Antworten, in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



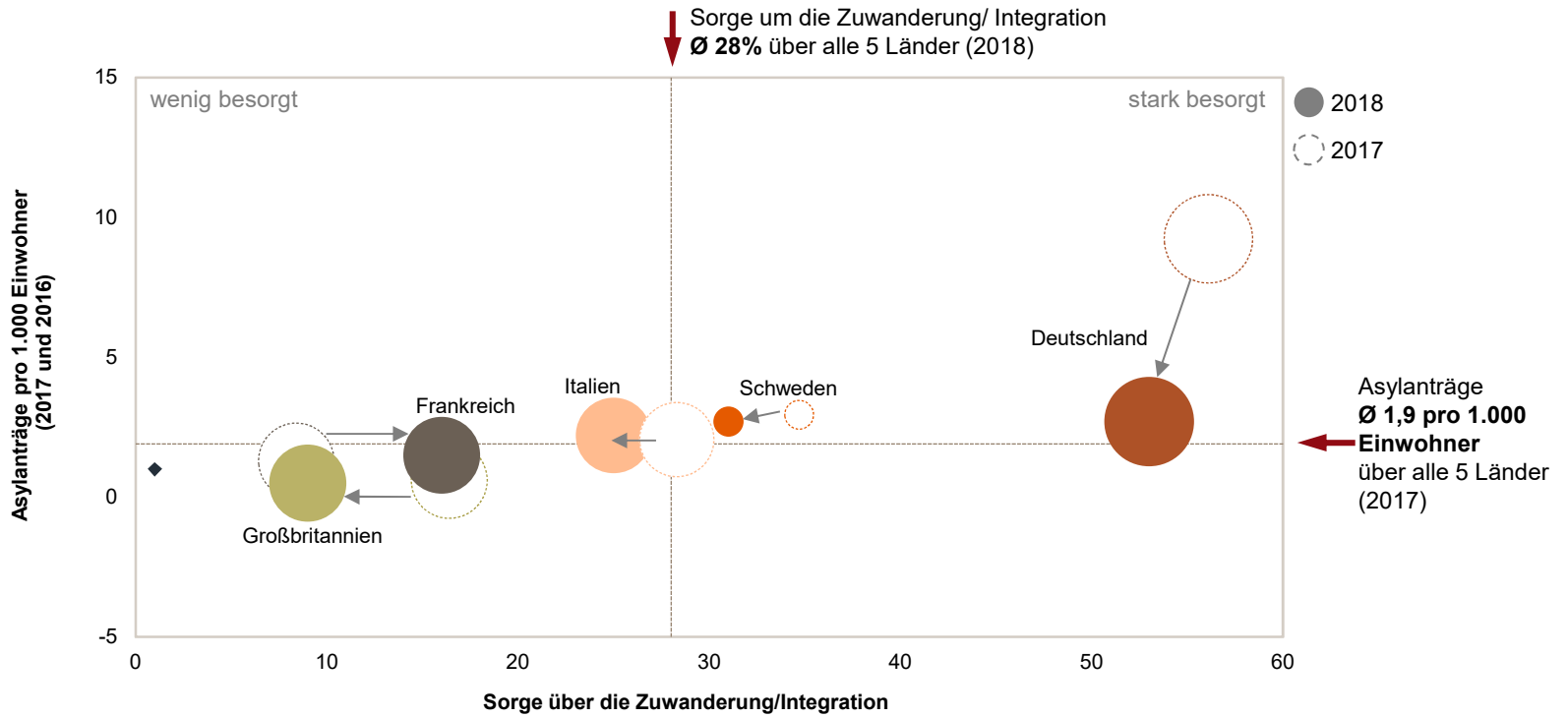
Die Größe der Punkte entspricht der Größe der Bevölkerung

*Quelle: Transparency International (2017, Stand März 2018),

Werte zwischen 0 und 100; 0-49 = deutlich wahrgenommene Korruption, 50-69 = wahrgenommene Korruption, 70-100 = kaum wahrgenommene Korruption

Nationen im Überblick /// Gegenüberstellung der Sorge um die Zuwanderung/ Integration in der EU mit der Zahl dort gestellter Asylanträge*

(Sorge um die Zuwanderung/ Integration: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

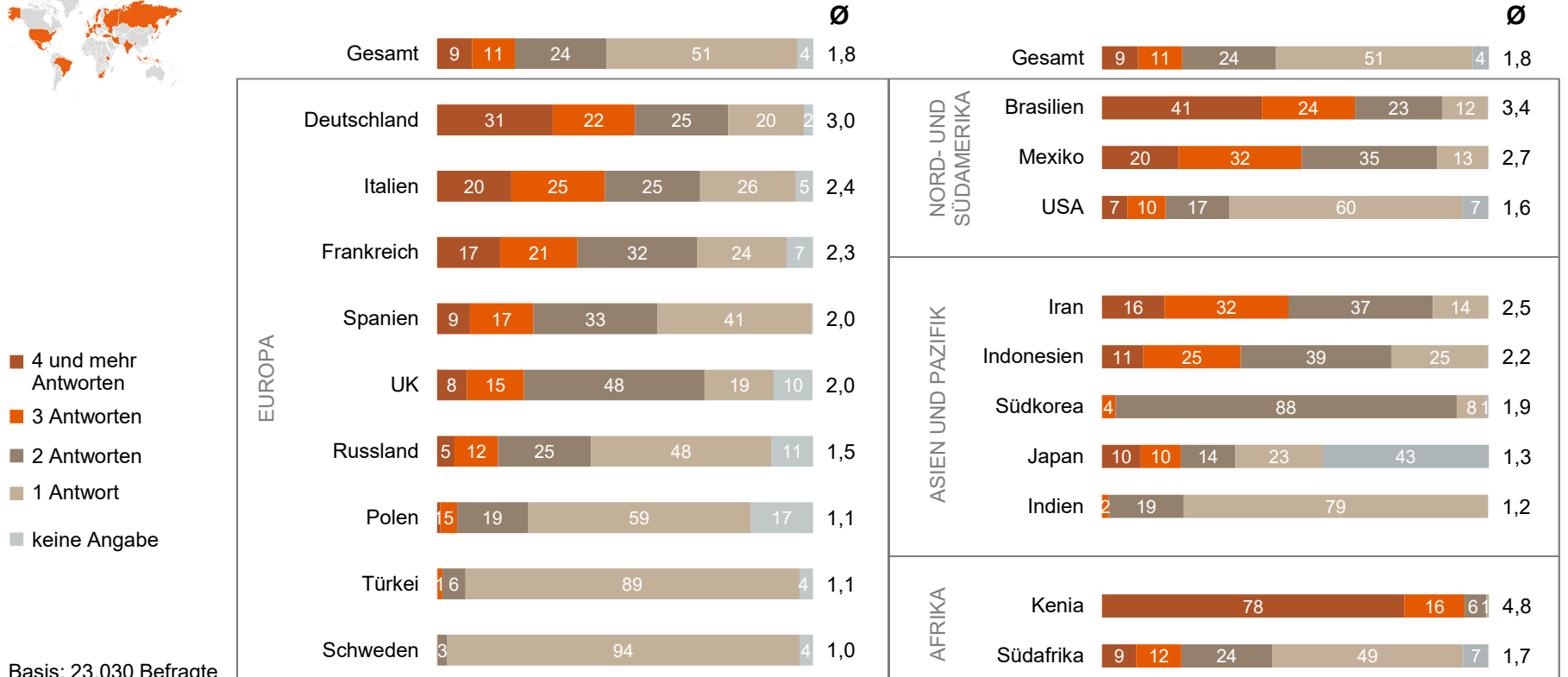


Die Größe der Punkte entspricht der Größe der Bevölkerung; Keine Darstellung von Spanien und Polen aufgrund der geringen Besorgnis
 *Quelle: Eurostat (2017, Stand April 2018)

Nationen im Überblick /// Anzahl der Antworten 2018

Kenia weist mit 4,8 geäußerten Themen mit Abstand den größten Problemdruck auf

Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land in %

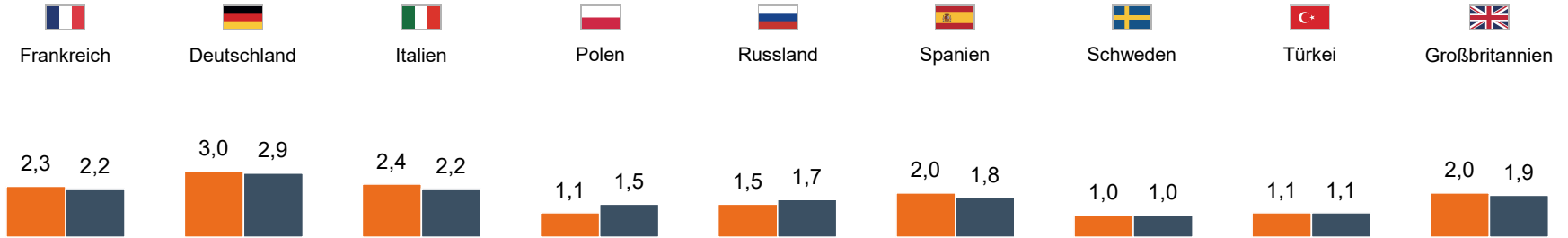


Basis: 23.030 Befragte

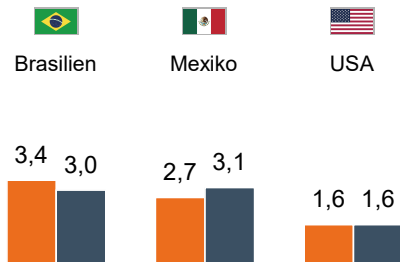
Nationen im Überblick /// Anzahl der Antworten im Jahresvergleich Und der Problemdruck in Kenia wächst noch, wie auch in Brasilien

Durchschnittliche Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land

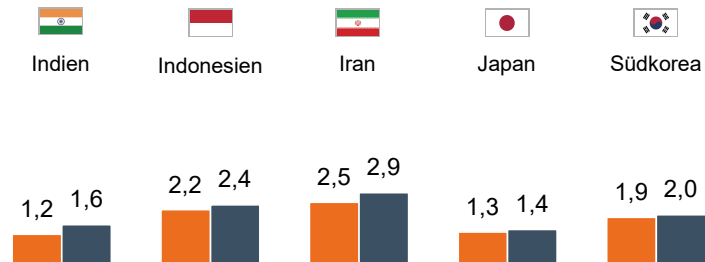
EUROPA



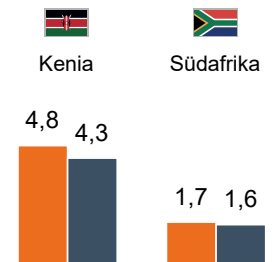
NORD- UND SÜDAMERIKA



ASIEN UND PAZIFIK



AFRIKA



■ 2018 ■ 2017

Basis: 23.030 Befragte

Nationen im Überblick /// Zentrale Ergebnisse (1)



Die Studie „Challenges of Nations“ umfasst 2018 weltweit 19 Länder. Im Vergleich zu 2017 sind fünf Länder nicht mehr Teil dieser Studie: Nigeria sowie mit Belgien, Österreich, den Niederlanden und der Schweiz vier europäische Länder. Der afrikanische Kontinent ist aktuell durch – den letztjährigen Neuzugang – Kenia und Südafrika vertreten. Aus Europa nehmen mit Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Schweden und Großbritannien sowie Polen, Russland und der Türkei neun Länder teil. Keine Veränderung der Länderkonstellation gibt es in Nord- und Südamerika sowie in Asien. Hier repräsentieren weiterhin Brasilien, Mexiko und die USA beziehungsweise Indien, Indonesien, Iran, Japan und Südkorea die jeweiligen Kontinente. Insgesamt wurden in den 19 Ländern 23.030 Personen befragt, die stellvertretend für mehr als 2 Milliarden Menschen weltweit stehen. Um einen globalen Ergebnisvergleich zu ermöglichen, werden die Ergebnisse der einzelnen Länder nach der Größe der Bevölkerung gewichtet.

Das Problem der **Arbeitslosigkeit** bleibt auch 2018 stabil mit 23% der Spitzenreiter der internationalen Sorgenliste. Spanien ist dabei das einzige Land, in dem mehr als die Hälfte der Bürger ihre Beunruhigung darüber äußert. Weit überdurchschnittlich besorgt

zeigen sich außerdem Italien, Frankreich, Indien und Südafrika. Die Besorgnis korrespondiert häufig mit der tatsächlichen Arbeitslosenquote in den einzelnen Ländern, so etwa in Südafrika oder Spanien, wo sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Besorgnis darüber groß ist. Dagegen ist die offizielle Arbeitslosenquote in Indien verhältnismäßig niedrig, die Menschen sind aber dennoch stark beunruhigt. Insgesamt belegt die Sorge um die Arbeitslosigkeit in vier Ländern den ersten Platz und in drei weiteren Platz 2.

Etwas weniger Menschen als im Vorjahr, insgesamt jeder Fünfte, betrachten die Entwicklung der **Preise** und der **Kaufkraft** mit Skepsis, allen voran in Entwicklungs- und Schwellenländern: So belegt das Thema in Kenia, Indonesien, Iran und Russland den ersten Rang, ebenfalls groß ist die Besorgnis in Indien und Brasilien. Häufig hat eine starke Abwertung der heimischen Währung, die zu importierter Inflation führt, zum Preisauftrieb beigetragen. Besonders stark stiegen die Preise 2017 laut OECD außerdem in der Türkei, in Mexiko und Südafrika, wenngleich sich die Bürger in diesen Ländern weniger besorgt zeigen. Über dem europäischen Durchschnitt liegen Frankreich und Polen, wobei dort die Sorge um die Kaufkraft im Vordergrund steht.

Nationen im Überblick /// Zentrale Ergebnisse (2)



Den dritten Platz belegt mit aktuell 14%, nach 16% im Jahr 2017, die Sorge über die **Korruption**. Auch hier lässt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Grad der Besorgnis und der tatsächlichen Lage im jeweiligen Land erkennen. Lediglich einige europäische Länder machen sich eher verhältnismäßig wenig Gedanken. Dazu gehören Russland, die Türkei und Italien, die trotz eines von Transparency International ermittelten ‚Corruption Perceptions Index‘, der für eine deutlich wahrnehmbare Korruption steht, nur verhalten Kritik äußern. Auf der anderen Seite steht Spanien: Dem Land wird zwar nur ein mittlerer CPI attestiert, allerdings äußern sich die Bürger hier wesentlich besorgter als in anderen Nationen, insbesondere in Europa. Nur die Kenianer sind noch beunruhigter, das Land schneidet beim CPI im Vergleich der untersuchten Länder eher schlecht ab.

Ähnlich viele Menschen im weltweiten Vergleich fordern, die **Kriminalität** besser zu bekämpfen. Dies sagen aktuell 13%, 2017 waren es 14%. Besonders für die Mexikaner (57%) und die Südafrikaner (43%) spielt das Thema eine sehr große Rolle – in beiden Ländern belegt es den ersten Platz. Mit einem Durchschnitt von 9% bzw. 7% scheinen Asien und Europa sich weniger von Kriminalität bedroht zu fühlen. Die Ausnahme bilden Indonesien

und Italien, die beide über der durchschnittlichen Besorgnis des jeweiligen Kontinents liegen.

Platz 5 belegt mit einem Anstieg um 2 Prozentpunkte auf 11% das **Gesundheitswesen**. Die mit Abstand größte Beunruhigung aller teilnehmenden Länder löst das Thema in Brasilien (60%) aus. Neben dem südamerikanischen Land liegt die Gesundheitspolitik zudem in Großbritannien (37%) und Polen (22%) auf dem ersten Rang. Auch mehr als ein Viertel der Kenianer sieht Defizite, damit belegt das Thema in dem ostafrikanischen Land aber nur Platz 7.

Mit einer Abnahme auf 8% liegt der Themenkomplex um **Politik** und **Regierung** auf Platz 6 der internationalen Agenda. Am meisten Kopfzerbrechen bereitet die Politik den Menschen in Brasilien und Kenia. Die Auslöser sind international sehr unterschiedlich, von mangelnder Glaubwürdigkeit aufgrund von Korruption über die Kritik an der Ausrichtung der aktuellen Politik bis hin zum Fehlen einer Regierung. Letzteres kritisierten im Frühjahr 2018 die Deutschen (16%), wohingegen in den USA ein Fünftel der Bürger Bedenken äußert, weitere 8% zeigen sich dort explizit skeptisch gegenüber Präsident Trump.

Nationen im Überblick /// Zentrale Ergebnisse (3)



Gleichauf auf den Plätzen 7 und 8 liegen die Themen Armut und Bildungspolitik, beide mit rückläufiger Tendenz. In Deutschland, das zu den reichsten Ländern dieser Studie zählt, sind die Bürger bezüglich der **Armut** mit 20% am stärksten beunruhigt. Während das Thema hier den dritten Platz belegt, rangiert es in allen anderen europäischen Ländern außerhalb der Top 10. In Mexiko und Indonesien äußern sich je 12% besorgt, unter den Indern, Iranern und Kenianern ist es jeder Zehnte.

Auch die **Bildungspolitik** spielt für die Deutschen (18%) im europäischen Vergleich die größte Rolle, hier belegt die Thematik den vierten Platz. Nur die Brasilianer stufen das Bildungswesen als noch verbesserungswürdiger ein, in dem südamerikanischen Land wird zudem der höchste diesjährige Besorgniswert von 39% gemessen, und in Kenia äußert sich ein Fünftel der Bevölkerung skeptisch über das Bildungssystem.

Mit jeweils 5% belegen die Themenfelder Zuwanderung und Integration sowie die Konjunktur die Plätze 9 und 10 im globalen Sorgenranking. Die **Zuwanderung** und **Integration** beschäftigt vor allem die Europäer mit durchschnittlich 15% und die USA mit 19%. Über die Hälfte der Deutschen, fast ein Drittel der Schweden und

jeder vierte Italiener macht sich darüber Gedanken. In Asien und Afrika dagegen spielt das Thema derzeit im Umfragen keine Rolle.

Die **wirtschaftliche** Lage wird global weniger kritisch gesehen, aber in einem asiatischen Land bereitet sie derzeit großes Kopfzerbrechen: In Südkorea belegt diese Herausforderung mit 41% den ersten Platz. Und in Iran, wo sich ein Viertel der Bürger Gedanken darüber macht, liegt das Thema auf Rang 3.

Die beiden zentralen Herausforderungen auf globaler Ebene, die Arbeitslosigkeit und die Inflation, sind jeweils in 4 Ländern an der Spitze positioniert. Für drei Nationen ist das Gesundheitswesen das drängendste Problem, in jeweils 2 Ländern liegen die Zuwanderung und die Kriminalität ganz vorne. Andere Staaten haben dagegen mit spezielleren Sorgen zu kämpfen. So zum Beispiel die Türkei, wo der Terrorismus den Bürgern am meisten Sorge bereitet. In Japan spielen – auch wegen der demografischen Entwicklung – traditionell die Familienpolitik und Altenpflege eine wichtige Rolle. Und in Südkorea stellt die konjunkturelle Entwicklung die Hauptsorge dar. Für die US-Amerikaner steht dagegen die Kritik an der Politik und der Regierung derzeit im Vordergrund.

Nationen im Überblick /// Zentrale Ergebnisse (4)



Die Studie „Challenges of Nations“ zeigt nicht nur auf, welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten es bezüglich der Wichtigkeit der jeweiligen Themen gibt, sondern lässt auch Rückschlüsse auf die **Problemvielfalt** und damit den Problemdruck in den Ländern zu. Die durchschnittliche Anzahl der Probleme, die jeder Bürger äußert, variiert zwischen 1,0 und 4,8 Themen. Neben dem tatsächlichen Problemdruck müssen allerdings auch kulturelle und politische Umstände berücksichtigt werden – zum Beispiel die Bereitschaft und Möglichkeit, Kritik offen äußern zu wollen oder zu können. Im Durchschnitt gibt jeder Bürger **1,8 Herausforderungen** an, das sind etwas weniger als im Jahr 2017.

Mit 4,8 Antworten pro Person sehen die Kenianer mit Abstand den größten Verbesserungsbedarf – zudem steigt der Problemdruck gegenüber 4,3 Antworten im Jahr 2017 an. Südafrika dagegen liegt mit 1,7 Antworten knapp unter dem globalen Mittelwert. Mit Brasilien (3,4) und Mexiko (2,7) sehen sich die beiden großen lateinamerikanischen Länder der Studie ebenfalls mit zahlreichen Problemen konfrontiert. Die Entwicklung differiert allerdings, denn in Brasilien nimmt der Problemdruck zu, während er in Mexiko sinkt. Die USA befinden sich mit 1,6 Antworten dagegen in einer vergleichsweise entspannten Lage. In Europa erweist sich

Deutschland mit 3,0 Antworten pro Person erneut als besonders – und zunehmend – kritisch. Dahinter folgen Italien und Frankreich mit 2,4 und 2,3 Antworten pro Person. In Asien äußern Iraner (2,5) und Indonesier (2,2) überdurchschnittlich viele Sorgen.

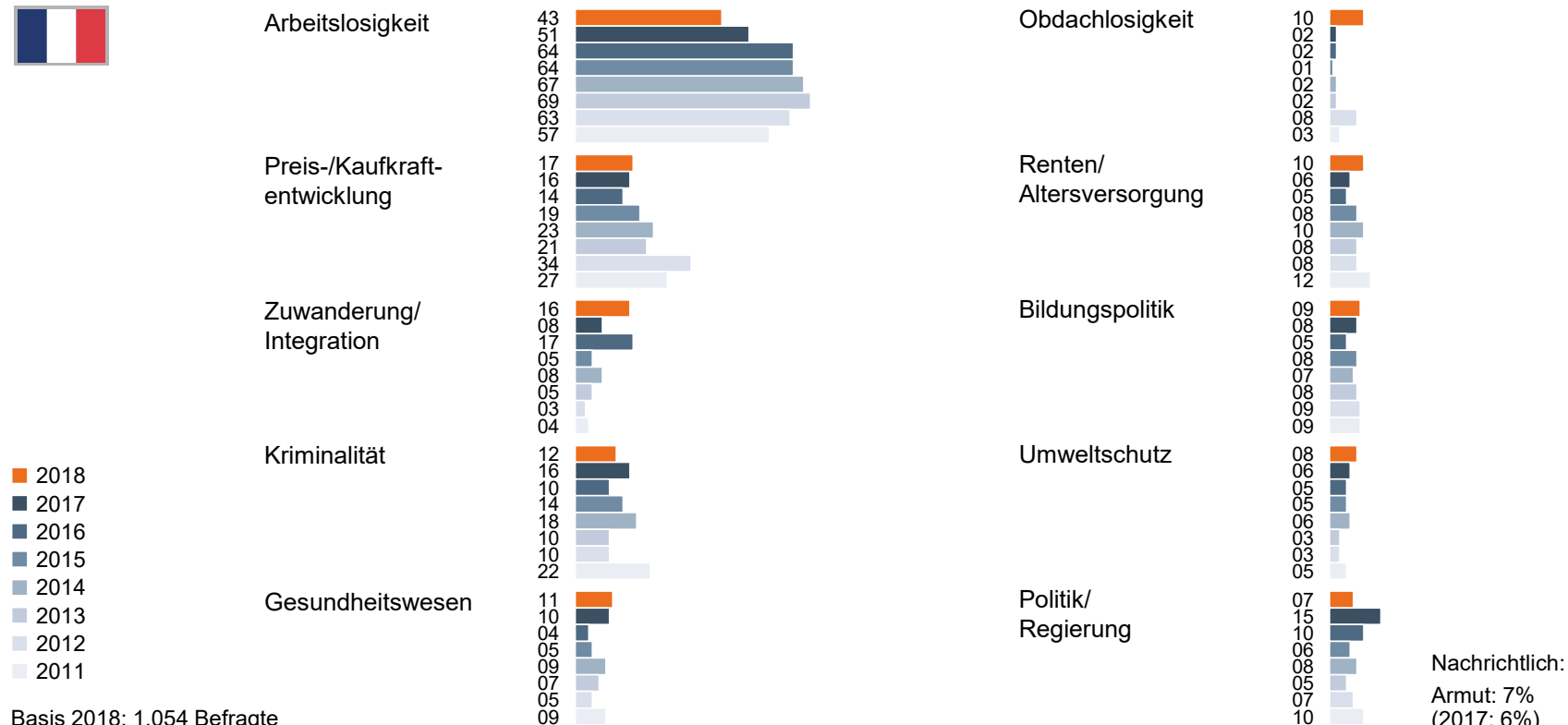
Den stark besorgten Ländern stehen auch einige Nationen mit geringem Problemdruck gegenüber – allen voran Schweden, wo erneut jeder Befragte nur eine einzige Sorge äußert. Mit Polen und der Türkei, wo die Bürger jeweils 1,1 Herausforderungen nennen, präsentieren sich zwei weitere europäische Länder unterdurchschnittlich besorgt. Während die Türken schon länger wenig Kritik äußern, lässt in Polen der Problemdruck erst dieses Jahr wieder nach – ähnlich wie in Indien. Japan hingegen zählt im Rahmen dieser Studie schon länger zu den Ländern, die sich eher zurückhaltend äußern.

Solche Entwicklungen haben unterschiedliche Ursachen. In einigen Ländern fokussieren sich die Menschen stärker auf ein bestimmtes, ganz besonders wichtiges Problem. In anderen Ländern spielen mehrere Themen eine Rolle oder neue Themen gewinnen an Brisanz. Welche Probleme die Bürger in den einzelnen Ländern – auch im Zeitverlauf – als besonders wichtig erachten, wird in den folgenden Kapiteln beschrieben.

2 Europa

Frankreich /// In Frankreich dominiert die Sorge über die Arbeitslosigkeit mit 43% wieder die Agenda, wenngleich die Besorgnis zum zweiten Mal in Folge sichtlich zurückgeht

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Frankreich zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2018: 1.054 Befragte

Nachrichtlich:
Armut: 7%
(2017: 6%)



In Frankreich zeigt sich 2018 ein gemischtes Bild. Während im Vergleich zum Vorjahr andere, teils neue Herausforderungen die Bürger umtreiben, sehen die Franzosen einige der vorher dominanten Sorgen sichtlich weniger kritisch. So belegt das durchgängige Sorgenkind der vergangenen zehn Jahre – die **Arbeitslosigkeit** – zwar auch 2018 den ersten Platz. Die Sorge darüber nimmt aber weiter ab. Der Wert von 43% ist der zweitniedrigste seit Beginn der Erhebung im Jahr 2001, erst vier Mal lag er überhaupt unter 50%. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern sieht sich Frankreich schon länger mit einer höheren Arbeitslosenquote konfrontiert. Als eine Ursache hierfür gilt die strikte Regulierung des Arbeitsmarkts. Um dem entgegenzuwirken, setzt Präsident Macron, wie sein Vorgänger Hollande, auf Reformen. Zum einen sollen Arbeitslose strenger kontrolliert werden. Ihnen drohen schneller finanzielle Kürzungen, wenn sie sich nicht aktiv um einen Arbeitsplatz bemühen. Zum anderen soll die Macht der Gewerkschaften eingeschränkt und die der Arbeitgeber etwas gestärkt werden. Die Änderungen dienen als Vorbereitung der geplanten Wirtschaftsreformen, die Frankreich attraktiver für Investoren machen soll – auch um neue Jobs zu schaffen.

Deutliche Entspannung zeigt sich ebenfalls beim Thema

Politik und Regierung. Im Vergleich zu 2017 sehen hier nur noch rund halb so viele Franzosen – nämlich 7% – Verbesserungsbedarf, das bedeutet Platz 10 der Sorgenliste. Im Mai 2017 fand die Stichwahl um das Amt des Präsidenten statt, in der sich der liberale Kandidat Macron gegen die rechtspopulistische Kandidatin Le Pen durchsetzen konnte. Seit seiner Wahl arbeitet Präsident Macron an zahlreichen Reformen, sowohl innenpolitisch als auch in Bezug auf die EU.

Während Macron sich im Wahlkampf noch für eine Umverteilung von Flüchtlingen innerhalb Europas und für mehr Menschlichkeit aussprach, verschärft er nun im eigenen Land die Zuwanderungspolitik. Unter anderem sollen Asylanträge künftig schneller bearbeitet und Flüchtlinge, denen kein Asyl gewährt wurde, schneller abgeschoben werden. Im Gegenzug möchte Macron die legale Einwanderung aus Afrika fördern. Die Sorge über die **Zuwanderung** und die **Integration** verdoppelt sich auf 16%. Somit erreicht die Besorgnis wieder das Niveau von 2015, nachdem sich die Situation 2017 entspannt zu haben schien. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Asylsuchenden und der Zuwanderer aus wirtschaftlichen Gründen im Vergleich zum Vorjahr deutlich, zugleich wurden aber auch mehr Menschen abgeschoben.



Weiterhin klar im Fokus steht die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** auf Platz 2. Bedenken dazu äußern – mit leicht steigender Tendenz – 17% der Franzosen. Ähnlich sieht es bei der Inflationsrate aus, die 2017 gemäß OECD auf moderate 1,0% gestiegen ist, wobei die Teuerungsrate dann aber in der zweiten Jahreshälfte kontinuierlich anzog. Im Januar 2018 erreichte sie mit einem Plus von 1,3% im Vergleich zum Vorjahr den höchsten Stand seit einem Jahr. Doch kritisieren die Franzosen in diesem Zusammenhang traditionell eher zu niedrige Löhne und eine zu geringe Kaufkraft.

Dagegen sorgen sich aktuell weniger Franzosen über die **Kriminalität**, die mit 12% nun den vierten Platz belegt. Eng damit verknüpft dürfte in Frankreich die Sorge über den **Terrorismus** sein, die dieses Jahr fast stabil bei 5% liegt (Platz 15). Im November 2017 endete der Ausnahmezustand, der nach den schweren Terroranschlägen im November 2015 ausgerufen wurde und seitdem sechs Mal verlängert worden ist. Dafür trat ein neues Anti-Terror-Gesetz in Kraft, das Teile der Ausnahmezustand-Regelungen beinhaltet. So erhalten die Sicherheitsbehörden weiterhin zusätzliche Befugnisse, um die innere Sicherheit zu gewährleisten. Auch präventive Hausdurchsuchungen sollen weiter möglich sein,

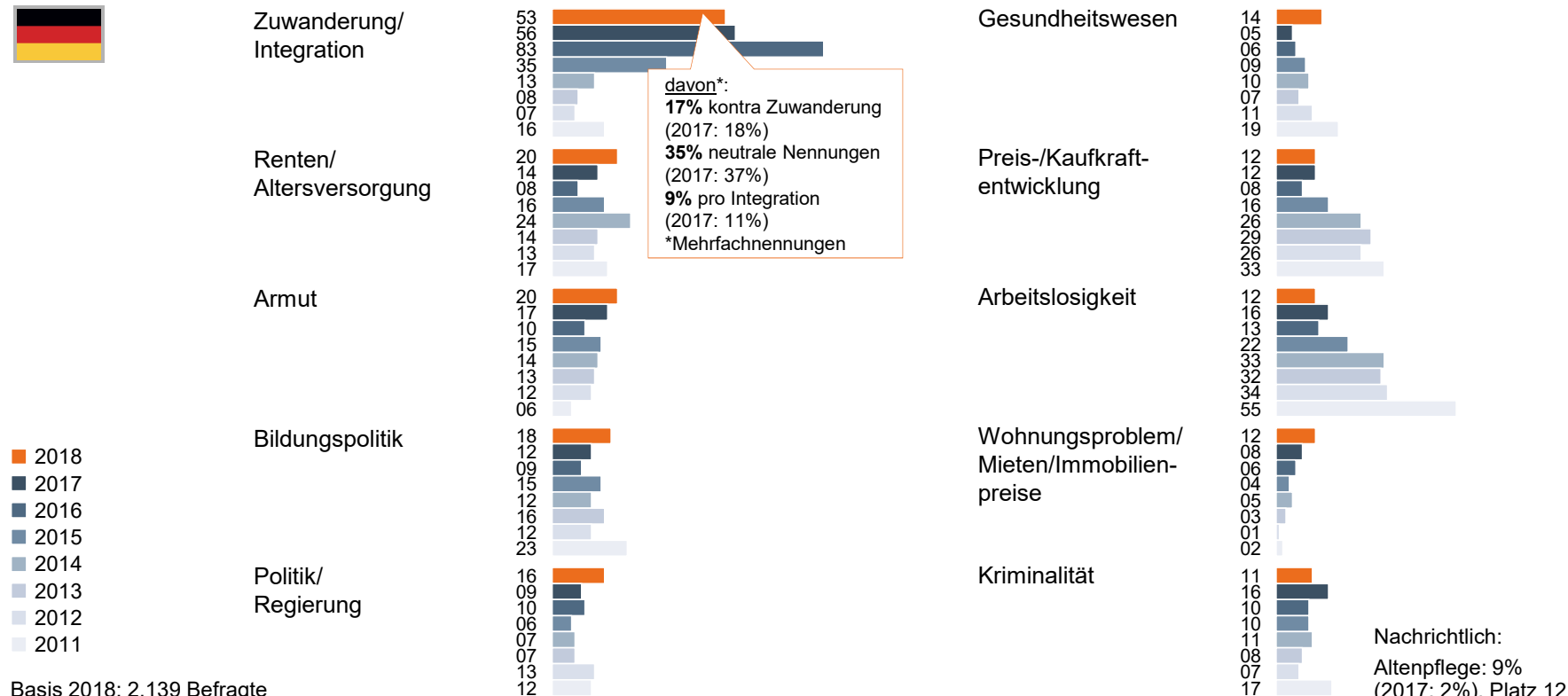
wenn auch nur mit richterlicher Genehmigung. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das Gesetz und warnen vor Willkür.

Die Besorgnis über das **Gesundheitswesen** bleibt mit 11% unverändert und belegt Platz 5 des Rankings. Verglichen mit anderen europäischen Ländern sind in Frankreich die privaten Zuzahlungen der Versicherten hoch. Für eine ambulante Behandlung etwa werden nur rund drei Viertel der Kosten erstattet. Präsident Macron plant nun zunächst Investitionen im Gesundheitswesen, langfristig sollen Effizienzsteigerungen mehrere Milliarden Euro an Kosten einsparen.

Als neues Problem taucht die **Obdachlosigkeit** auf: Mit einem Anstieg von 2% auf 10% belegt das Thema nun Rang 6. Womöglich hat die Kältewelle Ende Februar 2018 – nahezu zeitgleich mit der Erhebung – den Franzosen dieses Problem wieder stärker bewusst gemacht. So ist die Zahl der Obdachlosen in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Hintergrund hierfür sind in erster Linie steigende Mieten und zu wenige Sozialwohnungen. Präsident Macron hat versprochen, bis Ende 2017 Unterkünfte für alle Obdachlosen zur Verfügung zu stellen – dieses Versprechen konnte er aber bislang nicht umsetzen.

Deutschland /// In Deutschland steht der Themenkomplex um Zuwanderung und Integration oben auf der Agenda, doch die Besorgnis sinkt noch einmal leicht auf 53%

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



davon*:
17% kontra Zuwanderung (2017: 18%)
35% neutrale Nennungen (2017: 37%)
9% pro Integration (2017: 11%)
 *Mehrfachnennungen

- 2018
- 2017
- 2016
- 2015
- 2014
- 2013
- 2012
- 2011

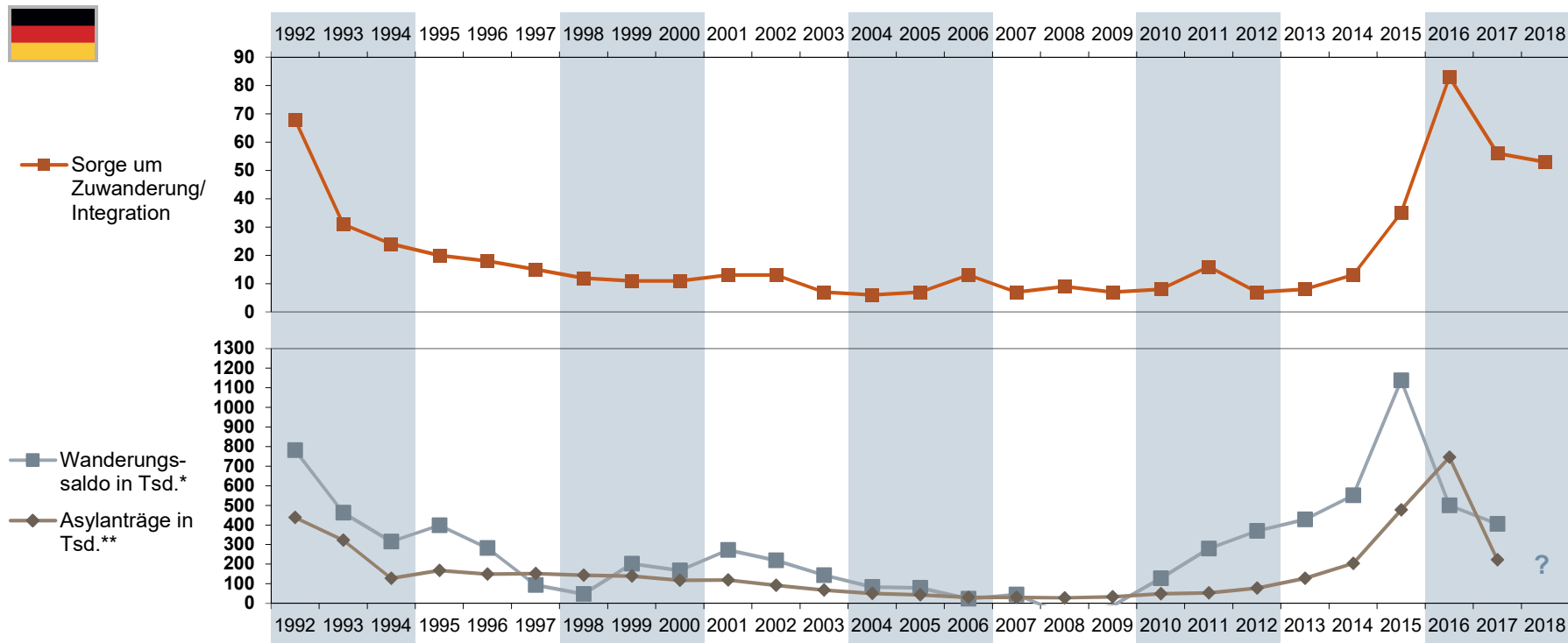
Basis 2018: 2.139 Befragte

Nachrichtlich:
 Altenpflege: 9% (2017: 2%), Platz 12

Deutschland /// Zuwanderung/ Integration 1992-2018

Gegenüberstellung von Besorgnis und Wanderungssaldo bzw. Asylanträge

... % der Befragten nannten Zuwanderung/ Integration als dringendste Aufgabe (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

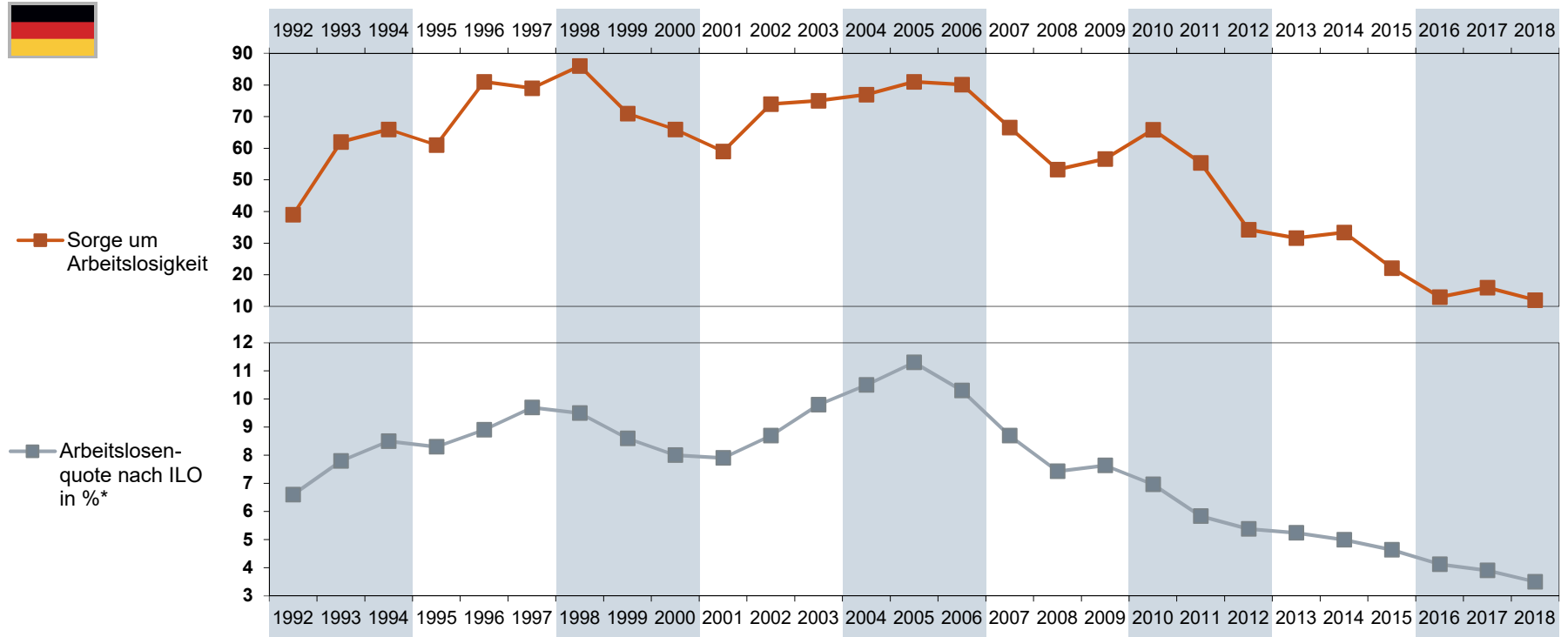


*Quelle: Statistisches Bundesamt (Deutsche und Ausländer), für 2017 vorläufige Angaben; **Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Deutschland /// Arbeitslosigkeit 1992-2018

Gegenüberstellung von Besorgnis und Arbeitslosenquote

... % der Befragten nannten Arbeitslosigkeit als dringendste Aufgabe (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



*Quelle: OECD, Wert für 2018: Q1/2018; Stand April/Mai 2018

Deutschland /// Zentrale Ergebnisse (1)



Erneut gehört Deutschland im Rahmen dieser Untersuchung zu denjenigen Ländern, in denen überdurchschnittlich viele Themen die Menschen beschäftigen. Insgesamt ist der Problemdruck leicht gewachsen – er nimmt von 2,9 auf 3,0 Antworten pro Person gegenüber dem Vorjahr leicht zu. Das Jahr 2017 stand in Deutschland im Zeichen der Politik. So dominierten vor der Bundestagswahl im Herbst 2017 verschiedene Wahlkampfthemen, die je nach politischer Couleur variierten und sich aktuell in den Sorgen der Bürger wiederfinden. Im Anschluss an die Wahl stand eine ungewohnt schwierige Regierungsbildung im Vordergrund.

Vor diesem Hintergrund machen sich gegenwärtig 16% der Bürger Gedanken um den Themenkomplex **Politik** und **Regierung**. Mit einem Zuwachs um 7 Prozentpunkte rangiert das Thema nun auf Platz 5. Dazu trägt neben den Wahlen vor allem die anschließende langwierige Regierungsbildung bei. Insgesamt 8% der Befragten fordern explizit die Bildung einer handlungsfähigen Regierung oder den Abschluss der Koalitionsverhandlungen. Hier muss allerdings zeitlich differenziert werden: Bei den Interviews im Februar 2018 zeigen sich noch 14% skeptisch – im März sind es dann nur noch 2%. Die Regierungsbildung gestaltete sich wegen

der Mehrheitsverhältnisse kompliziert. Während die großen Parteien CDU/CSU und SPD deutlich verloren, konnten die FDP wieder und die AfD erstmals in den Bundestag einziehen. Der Versuch, zum ersten Mal auf Bundesebene eine sogenannte Jamaika-Koalition aus den Unionsparteien, FDP und Grünen zu bilden, scheiterte noch in der Sondierungsphase an der FDP, die zu große Unstimmigkeiten sah. Anschließend führten Union und SPD Gespräche, obwohl die Sozialdemokraten ursprünglich wegen des schlechten Wahlergebnisses in die Opposition gehen wollten. Die beiden Parteien einigten sich dann aber auf einen Koalitionsvertrag. Nach dem ersten Teil dieser Befragung war allerdings noch nicht klar, ob die SPD diesen Vertrag unterzeichnen würde. Viele SPD-Mitglieder sahen eine Neuauflage der sogenannten großen Koalition kritisch, daher ließ die Partei in einem Mitglieder-votum darüber abstimmen. Nachdem aber rund zwei Drittel der Mitglieder dafür gestimmt hatten, wurde am 8. März 2018 das neue Kabinett vorgestellt – ein halbes Jahr nach der Wahl. Das Kabinett von Bundeskanzlerin Merkel präsentierte sich mit neuen Gesichtern und deutlich verjüngt.



Nicht nur war das Thema Zuwanderung im Wahlkampf sehr präsent – es sorgt zudem für eine sehr ausgeprägte Polarisierung: Während sich rund 17% der Deutschen negativ zur Zuwanderung äußern, sprechen sich auf der anderen Seite 9% für mehr Integration und Zuwanderung aus. Insgesamt zeigt sich gut die Hälfte der Bürger besorgt über **Zuwanderung** und **Integration**. Damit geht die Besorgnis allerdings bereits zum zweiten Mal in Folge zurück, wenn auch nur noch leicht. In der Politik entzündete sich die Zuwanderungsdebatte vor allem am Thema der Obergrenze. Zudem wurde sie durch den Skandal um die Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge befeuert, der im April publik wurde. Dabei sollen mehr als 1.000 Asylanträge ohne rechtliche Grundlage anerkannt worden sein. Nicht nur deswegen strebt Bundesinnenminister Seehofer eine Reform der Asylverfahren an, die auch die umstrittenen Ankerzentren beinhaltet. Darüber hinaus fordert die CSU schon seit Längerem eine Begrenzung der Flüchtlingszahl. Dem standen CDU und SPD jedoch kritisch gegenüber. Der Kompromiss im neuen Koalitionsvertrag sieht vor, dass die Zahl der ankommenden Flüchtlinge jährlich nicht mehr als 220.000 betragen soll. Da es in Deutschland aber ein Grundrecht

auf Asyl gibt, werden Asylsuchende auch künftig nicht an der Grenze abgewiesen. Für die kommenden Jahre ist jedoch ohnehin nicht zu erwarten, dass die vereinbarte Zahl überschritten wird. Nachdem 2015 noch rund 900.000 Flüchtlinge nach Deutschland kamen, wurden im Jahr 2017 nur noch rund 200.000 Erstanträge auf Asyl gestellt. Der Rückgang ist vor allem auf das EU-Türkei-Abkommen sowie die Schließung der Balkan-Route zurückzuführen. Während dies die illegale Zuwanderung eindämmt, soll die legale Einwanderung nach Europa gefördert werden. Unabhängig davon kam 2016 schon rund die Hälfte aller Zuwanderer legal nach Deutschland – nämlich aus anderen EU-Ländern.

Im Juni 2018 kam es dann zwischen CDU und CSU zu einem Streit darüber, wie mit bereits abgewiesenen Asylbewerbern umgegangen werden soll, die erneut versuchen, nach Deutschland einzureisen. Während die CSU sowie Innenminister Seehofer auf einer nationalen Lösung mit Abweisungen bereits an der Grenze bestehen, pochen die CDU und Bundeskanzlerin Merkel auf eine europäische Lösung. Anfang Juli konnte der Streit mit einer Kompromisslösung beigelegt werden – zumindest vorläufig.



Den zweiten Platz auf der Agenda belegt die Sorge um die **Renten** und die **Altersversorgung**, die auf 20% zunimmt. Durch den demografischen Wandel stehen immer mehr Bezieher von Renten immer weniger Berufstätigen gegenüber, die in das System einzahlen. Auf die Frage, wie das Rentenniveau dauerhaft gehalten werden kann, gibt es bislang keine umfassende Antwort. Im Koalitionsvertrag ist nun vorgesehen, die gesetzliche Rentenversicherung für Selbständige zu öffnen. Kurzfristig gibt es aber gute Nachrichten für Rentner, denn im Juli 2018 sollen die Renten um rund 3,2% im Westen und um 3,4% im Osten steigen. Die Angleichung der Renten im Osten an das Westniveau soll bis 2024 abgeschlossen sein.

Eng mit dem Thema Rente verknüpft ist die Sorge über die **Armut**, die sich seit 2016 auf den Rekordwert von ebenfalls 20% verdoppelt hat. Rund die Hälfte nennt dabei explizit die Altersarmut als Problem, doch auch Jüngere sind betroffen. Der Bundesregierung zufolge bezog im Februar 2018 fast jeder zehnte Haushalt Arbeitslosengeld II, das umgangssprachlich „Hartz IV“ genannt

wird. Und 2017 war jedes siebte Kind unter 18 Jahren darauf angewiesen. Im Januar sorgte die Ankündigung der Essener Tafel für Aufregung, zunächst keine Neukunden mit ausländischem Pass mehr aufzunehmen, da die bisherige Stammkundschaft wegbleibe. Dies regte eine gesellschaftliche Debatte über Armut und soziale Gerechtigkeit an – und über die Rolle und Verantwortung verschiedener Akteure.

Konträr zur Sorge über die Armut entwickelt sich die Beunruhigung über die **Arbeitslosigkeit**, die auf 12% sinkt (Platz 8) – und damit einen Tiefstand in der Geschichte dieser Erhebung erreicht. Das korrespondiert mit den Arbeitslosenzahlen: Gemäß OECD lag die Erwerbslosenquote 2017 bei 3,8%, wobei sie im Verlauf des Jahres 2017 insgesamt zurückging. Im Februar 2018 erreichte sie dann einen Tiefstand von 3,5%. Für 2018 rechnen Experten allerdings mit einer gegenläufigen Entwicklung: Arbeits-suchende Flüchtlinge werden verstärkt in die Statistik eingehen, dadurch könnte die Arbeitslosenquote wieder ansteigen.



Hinzu kommt der Fachkräftemangel, der sich in einigen Branchen besonders zeigt. Hier finden Unternehmen häufig keine passenden Bewerber auf offene Stellen. Zu diesen Branchen zählen neben dem Handwerk auch das Gesundheitswesen und dabei vor allem die Pflege. Auch der Wahlkampf hat den sogenannten Pflegenotstand stärker ins Bewusstsein gerückt. So äußern sich zur **Altenpflege** 9% der Deutschen, und zwar 6% erstmals explizit zum Mangel an Pflegekräften. Und weitere 14% machen sich Gedanken über das **Gesundheitswesen** im Allgemeinen. Die Besorgnis darüber nimmt mit einem Plus von 9 Prozentpunkten nun wieder deutlich zu. Um dem Problem entgegenzuwirken, sollen über ein Sofortprogramm zunächst 8.000 neue Stellen in Pflegeheimen geschaffen sowie die Bezahlung von Alten- und Krankenpflegern verbessert werden. Im Mai korrigierte die Regierung die Zahl der anvisierten neuen Stellen auf 13.000 nach oben. Angesichts von rund 35.000 offenen Stellen, die nicht besetzt werden können, erscheinen diese Maßnahmen aber Experten zufolge als unzureichend. Geplant ist außerdem, sowohl die Gesundheitsversorgung auf dem Land als auch die Leistungen für gesetzlich Krankenversicherte zu verbessern.

Die **Bildungspolitik** wird von den Deutschen ebenfalls mit wachsender Skepsis betrachtet: Der Sorgenwert steigt zum zweiten Mal in Folge auf 18%, das bedeutet aktuell Rang 4. Dabei belegt Deutschland laut OECD international einen Spitzenplatz in den MINT-Fächern, und zwar sowohl in der beruflichen als auch in der universitären Ausbildung, verbunden mit entsprechend positiven Beschäftigungsaussichten. Doch aus dem Bildungsmonitor 2017 geht auch hervor, dass sich das Bildungssystem bundesweit zuletzt nur wenig verbessert hat. In der Kritik stehen dabei vor allem die zunehmende Zahl an Schulabbrüchen durch Ausländer sowie insgesamt die Lesefähigkeiten der Schüler. Daher plant die Bundesregierung, an den Schulen sowohl die Ganztagsbetreuung als auch die digitale Ausstattung zu verbessern. Zudem soll der Bund nun Schulen in allen Regionen unterstützen dürfen, anstatt wie bisher nur solche in finanzschwachen Kommunen. Denn das Schulwesen liegt eigentlich in der Hand der einzelnen Bundesländer.



Die Sorge um die **Preise** und die **Kaufkraft** bleibt mit 12% im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Einer Studie der GfK zufolge wird die Kaufkraft 2018 pro Kopf nominal um 2,8% auf knapp 23.000 Euro steigen. Wie sich der Zuwachs allerdings tatsächlich auswirken wird, hängt auch von der künftigen Inflation ab. So stiegen die Preise 2017 laut OECD um 1,7% – was trotz einer Zunahme beim Anstieg noch immer ein eher niedriges Niveau darstellt. Insgesamt sind bei diesem Thema für die Deutschen vor allem höhere Löhne und eine gerechtere Einkommensverteilung von Bedeutung, was vermutlich eine Folge der zunehmend diskutierten Einkommensungleichheit ist. Die neue Regierung plant, den Solidaritätszuschlag für den Großteil der bisherigen Zahler abzuschaffen sowie Geringverdiener bei den Sozialabgaben zu entlasten.

Ebenfalls 12% der Deutschen betrachten den Themenkomplex rund um **Wohnen, Mieten** und **Immobilienpreise** mit Sorge. Zuletzt war dieses Thema 1996 in den Top 10 vertreten. Es spielte dann längere Zeit eine eher untergeordnete Rolle, gewinnt aber seit einigen Jahren wieder an Brisanz. Mit der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und der Niedrigzinspolitik der vergangenen Jahre nahm auch die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt

zu. Bundesweit sind die Preise für Immobilien seit 2009 nominal um 60% gestiegen. In den Ballungsräumen stiegen die Immobilienpreise noch stärker, hier ist denn auch die Besorgnis größer (16%). Experten prognostizieren allerdings mittelfristig ein Ende der Preissteigerung und damit eine Entspannung der Lage: Sie rechnen wegen wieder anziehender Zinsen mit einer sinkenden Nachfrage nach Immobilien. Zusätzlich sollen laut Koalitionsvertrag in den kommenden vier Jahren 1,5 Millionen Wohnungen gebaut und die bereits eingeführte Mietpreisbremse verbessert werden. Inwiefern sich das ebenfalls geplante Baukindergeld auf diesen Themenkomplex auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Entspannung zeigt sich in diesem Jahr am unteren Ende der Sorgenliste. Dort rangiert die **Kriminalität**, die mit einer deutlichen Abnahme auf 11% aktuell wieder das Niveau von 2016 erreicht. Das spiegelt sich auch in der Kriminalstatistik wider: Demnach sank die Zahl der erfassten Verbrechen 2017 gegenüber dem Vorjahr um fast 10%, was einem Rückgang um etwa 600.000 Straftaten entspricht. Vor allem die Zahl der Wohnungseinbrüche geht spürbar zurück. Die Zunahme bei den Drogendelikten dürfte jedoch dazu führen, dass die Kriminalität auch weiterhin eine große Herausforderung bleibt.

Deutschland /// Die Herausforderungen 2018

Top 10 – nach alten und neuen Bundesländern

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



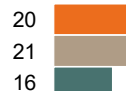
Zuwanderung/
Integration



Gesundheitswesen



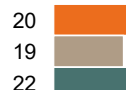
Renten/
Altersversorgung



Preis-/Kaufkraft-
entwicklung



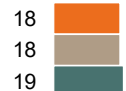
Armut



Arbeitslosigkeit



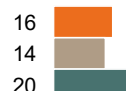
Bildungspolitik



Wohnungsproblem/
Mieten/Immobilien-
preise



Politik/
Regierung



Kriminalität



■ Gesamt
■ Alte Bundesländer
■ Neue Bundesländer

Basis 2018: 2.139 Befragte

Deutschland /// Die Herausforderungen 2018

Top 5 - Alte und neue Bundesländer

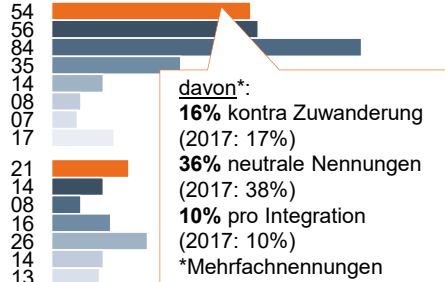
... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Alte Bundesländer

Zuwanderung/
Integration

54
56
84
35
14
08
07
17



davon*:
16% kontra Zuwanderung
 (2017: 17%)
36% neutrale Nennungen
 (2017: 38%)
10% pro Integration
 (2017: 10%)
 *Mehrfachnennungen

Renten/
Altersversorgung

21
14
08
16
26
14
13
18

Armut

19
16
09
16
15
13
11
06

Bildungspolitik

18
11
09
14
12
17
12
23

Politik/
Regierung

14
08
08
05
06
06
14
11



Basis 2018: 2.139 Befragte

Neue Bundesländer

Zuwanderung/
Integration

49
57
81
35
09
05
03
12

Armut

22
20
11
12
11
11
12
07

Politik/
Regierung

20
12
14
10
09
08
12
17

Bildungspolitik

19
13
10
15
10
14
09
22

Preis-/Kaufkraft-
entwicklung

17
18
10
17
34
38
39
43

davon*:
23% kontra Zuwanderung
 (2017: 26%)
31% neutrale Nennungen
 (2017: 34%)
6% pro Integration
 (2017: 12%)
 *Mehrfachnennungen



Zwischen den neuen und den alten Bundesländern herrscht 2018 inhaltlich weitgehend Einigkeit über die fünf größten Herausforderungen. Dennoch zeigen sich Unterschiede – etwa beim Problemdruck insgesamt, der weitgehend konstant bleibt, im Osten aber etwas größer ist als im Westen.

Als größte Sorge belegt das Thema **Zuwanderung** und **Integration** in beiden Landesteilen den ersten Platz. Die Beunruhigung darüber geht im Osten (49%) jedoch deutlicher zurück als im Westen (54%). Allerdings ist in Ostdeutschland der Anteil derjenigen, die (weitere) Zuwanderung ablehnen, mit 23% trotz eines Rückgangs höher als im Westen. Im Gegenzug hat sich der Anteil derjenigen Ostdeutschen, die für eine bessere Integration plädieren, auf 6% halbiert, während er im Westen stabil bei 10% bleibt.

Auf Platz 2 zeigen sich die ersten größeren Unterschiede zwischen den Landesteilen: Im Westen rangiert hier die **Altersversorgung**, die 21% kritisch sehen – im Osten hat das Thema dagegen mit 16% eine geringere Bedeutung. Allerdings nimmt die Besorgnis darüber in beiden Regionen zu. In Ostdeutschland steht die **Armut** stärker im Fokus: Sie belegt dort mit 22% den zweiten,

in Westdeutschland mit 19% aber nur den dritten Rang – jeweils mit leicht steigender Tendenz.

In den neuen Bundesländern nimmt die Kritik an der **Politik** und der **Regierung** mit 20% Platz 3 ein, während dieses Thema in den alten Bundesländern mit 14% nur Rang 5 belegt. In beiden Landesteilen steigt die Sorge darüber aber deutlich an. Bei den Bundestagswahlen zeigten sich große Unterschiede zwischen Ost und West: Während sich die Westdeutschen häufiger für die Parteien der großen Koalition und für die Liberalen entschieden, schnitten die neuen und alten Protestparteien AfD und Die Linke im Osten besser ab als im Westen.

Einig sind sich Ost- und Westdeutsche hingegen darüber, dass bei der **Bildungspolitik** Verbesserungsbedarf besteht. Diese Sorge belegt in beiden Regionen Platz 4 mit 19% beziehungsweise 18% – jeweils mit zunehmender Bedeutung.

Den fünften Rang im Osten Deutschlands belegt mit 17% die Sorge um die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**. Die Westdeutschen dagegen sehen die aktuelle Inflation weniger kritisch, dort findet sich das Thema mit 11% nur auf dem achten Platz.

Deutschland /// Die Herausforderungen 2018

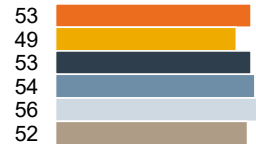
Top 10 – nach Lebenswelten

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

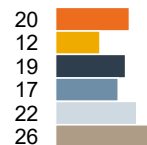


- Gesamt
- Jugendliche/ Studenten
- Gehobene Lebenslage
- Mittlere Lebenslage
- Einfache Lebenslage
- Männer/Frauen im Ruhestand

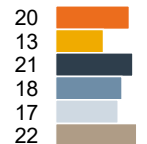
Zuwanderung/
Integration



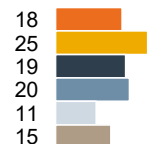
Renten/
Altersversorgung



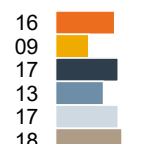
Armut



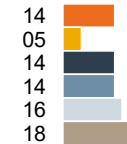
Bildungspolitik



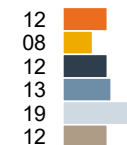
Politik/
Regierung



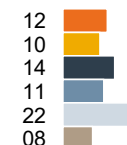
Gesundheitswesen



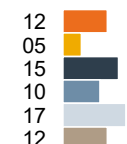
Preis-/Kaufkraft-
entwicklung



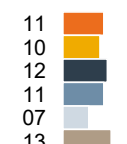
Arbeitslosigkeit



Wohnungsproblem/
Mieten/Immobilien-
preise



Kriminalität



Basis 2018: 2.139 Befragte



Der Blick auf die Lebenswelten der Bürger offenbart sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten. So sind sich die Bürger in diesem Jahr in einem Punkt besonders einig: Die Herausforderung der Zuwanderung und Integration zu meistern bleibt für alle die drängendste Aufgabe im Land.

Die Ergebnisse spiegeln meist die jeweilige Lebenssituation der Bürger wider. Dies lässt sich etwa bei den **Jugendlichen** und **Studenten** erkennen: Für diese Gruppe ist ebenfalls die Zuwanderung das bedeutendste Thema – allerdings im Vergleich der Lebenswelten am geringsten ausgeprägt. Die Jüngeren stehen der Migration dabei generell am positivsten gegenüber. Sie planen möglicherweise, selbst noch ins Ausland zu gehen und dadurch die Rollen zu wechseln. In der Schule oder Ausbildung ist für sie der Kontakt zu Migranten selbstverständlich. Die Bildungspolitik stellt für sie das zweitgrößte Problem dar, jeder vierte Jüngere äußert diese Sorge. Insgesamt sieht diese Gruppe mit 2,6 Antworten pro Person (noch) nur wenige Probleme – oder sie macht sich einfach noch nicht viele Gedanken über die entsprechenden Themen.

Die Menschen in **gehobener Lebenslage** denken ebenfalls an erster Stelle über die Zuwanderung nach. Mit einigem Abstand

folgen hier die Themen Armut, Bildung und Renten, obwohl diese Gruppe vermutlich wenig von diesen Problematiken betroffen ist. Die Menschen der gehobenen Lebenslage machen sich mit 3,2 Antworten somit zu unterschiedlichen Themen mehr Gedanken als andere Lebenswelten.

Dagegen dürften die Bürger in einer **einfachen Lebenslage** eher von Arbeitslosigkeit und einer unzureichenden Altersversorgung betroffen sein. Gut jeder Fünfte ist denn auch jeweils darüber besorgt. Auch die Entwicklung der Preise und der Kaufkraft löst in dieser Gruppe große Beunruhigung aus. Die **mittlere Lebenslage** sticht weniger heraus, meist liegen die Sorgenwerte hier ungefähr im Mittel aller Deutschen. Lediglich die Themen Bildung und Ausbildung sieht diese Gruppe neben der Zuwanderung und Integration kritischer als der Durchschnitt.

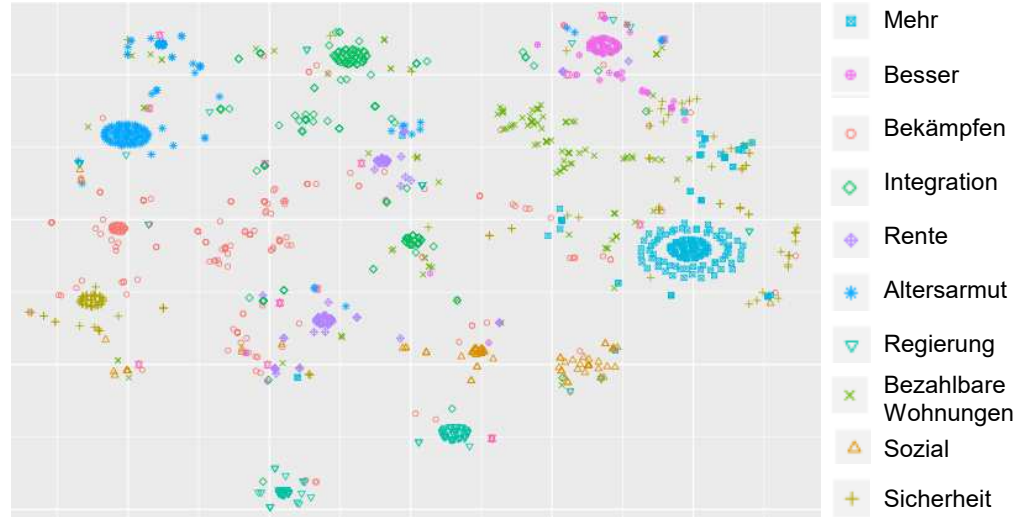
Im Fokus der **Rentner** stehen etwas andere Sorgen: Die Älteren sehen die Alters- und Gesundheitsversorgung, aber auch die Armut häufiger als Herausforderungen an. Der Problemdruck ist bei den Zugehörigen zur älteren Bevölkerungsgruppe vergleichsweise hoch, im Durchschnitt äußern sie 3,1 Antworten pro Person.



Das GfK AI Ecosystem ermöglicht es, freie Antworten aus offenen, unstrukturierten Texteingaben zu analysieren und zu systematisieren.

Dabei werden die Originaltexte analysiert, ohne dass sie vorher in formalisierte Codes umgesetzt werden müssen. Neben der Analyse reiner Größenordnungen erlaubt diese Text- oder Inhaltsanalyse auch eher qualitative Interpretationen.

Mit diesem qualitativen Ansatz lassen sich Themenkomplexe im Detail untersuchen. Damit verstehen wir besser, was die Menschen bewegt – und wie sich die verschiedenen Themen aus ihrer Sicht zusammensetzen. Die Originalantworten bleiben dabei erhalten.



Deutschland /// Die Herausforderungen 2018

Analyse mittels GfK AI: Clustering (1) – Originalantworten

GfK AI: Clustering; Analyse der offenen Nennungen, ausgewählte Cluster, Top 10



naechsten generationen
deutschland bekaempfen
armut deutschland
arm reich
armut bekaempfen
altersarmut bekaempfen
kriminalitaet bekaempfen

arbeitslosigkeit bekaempfen
renten sichern
arbeitslosigkeit verringern

Basis: 2.139 Befragte



bessere schulbildung
besser foerdern
besser bezahlt
bessere stellen

bessere bezahlung

besser bezahlen
bessere ausbildung
besser kontrollieren
pflegeberuf besser
bessere loehne



Im Rahmen dieser Studie sprechen die Befragten – jeweils in ihren eigenen Worten – zahlreiche unterschiedliche Themen an. Dabei verändern sich Sprache und Wortwahl mit der Zeit. Um die Ergebnisse auch über einen langen Zeitraum hinweg vergleichbar zu machen, werden diese zunächst zu Kategorien und dann noch einmal zu übergeordneten Themen zusammengefasst. Durch diese Aggregation, so sinnvoll und notwendig sie ist, geht Information verloren. Mit der neuen digitalen Analysemethode ist es nun jedoch möglich, auch den „O-Ton“ der Deutschen darzustellen – und zwar in Form von Wortwolken mit denjenigen Begriffen, die in einem Kontext zueinander stehen. Dies erfolgt mit einer Clusteranalyse der offenen Nennungen – es findet also keine Kodierung der Antworten statt. Die früheren „Challenges of Nations“-Berichte stellen das semantische Netz dagegen noch als Clusteranalyse der verkodeten Kategorien dar.

Direkt bei den Wortwolken auf der ersten Seite zeigt sich, was bei der Darstellung der kategorisierten Themen, die die Befragten angeben, zu kurz kommt: Das Bindeglied in der ersten Wortwolke ist das Verb „**bekämpfen**“ – und bekämpft werden sollen so unterschiedliche Missstände wie Arbeitslosigkeit, Armut

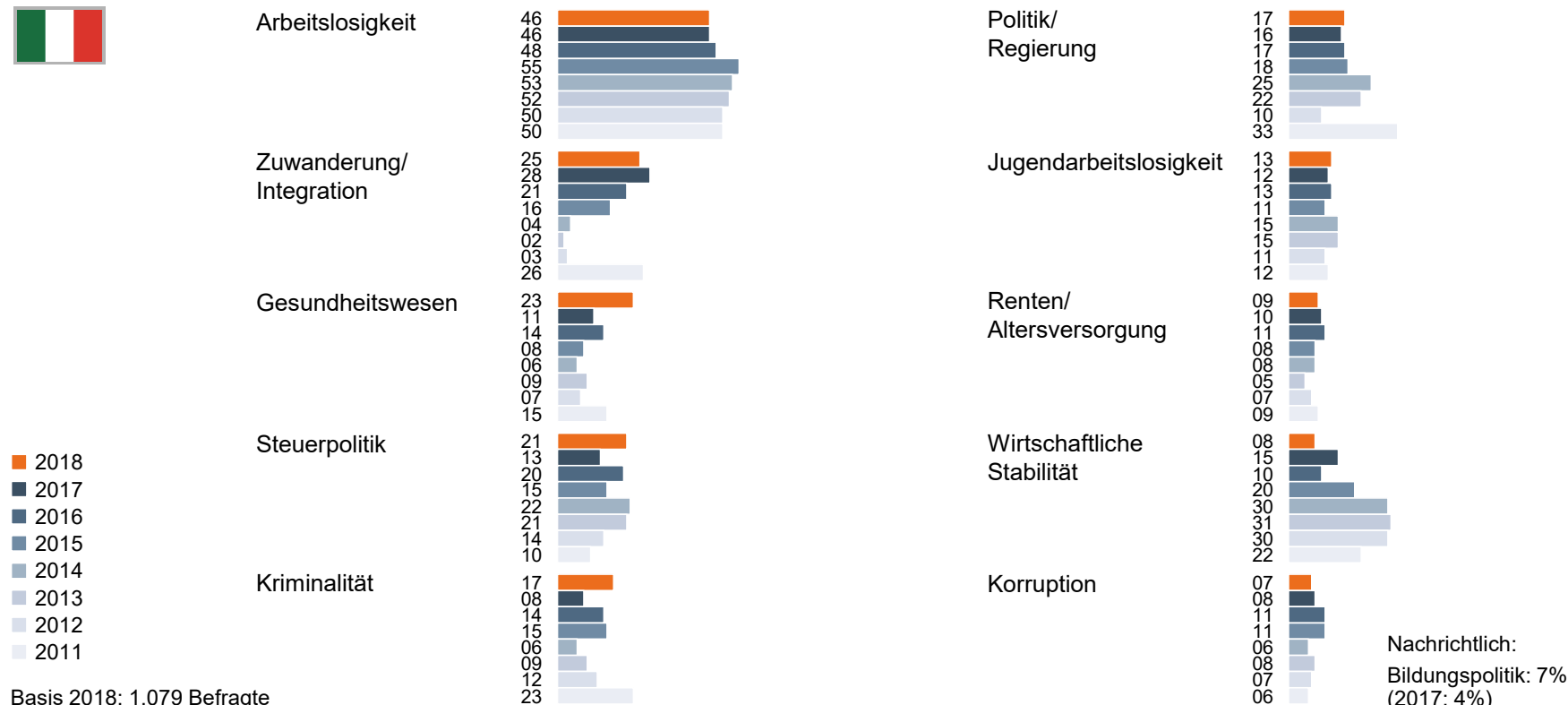
oder Kriminalität. An einigen Stellen muss es nicht weniger, sondern mehr werden: **mehr** Geld, Lehrer, Pflegekräfte oder Polizisten. Und Deutschland sollte in den Augen der Bürger noch **besser** werden – etwa bei der Bezahlung insgesamt und dabei insbesondere bei jener der Pflegekräfte, aber auch bei der Ausbildung.

Das wichtigste Thema der Deutschen ist 2018 erneut die Zuwanderung und Integration. Hier gibt es ein größeres Cluster, bei dem eher die **Integration** der Flüchtlinge im Fokus steht. Ein weiteres Cluster zum Thema **Sicherheit** beinhaltet neben der Forderung nach mehr Polizei auch die nach weniger Zuwanderung.

In dem Cluster zu **bezahlbaren Wohnungen** ist zudem die Sorge über die Arbeitslosigkeit vertreten. Mit den Clustern zur **Altersarmut** und zu den **Renten** sind die beiden Sorgen rund um die Alterssicherung vertreten. Und in dem Cluster rund um das Begriffspaar **Regierung bilden** spiegeln sich die langwierigen Koalitionsverhandlungen wider. Aus den Top 5 der deutschen Sorgenliste erhält nur ein Bereich kein eigenes Cluster, nämlich die Bildungspolitik. Dieses Thema taucht aber, je nach Kontext, in den verschiedenen anderen Clustern auf.

Italien /// Unverändert machen sich 46% der Italiener Gedanken über den Mangel an Arbeitsplätzen, damit liegt das Thema weiter klar an der Spitze

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Italien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2018: 1.079 Befragte

Nachrichtlich:
Bildungspolitik: 7%
(2017: 4%)

Italien /// Zentrale Ergebnisse (1)



Wie fast durchgängig seit Beginn der Studie ist auch 2018 die **Arbeitslosigkeit** der Spitzenreiter der italienischen Sorgenliste. Das Thema bleibt mit 46% auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr – mittelfristig lässt sich aber eine leichte Entspannung absehen. Denn die Arbeitslosenquote sinkt, nachdem sie 2014 mit 12,7% einen Höhepunkt erreicht hatte, kontinuierlich. Allerdings lag sie laut OECD auch 2017 noch bei vergleichsweise hohen 11,2%. Dasselbe gilt für die **Jugendarbeitslosigkeit**, die mit 13% Platz 7 belegt. Im vergangenen Jahr waren 34,8% der Jüngeren ohne Beschäftigung. Das ist im europäischen Vergleich noch immer ein hoher Wert – aber eine deutliche Verbesserung im Vergleich zu 2014, als die Quote noch bei 42,7% lag. Das Land verzeichnet dabei weiterhin ein Nord-Süd-Gefälle. Die verbesserte Arbeitsmarktlage hängt mit der konjunkturellen Entwicklung zusammen. So ist das BIP mit 1,5% im Jahr 2017 so stark wie lange nicht gewachsen. Folglich sorgen sich um die **wirtschaftliche Stabilität** 2018 nur noch 8% der Italiener, das sind in etwa halb so viele wie im Vorjahr.

Über die **Zuwanderung** und die **Integration** machen sich aktuell 25% der Italiener Gedanken. Damit nimmt die Besorgnis gegenüber 2017 zwar etwas ab, sie liegt aber immer noch auf dem

zweiten Platz. Nach dem Schließen der Balkan-Route und mit dem EU-Türkei-Abkommen verlagerte sich der Flüchtlingsstrom auf die Mittelmeerroute zwischen Libyen und Italien. Dadurch nahm die Flüchtlingszahl in Italien zunächst zu. Um sie zu reduzieren, setzt Italien nun auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit Libyen. Das nordafrikanische Land soll seine Grenzen besser kontrollieren und erhält im Gegenzug finanzielle Hilfe. Zusätzlich ist eine gemeinsame Kommission zum Kampf gegen Schleuser und illegale Migration geplant. Ende 2017 reisten erstmals Flüchtlinge über einen sogenannten humanitären Korridor legal auf dem Luftweg von Libyen nach Italien ein. Die neue Regierung Conte mit dem rechtspopulistischen Innenminister Salvini geht jedoch deutlich restriktiver gegenüber Migranten vor.

Für Aufsehen sorgte auch das Attentat von Macerata auf mehrere Migranten aus Afrika. Der Täter wollte den Tod einer jungen Drogenabhängigen rächen, die offenbar von einem Nigerianer umgebracht wurde. Der Attentäter hatte bei den Kommunalwahlen 2017 für die rechtspopulistische Partei Lega Nord kandidiert. Die Mitte-Rechts-Parteien nutzten den Anschlag für sich, um das Thema illegale Migration ins Zentrum des Wahlkampfs vor den Parlamentswahlen zu rücken, die Anfang März 2018 stattfanden.

Italien /// Zentrale Ergebnisse (2)



Auch wegen dieser Ereignisse konnten rechte und europakritische Parteien bei der Wahl punkten. Stärkste Kraft mit rund 33% wurde die Fünf-Sterne-Bewegung. Das Mitte-Rechts-Bündnis aus Lega, Forza Italia und zwei kleineren Parteien erreichte 37%. Die Bildung einer neuen Regierung zwischen Fünf-Sterne-Bewegung und Lega mit Giuseppe Conte an der Spitze gelang erst im zweiten Anlauf. Staatspräsident Mattarella hatte zunächst den europakritischen Kandidaten Savona nicht als Wirtschafts- und Finanzminister akzeptiert. Dieser wird nun das Europaessort bekleiden. Kritik an **Politik** und **Regierung** äußern erneut 17% der Bürger.

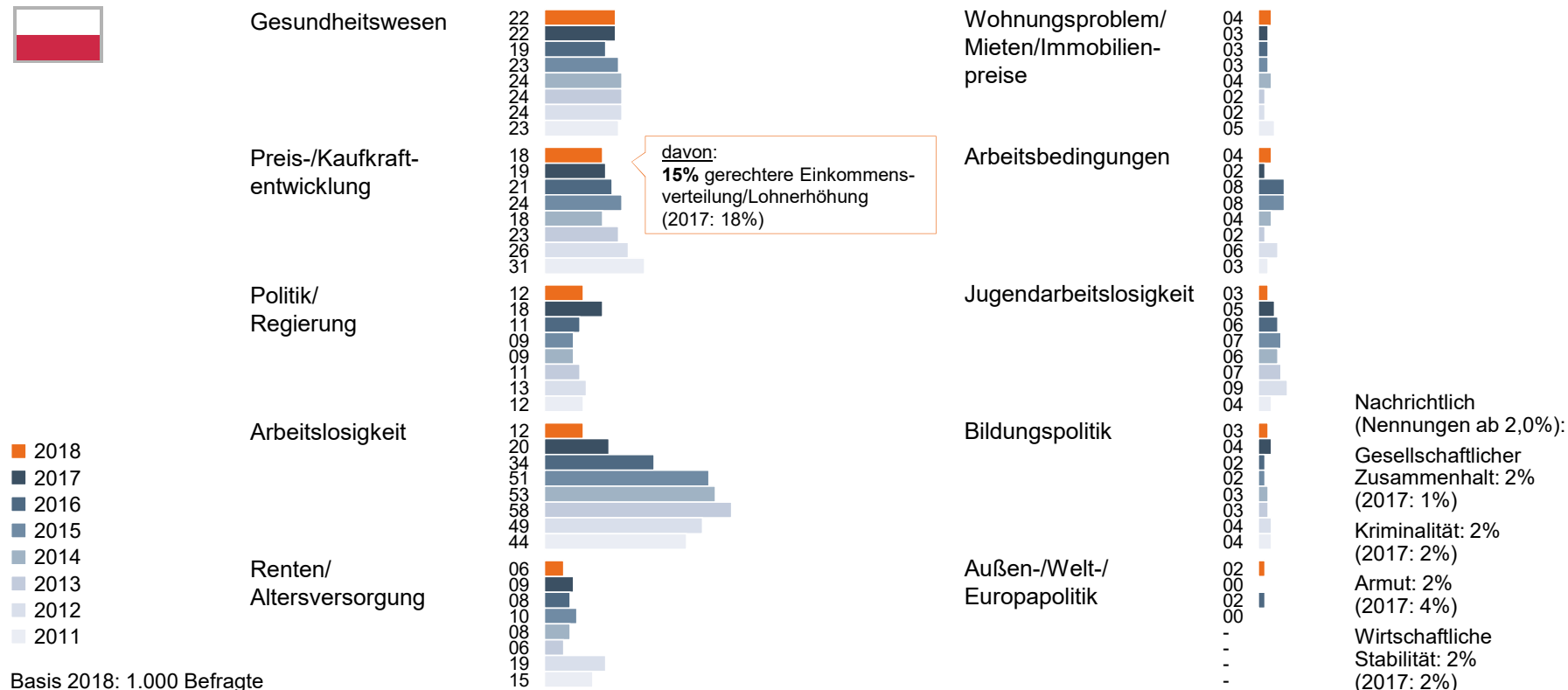
Im Wahlkampf stellte die innere Sicherheit nach dem Anschlag von Macerata ein zentrales Thema dar. Das hat die Sensibilität für das Thema **Kriminalität** erhöht, die Besorgnis darüber verdoppelt sich auf 17%. Der Anstieg kommt auch daher, dass sich nun explizit 5% der Italiener auf der Straße nicht mehr sicher fühlen. Obwohl die Sorge darüber in mittelgroßen Orten am größten ist, hängt dies womöglich auch mit dem Phänomen der „Baby Gangs“ zusammen. Das sind kriminelle Jugendbanden, die vor allem in den Großstädten agieren. Angesichts der wachsenden Gewalt wurde etwa in Neapel ein Sicherheitsrat einberufen und die Zahl der Sicherheitskräfte aufgestockt.

Mit einer Zunahme um 12 Prozentpunkte auf 23% hat sich auch die Beunruhigung über das **Gesundheitswesen** mehr als verdoppelt und rückt damit nun auf Rang 3 vor. Laut Euro Health Consumer Index (EHCI) ist das italienische Gesundheitssystem insgesamt eher mittelmäßig. Dies liegt auch an ausgeprägten regionalen Unterschieden, die sich in dieser Befragung ebenfalls zeigen: Während sich im Nordosten Italiens nur 16% der Bürger kritisch äußern, ist es im Süden knapp jeder Dritte, jeweils mit wachsender Tendenz. Zudem hängt laut EHCI die Qualität der Versorgung stark von privater Zuzahlung oder von Zusatzversicherungen ab, die sich nicht alle leisten können. So nennen denn auch erstmals 5% der Befragten explizit eine Zwei-Klassen-Medizin als Problem.

Vermehrten Handlungsbedarf sehen die Italiener aktuell wieder bei der **Steuerpolitik**, die Rang 4 belegt. Die Besorgnis nimmt auf 21% zu, da viele Italiener die Steuern generell als zu hoch empfinden. Im Jahr 2017 erhöhte Italien die Tabak- und Glücksspielsteuer, um die Staatseinnahmen zu verbessern. Zudem sollen Steuern konsequenter eingetrieben werden, denn die hohe Staatsverschuldung des Landes ist auch auf den weit verbreiteten Steuerbetrug zurückzuführen.

Polen /// Die Polen nehmen das Gesundheitswesen weiterhin als drängendste Aufgabe wahr (22%); geringer Abstand zur Preisentwicklung auf Position 2

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Polen zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2018: 1.000 Befragte

Polen /// Zentrale Ergebnisse (1)



Während in Polen im vergangenen Jahr noch vier Herausforderungen nahezu gleichauf an der Spitze des Rankings lagen, fokussiert sich 2018 die Besorgnis auf ein Thema: die Gesundheitsversorgung. Das **Gesundheitswesen** bleibt mit konstanten 22% auf Platz 1, die anderen großen Sorgenthemen des Vorjahres verlieren dagegen mehr oder minder stark an Bedeutung.

In Polen ist die Ausbildung in medizinischen Berufen zwar sehr gut, und es gibt seit vielen Jahren ein solidarisch finanziertes öffentliches Gesundheitssystem. Dieses ist jedoch chronisch unterfinanziert. Der Nationale Gesundheitsfond legt fest, wie viel Geld jede Klinik für unterschiedliche Behandlungen erhält. Wenn das Kontingent ausgeschöpft ist, müssen die Ärzte weitere Behandlungen aufschieben, was zu langen Wartezeiten für die Patienten führt. Durch die mangelnde finanzielle Ausstattung des Gesundheitswesens verdienen zudem Assistenzärzte und Fachärzte in Ausbildung oft so wenig, dass sie in mehreren Krankenhäusern gleichzeitig arbeiten müssen. Durch die Überarbeitung werden auch jüngere Ärzte häufiger krank. Und wegen der schlechten Arbeitsbedingungen wandern viele medizinische Fachkräfte ins Ausland ab. Medienberichten zufolge kommen auf 1.000 Menschen derzeit nur rund 2,3 Ärzte. Das ist der schlechteste Wert innerhalb

der EU, der Durchschnitt liegt hier bei 3,5. Um auf die schwierige Lage aufmerksam zu machen, traten Ende 2017 viele Ärzte in einen Hungerstreik. Seitens der Politik ließ sich jedoch zunächst kein Entgegenkommen erkennen.

Handlungsbedarf sehen die Polen nach wie vor auch bei der **Preis- und Kaufkraftentwicklung**, die Platz 2 des Rankings belegt. Doch die Besorgnis nimmt weiter ab, aktuell nennen nur noch 18% der Bürger dieses Thema als Anlass für Sorgen. Dabei stellt die Preissteigerung inzwischen kein großes Problem mehr dar: Nachdem 2015 und 2016 sogar eine Deflation herrschte, stiegen die Preise 2017 laut OECD wieder um 2,1%, was nahe an dem von der EZB angestrebten Inflationsziel von knapp 2% liegt. Vor allem fordern die Polen weiterhin höhere Löhne sowie eine gerechtere Einkommensverteilung. Immerhin ist hier Besserung in Sicht, denn die Polnische Nationalbank rechnet für 2017 mit einer durchschnittlichen Gehaltssteigerung von 5% sowie 2018 mit einem weiteren Plus von 5,6%. Angesichts der geringen Inflation der vergangenen Jahre dürfte dies spürbar steigende Reallöhne zur Folge haben. Anfang 2017 wurde zudem der Mindestlohn leicht erhöht und erstmals ein Mindeststundensatz für Dienstleistungsverträge eingeführt.

Polen /// Zentrale Ergebnisse (2)



Trotz der steigenden Gehälter steht der Arbeitsmarkt wesentlich besser da als noch vor einigen Jahren. Laut OECD betrug die Arbeitslosenquote 2017 lediglich 4,9%, während es 2013 noch 10,3% waren. Das schlägt sich auch in dieser Befragung nieder: Nur noch 12% der Bürger sorgen sich derzeit über die **Arbeitslosigkeit** – 2015 war es noch mehr als jeder zweite. Bei den unter 25-Jährigen ist 2017 die Arbeitslosenquote mit 14,8% zwar immer noch vergleichsweise hoch, doch auch sie sinkt (2016: 17,6%). Folglich sind auch die Bedenken bezüglich der **Jugendarbeitslosigkeit** (3%) rückläufig.

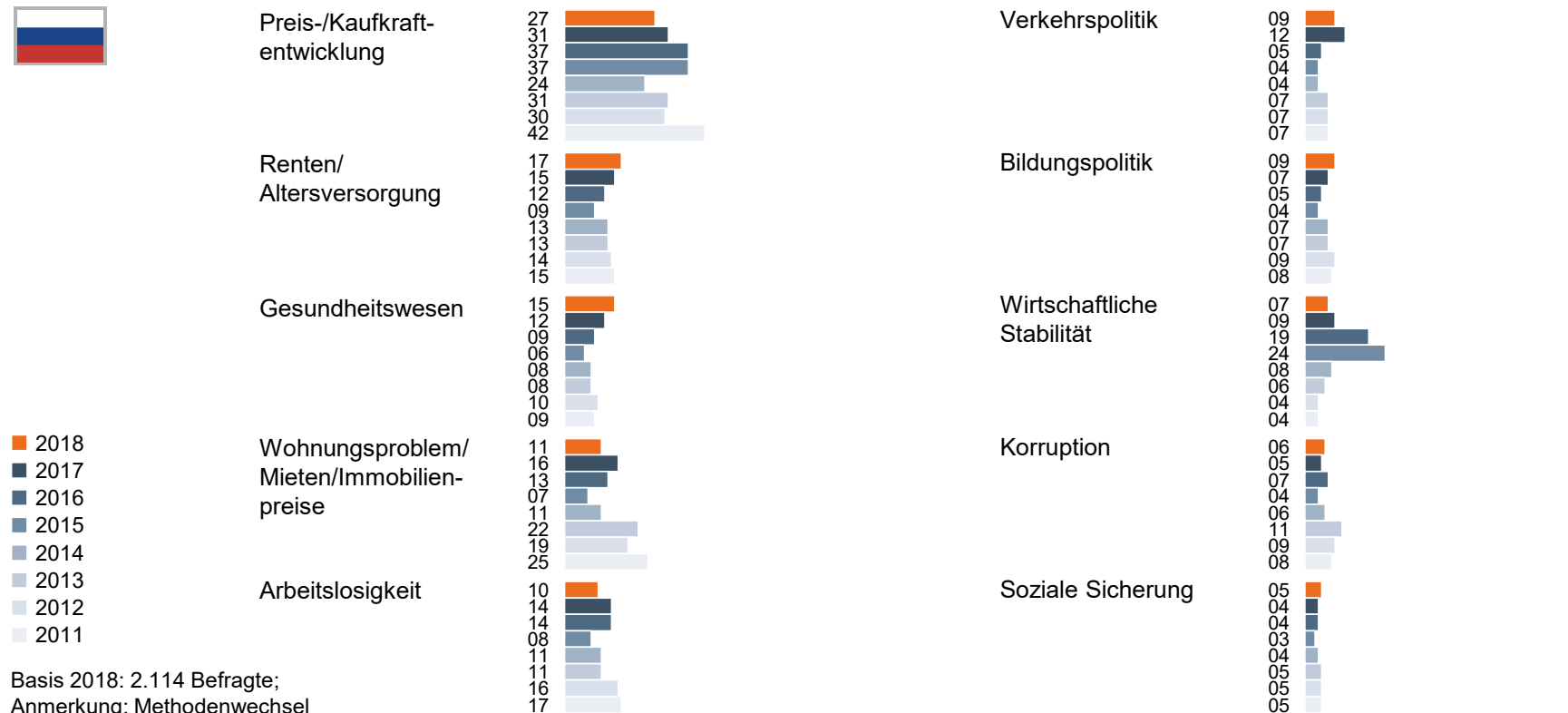
Ebenfalls rückläufig präsentiert sich die Besorgnis über die **Politik** und die **Regierung** mit 12%. Der Widerstand der Bürger scheint allmählich zu schwinden, denn die regierende Partei PiS übt Einfluss auf viele Bereiche aus, etwa die Medien, die Schulen und die Justiz. So unterbreitete die PiS im Juli 2017 einen Gesetzesvorschlag, der es ermöglicht hätte, die Richter des Obersten Gerichts durch regierungnahe Personen zu ersetzen. Zwar legte Präsident Duda sein Veto ein, doch unterzeichnete er im Dezember 2017 ein nur leicht abgeschwächtes Gesetz. Demnach werden neue Richter nicht mehr wie bisher von anderen Richtern gewählt, sondern vom Parlament. Die Opposition und die EU-Kommission

sehen darin eine Einschränkung des Rechtsstaats und der Gewaltenteilung. Daher leitete die EU-Kommission erstmals in der Geschichte ein Sanktionsverfahren nach Artikel 7 der EU-Verträge ein. Damit könnte das Stimmrecht Polens in der EU eingeschränkt werden. Allerdings müssten das die übrigen Mitgliedsstaaten einstimmig beschließen – und Ungarn sowie die baltischen Staaten haben sich bereits dagegen ausgesprochen. Zum Stand Ende April 2018 hat Polen noch nicht eingelenkt, die EU droht darum jetzt sogar mit dem Entzug von Geldern. Dass die Sorge über die Politik im Land so gering bleiben wird, ist also fraglich. Zudem fand diese Befragung vor der erneuten Ankündigung der Regierung statt, das Abtreibungsrecht zu verschärfen. Gegen diese Pläne protestierten Ende März 2018 wieder Zehntausende.

Im Oktober 2017 trat eine weitere Reform in Kraft, die das Renteneintrittsalter wieder für Frauen auf 60 Jahre und für Männer auf 65 Jahre senkt, wie es bereits früher der Fall gewesen ist. Während dies in der Bevölkerung auf Zustimmung stößt, kritisiert die EU-Kommission das unterschiedliche Eintrittsalter für Männer und Frauen als diskriminierend. Ökonomen warnen zudem vor Auswirkungen auf die Konjunktur und die Staatsfinanzen. Vorerst sinkt die Besorgnis über **Renten** und **Altersversorgung** aber auf 6%.

Russland /// Mit einem weiteren Rückgang auf 27% belegt die Preis-/Kaufkraftentwicklung in Russland 2018 wieder Platz 1

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Russland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2018: 2.114 Befragte;
Anmerkung: Methodenwechsel

Russland /// Zentrale Ergebnisse (1)



Die **Preis-** und **Kaufkraftentwicklung** löst auch 2018 in Russland mit einigem Abstand am meisten Sorge in der Bevölkerung aus, obwohl die Beunruhigung bereits zum zweiten Mal in Folge auf 27% abnimmt. Nicht nur die Besorgnis geht zurück, auch die Preise steigen weniger stark an als in den Jahren zuvor. Laut OECD sank die Inflationsrate von 15,5% im Jahr 2015 zunächst auf 7,0% und 2017 dann auf 3,7%. Im Jahresverlauf nahm sie weiter ab und erreichte 2018 im Februar 2,2%. Damit ist die Teuerungsrate nun so gering wie noch nie seit dem Ende der Sowjetunion. Doch tatsächlich prangern die Bürger besonders die niedrigen Löhne und Einkommen an. Aufgrund der Inflation der letzten Jahre sind die Reallöhne wenig gestiegen. Zudem hat die Zahl der Menschen, die in Armut leben, nach einem spürbaren Rückgang seit 2014 nun wieder zugenommen.

Unter der hohen Preissteigerung der letzten Jahre hatten besonders die Rentner zu leiden, deren Kaufkraft gesunken ist. Und Medienberichten zufolge wurden mit den Rücklagen für die Rentenkasse die Folgen der Sanktionen und des niedrigen Ölpreises abgemildert. Um den Rentenfond auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung zu entlasten, kündigte die russische Regierung im Juni 2018 eine Erhöhung des Renteneintrittsalters

an, das im Moment noch bei 60 Jahren für Männer und 55 Jahren für Frauen liegt. Dies hatte massive Proteste zur Folge. So betrachten aktuell 17% der Russen das Thema **Renten** und **Altersversorgung** mit Sorge. Mit zunehmender Relevanz über die letzten Jahre rangiert das Thema damit 2018 auf Platz 2.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich beim **Gesundheitswesen** ab: In diesem Jahr kritisieren 15% der Russen die gesundheitliche Versorgung, die so mit der dritten Zunahme in Folge erstmals einen Platz unter den Top 3 des Sorgenrankings belegt. Die Verfassung garantiert zwar eine kostenlose Grundversorgung, doch das Gesundheitssystem ist veraltet und unterfinanziert. Außerdem zählen viele Leistungen, wie beispielsweise einige Medikamente, nicht zur Grundversorgung. Verschärft wird die Situation dadurch, dass die Einfuhr von Medikamenten und medizinischen Geräten aus dem Westen derzeit eingeschränkt ist. Eigentlich soll dies russische Hersteller stärken, aber Ärzte bemängeln die dadurch entstandenen Versorgungslücken. Die schlechte öffentliche Versorgung führt dazu, dass sich immer mehr Russen in privaten Einrichtungen behandeln lassen, wenn sie es sich leisten können. Ob sich die aktuell bessere wirtschaftliche Lage auch positiv auf das staatliche Gesundheitswesen auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Russland /// Zentrale Ergebnisse (2)



Deutlich weniger als im Vorjahr sorgen sich die Bürger dagegen über das **Wohnen**, die **Mieten** und die **Immobilienpreise**. Mit einem Rückgang von 16% auf 11% liegt dieses Thema 2018 auf Rang 4. Traditionell steht die russische Bevölkerung hier vor allem den kommunalen Dienstleistungen, wie zum Beispiel der Müllentsorgung, skeptisch gegenüber. Die Regierung plant aber in den kommenden Jahren ein höheres Budget zur Verfügung zu stellen, um den Bereich zu reformieren. Die Müllberge wachsen und beanspruchen viel Deponiefläche. Hinzu kommen laut GTAI rund 60.000 illegale Deponien, welche die Umwelt gefährden. In Zukunft sollen Mülltrennung und Recycling gefördert sowie Deponieflächen reduziert werden, indem mehr Müll verbrannt wird.

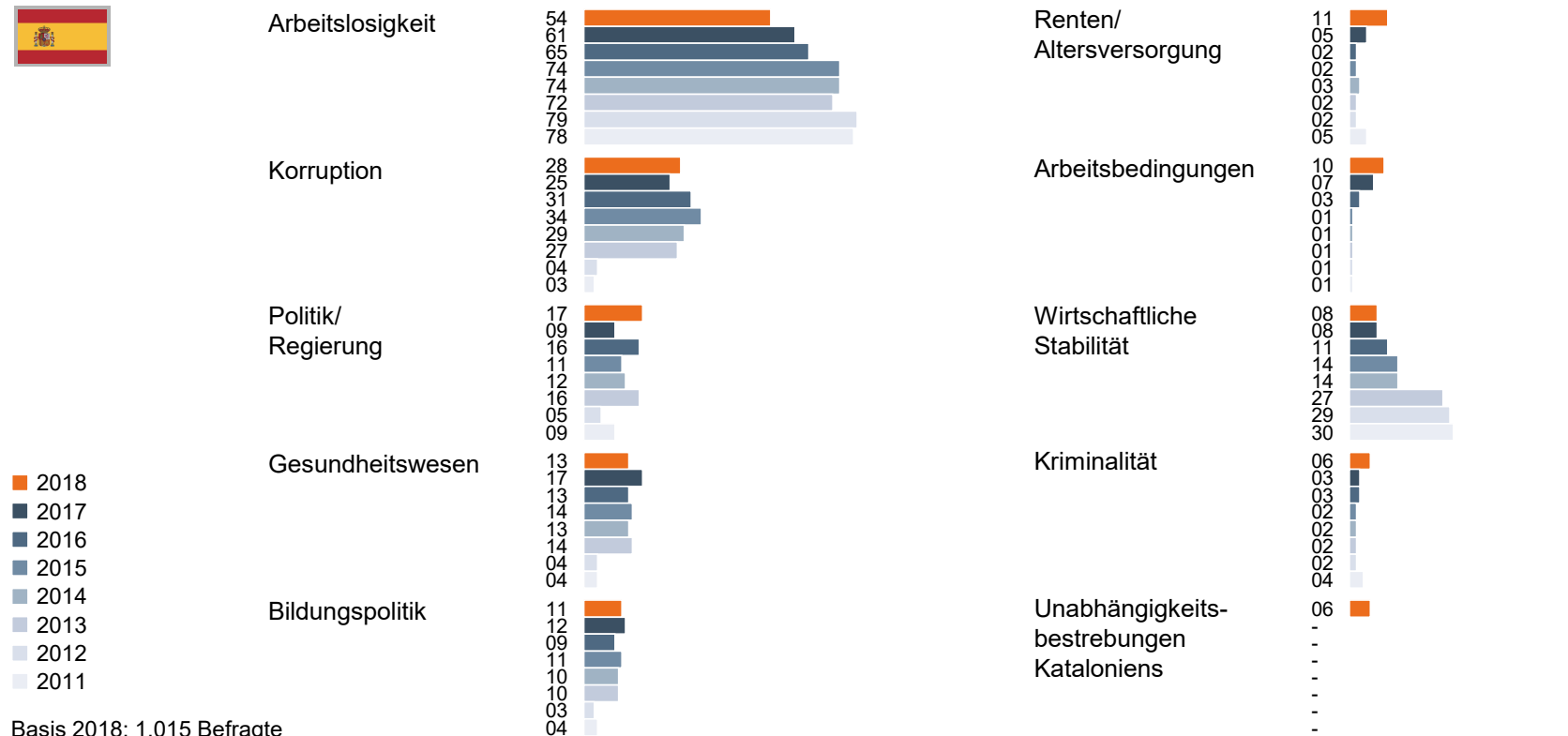
Nicht nur bei den Preisen, auch bei anderen wirtschaftlichen Themen unter den Top 10 entspannt sich die Lage. Die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität**, die vor zwei Jahren noch Platz 2 belegte, geht bereits zum dritten Mal in Folge zurück und rangiert nun mit 7% auf Platz 8. Das BIP nahm 2017 GTAI zufolge mit 1,8% erstmals seit 2014 wieder zu und für 2018 wird ein weiteres Plus von 1,6% prognostiziert. Allerdings betrachtet die Russische Zentralbank das Erholungspotenzial als weitgehend ausgeschöpft. Für

ein stärkeres Wachstum wären zudem grundlegende Reformen notwendig, die unter Präsident Putin eher unwahrscheinlich sind. Die russische Wirtschaft hatte in den letzten Jahren vor allem mit dem niedrigen Rohölpreis und internationalen Sanktionen zu kämpfen. Die EU-Sanktionen, die wegen des Konflikts mit der Ukraine 2014 verhängt wurden, sollen zunächst weiter gelten. Zudem hat die amerikanische Regierung im März 2018 wegen der mutmaßlichen russischen Einflussnahme auf die US-Präsidentenwahl weitere Sanktionen angekündigt. Experten zufolge haben die Auflagen Russland bereits einen dreistelligen Milliardenbetrag gekostet. Dafür konnte sich der Ölpreis im vergangenen Jahr stabilisieren und dürfte sogar weiter steigen. Russland als einer der weltweit größten Rohölproduzenten profitiert besonders von einem höheren Ölpreis. Allerdings könnte dies die notwendige Diversifizierung der Wirtschaft behindern.

Als weniger drängend sehen die Russen 2018 die **Arbeitslosigkeit** an, die mit 10% den fünften Platz einnimmt. Diese Entwicklung spiegelt sich auch am Arbeitsmarkt wider: Mit 5,2% waren laut Weltbank 2017 weniger Menschen arbeitslos als im Jahr zuvor, in dem auch die Besorgnis darüber entsprechend größer war.

Spanien /// Für die Spanier erweist sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt erneut als wichtigstes Thema, seit 2015 geht die Besorgnis jedoch stetig auf aktuell 54% zurück

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Spanien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2018: 1.015 Befragte

Spanien /// Zentrale Ergebnisse (1)



Nach einer wirtschaftlich schwierigen Phase befindet sich Spanien seit 2015 wieder auf Wachstumskurs. Das BIP wächst jährlich um mehr als 3%, und auch für 2017 geht die OECD von einem Plus von 3,1% aus. Dementsprechend ging in den vergangenen Jahren die Sorge über die **wirtschaftliche Stabilität** zurück, sie liegt aktuell bei 8%, das bedeutet Rang 8 in diesem Jahr.

Die wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich positiv auf den Arbeitsmarkt aus: Laut OECD ist die Arbeitslosenquote 2017 auf 17,2% gesunken, nach 19,7% im Jahr 2016 und früheren Werten deutlich über der 20%-Marke. Trotz dieses Rückgangs weist Spanien aber nach Griechenland immer noch die zweithöchste Arbeitslosenquote in der Eurozone auf. Folglich bleibt die Besorgnis der Bürger hoch: Über die **Arbeitslosigkeit** sorgt sich erneut mehr als die Hälfte der Spanier. Das Niveau der Beunruhigung nimmt aber noch einmal etwas ab, insgesamt ist seit 2015 ein Rückgang um 20 Prozentpunkte zu verzeichnen. Die Sorge über die **Jugendarbeitslosigkeit** bleibt dagegen nahezu stabil bei 5%, womit sie nicht unter den diesjährigen Top 10 rangiert.

Neue Stellen entstehen derzeit beispielsweise in der boomenden Tourismus-Branche – hier kann Spanien als sicheres Reise-

land gegenüber Ländern wie der Türkei oder Ägypten punkten. Doch Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor sind häufig befristet oder schlecht bezahlt. Somit machen sich mehr Spanier Gedanken über die **Arbeitsbedingungen**, die mit 10% Platz 7 belegen. Besonders Niedriglöhne sowie für Arbeitnehmer ungünstige Arbeitsverträge werden dabei genannt.

Auf dem zweiten Rang ist ein Thema platziert, das sich in den vergangenen Jahren zu einem Dauerbrenner entwickelt hat: die **Korruption**. Nachdem die Sorge darüber seit 2015 zunächst rückläufig war, nimmt sie nun wieder um 3 Prozentpunkte auf 28% zu. Zwar bekämpft Spanien die Korruption bereits seit Jahren, wie auch der CPI von Transparency International mit 57 Punkten belegt. Doch die Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft sind engmaschig. Der größte Fall dürfte die sogenannte Correa-Affäre sein. Bereits Ende 2016 wurden dabei einige hochrangige Politiker der regierenden Partido Popular (PP) angeklagt. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, Schwarzgeld angenommen zu haben. Auch der damalige Ministerpräsident Rajoy sagte Mitte 2017 als Zeuge aus. Rajoy wurde im Juni 2018 aufgrund eines von den Sozialisten initiierten Misstrauensvotums abgewählt. Sein Nachfolger im Amt ist der Sozialist Pedro Sánchez.

Spanien /// Zentrale Ergebnisse (2)



Die Korruptions- und Schmiergeldaffären tragen auch dazu bei, dass wieder mehr Kritik an der **Politik** und der **Regierung** laut wird. So nimmt die Besorgnis verglichen mit 2017 deutlich um 8 Prozentpunkte zu – sie gehört dadurch nun wieder zu den Top 3.

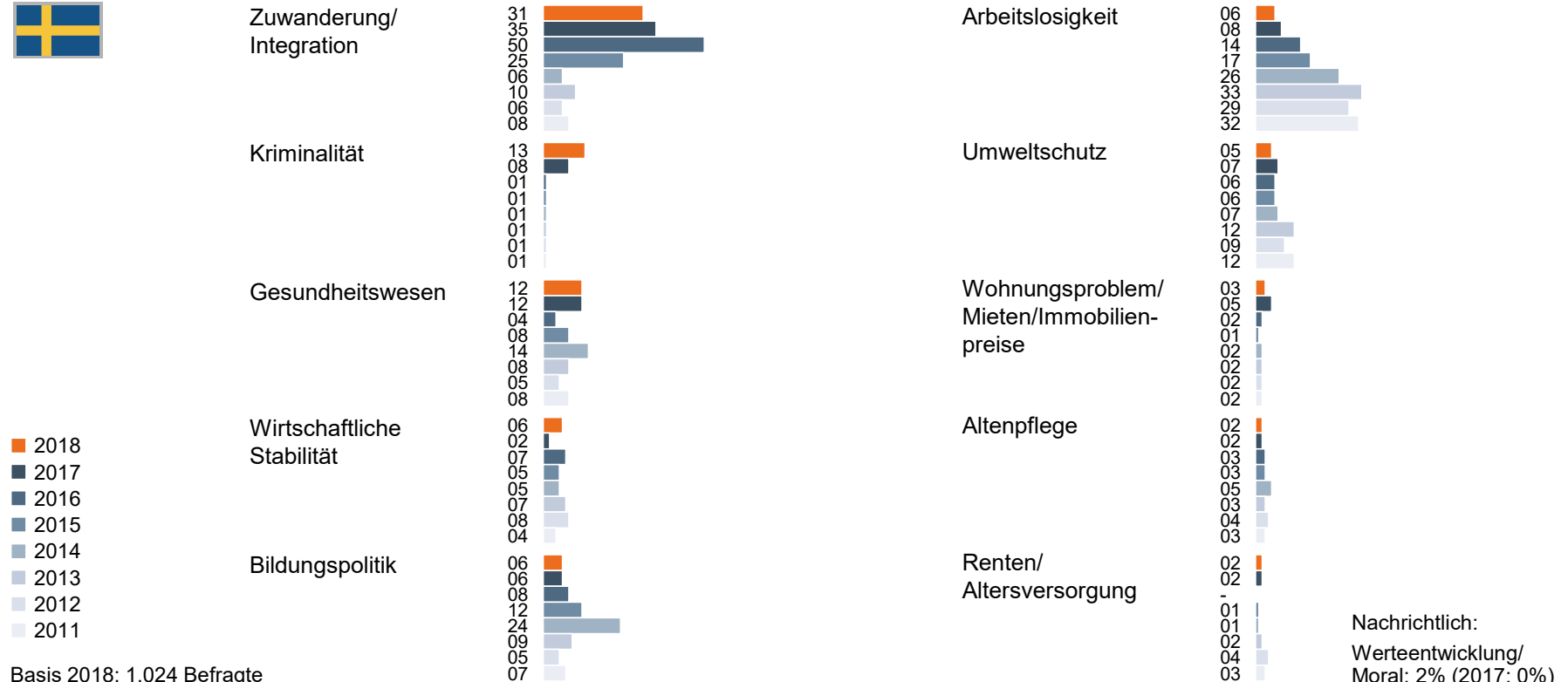
Doch auch die **Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens** dürften eine Rolle bei der Beurteilung der Politik spielen. Obwohl es auch früher schon solche Bestrebungen gegeben hat, taucht dieses Thema zum ersten Mal in den Herausforderungen auf. Mit insgesamt 6% belegt es Platz 10. Die Regionalregierung wollte mit dem Unabhängigkeitsreferendum vom 1. Oktober 2017 die Abspaltung Kataloniens von Spanien demokratisch legitimieren. Allerdings hatte das Verfassungsgericht die Abstimmung im Vorfeld für rechtswidrig erklärt. Um die Abstimmung zu verhindern, entsandte die Zentralregierung Sicherheitskräfte in die Region. Mehrere hundert Menschen wurden dabei verletzt, was auch internationale Kritik nach sich zog. Auch wegen der Sicherheitslage war die Wahlbeteiligung mit rund 42% gering – und es gingen vor allem die Abspaltungsbefürworter an die Urnen. So stimmten denn auch 90% für die Unabhängigkeit. Einige Wochen später rief die Regionalregierung unter Puigdemont eine unabhängige Republik aus. Daraufhin entmachtete die spanische Regierung die Regionalregie-

rung und setzte Neuwahlen zum Regionalparlament an. Dabei stimmten im Dezember 2017 47,5% für Parteien, die eine Unabhängigkeit Kataloniens befürworten. Die politischen Verhältnisse dürften weiter schwierig bleiben, zumal einige katalonische Politiker noch in Spanien in Untersuchungshaft sitzen. Der ehemalige Regionalpräsident Puigdemont verließ Spanien, wurde im März in Deutschland festgenommen, dann aber wieder freigelassen. Im Mai 2018 wurde der Jurist Torra zum Regionalpräsidenten gewählt. Auch die Zwangsverwaltung Kataloniens ist damit beendet.

Unter den Top 5 der spanischen Sorgenliste finden sich noch das **Gesundheitswesen** sowie die **Bildungspolitik**. Über die gesundheitliche Versorgung machen sich derzeit 13% der Bürger Gedanken, das ist nach einem Anstieg 2017 wieder derselbe Wert wie 2016. Laut Euro Health Consumer Index funktioniert das Gesundheitssystem zwar gut, es gibt aber Probleme mit regionalen Unterschieden und bei privaten Zuzahlungen. Die Sorge um die Bildungspolitik präsentiert sich nahezu stabil bei 11%. Die relativ große Besorgnis könnte damit zusammenhängen, dass laut OECD nur 58% der 25- bis 64-Jährigen einen Abschluss des Sekundarbereichs II haben. Das sind deutlich weniger als der internationale Durchschnitt von 74%.

Schweden /// In Schweden stellt das Thema Zuwanderung und Integration mit 31% die größte Sorge dar, doch die Situation scheint sich zu entspannen

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Schweden zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2018: 1.024 Befragte

Nachrichtlich:
 Werteentwicklung/
 Moral: 2% (2017: 0%)

Schweden /// Zentrale Ergebnisse (1)



In Schweden belegt die Sorge um die **Zuwanderung** und die **Integration** erneut den ersten Platz des Rankings. Sie geht aber noch einmal um 4 Prozentpunkte auf 31% zurück – und nähert sich damit wieder dem Niveau von 2015 an, vor dem Beginn der Flüchtlingskrise. Die Zuwanderung, insbesondere von Flüchtlingen, wurde inzwischen deutlich verringert. Dafür hat Schweden bereits 2016 Grenzkontrollen eingeführt, die zunächst bis Mai 2018 verlängert wurden. Zudem handhabt die Regierung die Aufnahme- politik restriktiver, Aufenthaltsgenehmigungen wurden befristet und die Möglichkeit für Familiennachzug beschränkt.

Trotz rückläufiger Zuwanderung verzeichnet die Polizei immer wieder verbale und physische Angriffe von Rechtsradikalen auf Flüchtlinge, aber auch Fälle von Brandstiftung gegen Asylbewerberheime und Moscheen. Doch nicht nur dieser Aspekt dürfte dazu beitragen, dass 2018 die **Kriminalität** auf Platz 2 der Agenda rangiert. Nachdem das Thema in den Vorjahren nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatte, stieg die Besorgnis bereits 2017 auf 8% und erreicht aktuell 13%. Dafür lassen sich verschiedene Ursachen anführen. So wurden im April 2017 bei einem islamisti-

schen Anschlag mit einem gestohlenen Lastwagen vier Menschen getötet und mehrere verletzt. Neben dem Terrorismus stehen seit einigen Jahren verstärkt das organisierte Verbrechen sowie die Bandenkriminalität im Fokus. Im Juli 2017 identifizierte die Polizei mehrere Wohnviertel, insbesondere Vororte von Großstädten, wo sich teilweise Parallelstrukturen zum Staat gebildet haben, die von der Polizei nur schwer bekämpft werden können. Mit der Bandenkriminalität in Zusammenhang gebracht wird etwa auch eine bisher unaufgeklärte Mordserie in Malmö, bei der seit Anfang 2016 insgesamt 18 Menschen getötet wurden. Zudem kommen zunehmend Handgranaten zum Einsatz, die laut Gesetz als herkömmliche Waffen gelten und dementsprechend auf dem Schwarzmarkt erhältlich sind. Erst Anfang 2018 starb in Stockholm ein Mann, als er eine Handgranate aufhob. Die Regierung plant, die Waffengesetze weiter zu verschärfen und neue Präventionskonzepte umzusetzen. In Ausnahmefällen soll auch das Militär zur Bekämpfung von Verbrechen eingesetzt werden. Doch vor allem will die Regierung die Polizei personell und finanziell besser ausstatten. Dafür stehen bis 2020 zusätzlich umgerechnet rund 700 Millionen Euro zur Verfügung.



Bereits 2017 äußerten die Schweden vermehrt Kritik am **Gesundheitswesen**. Aktuell stagniert die Besorgnis bei 12% und belegt damit den dritten Platz. Auch in der Bewertung des Euro Health Consumer Index 2017 bleibt Schweden in Bezug auf dieses Thema im Mittelfeld des europäischen Vergleichs: Hier findet sich das Land weiterhin auf Rang 12, wenn auch mit verbesserter Punktzahl. Dieser Studie zufolge ist das schwedische Gesundheitssystem in vielen Bereichen sehr gut und kann sogar mit den Ländern auf den vorderen Plätzen konkurrieren. Ein großes Manko bleiben aber die langen Wartezeiten auf einen Behandlungstermin.

Die Sorge über die **wirtschaftliche Stabilität** nimmt 2018 wieder zu, nachdem 2017 noch ein Rückgang zu beobachten war. Dabei boomt in Schweden derzeit die Wirtschaft: Laut OECD wuchs das BIP 2016 um 3,2% und 2017 um 2,4%. Diese Entwicklung wird sowohl von der Binnennachfrage in Form von hohen Investitionen und starkem Konsum als auch von umfangreichen Exporten getragen. Letztere profitieren von einer schwachen schwedischen Krone – die das Land aber auch anfällig für globale Konjunkturschwankungen macht. Und die hohen Investitionen in den Wohnungsmarkt beobachten die Menschen womöglich mit Sorge. Denn die Schwedische Notenbank verfolgt eine Niedrigzins-

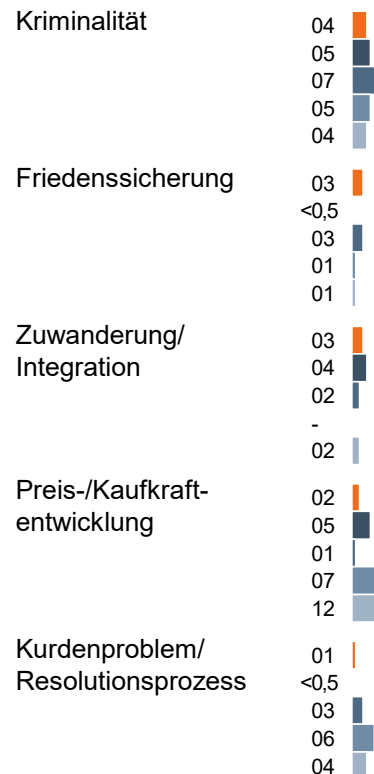
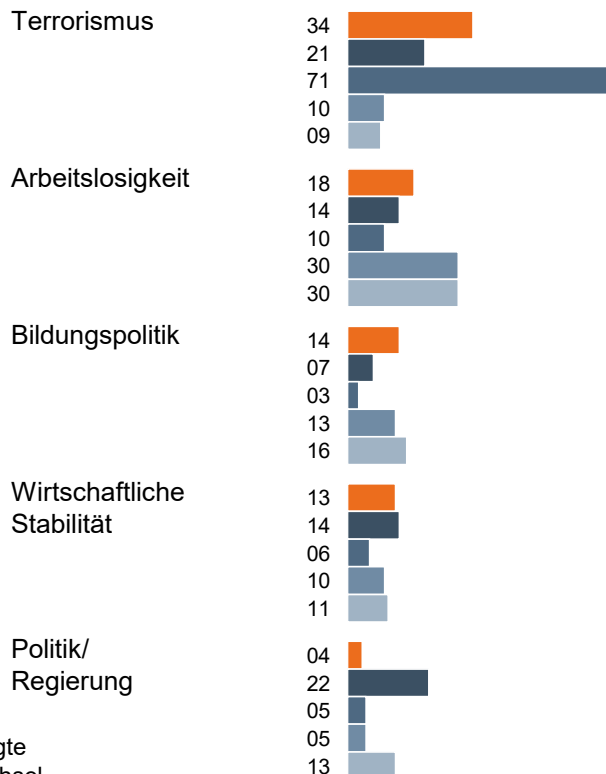
politik, durch die auch Baudarlehen sehr günstig sind. Weil damit Immobilienpreise steigen und die Verschuldung der Privathaushalte wächst, befürchten Experten eine Überhitzung des Immobilienmarkts. So ist auch der Themenkomplex um **Wohnen** und **Immobilienpreise** mit 3% in den Top 10 der Sorgenliste vertreten.

Von der guten Wirtschaftslage profitiert auch der **Arbeitsmarkt**: Die Arbeitslosenquote sinkt laut OECD kontinuierlich. Während 2015 noch 7,4% der Schweden arbeitslos gemeldet waren, ist dieser Anteil 2017 auf 6,7% zurückgegangen. Langfristig betrachtet sieht die Lage noch besser aus, was sich auch in der geringen Besorgnis über dieses Thema widerspiegelt: Die Sorge der Bürger um die Beschäftigung ist seit 2013 von 33% auf aktuell 6% gesunken. Das bedeutet Rang 6.

Ähnlich wenig besorgt stehen die Schweden auch der **Bildungspolitik** gegenüber, die derzeit noch 6% der Bevölkerung als Herausforderung nennen (Platz 5). Auch hier zeigt sich seit einigen Jahren eine rückläufige Tendenz. Dies dürfte auch daran liegen, dass die Regierung gemäß Eurostat 6,5% der Wirtschaftsleistung für den Bildungssektor aufwendet. Damit liegt Schweden im EU-Vergleich auf einem der vorderen Plätze.

Türkei /// In der Türkei bereitet der Terrorismus den Bürgern die größte – und zunehmend – Sorge (34%)

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in der Türkei zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2018
■ 2017
■ 2016
■ 2015
■ 2014

Basis 2018: 1.505 Befragte
Anmerkung: Institutswechsel

Nachrichtlich
 (Nennungen ab 1,0%):
 Soziale Sicherung: 1%
 (2017: <0,5%)
 Gesundheitswesen: 1%
 (2017: <0,5%)

Türkei /// Zentrale Ergebnisse (1)



Die Türkei blickt auf ein weiteres ereignisreiches Jahr zurück: Die Regierung nahm den Putschversuch im Juli 2016 zum Anlass, um bis Mai 2017 mehr als 130.000 Personen aus dem Staatsdienst zu entlassen und mehr als 50.000 Personen – vor allem Polizisten, Angehörige des Militärs und Richter – zu inhaftieren. Mit einem europaweit umstrittenen Verfassungsreferendum wurde 2017 ein Präsidialsystem eingeführt, das die Macht von Präsident Erdoğan deutlich ausweitet. Das Verhältnis zur EU bleibt angespannt. Der Problemdruck ist mit 1,1 Antworten pro Person aber weiterhin sehr niedrig, dennoch gewinnen einige Themen an Bedeutung.

So nimmt bei der Hauptsorge – dem **Terrorismus** – die Beunruhigung auf 34% zu, wenngleich damit nicht das Ausmaß von 2015 mit damals 71% erreicht wird. Im Jahr 2017 ist die Anzahl der Anschläge spürbar zurückgegangen, dennoch bleibt die Bedrohung präsent: Bis Ende 2016 kam es in ländlichen Gebieten im Südosten des Landes zu mehreren Anschlägen auf Sicherheitskräfte. Dem Global Terrorism Index 2017 zufolge zählt die Türkei zu den zehn Ländern, die weltweit am stärksten von Terrorismus betroffen sind, sowohl von der kurdischen PKK als auch vom IS. Um den Terrorismus europaweit zu bekämpfen, möchte die EU in Zukunft enger mit der Türkei zusammenarbeiten und den Daten-

austausch zwischen dem Land und der europäischen Polizeibehörde Europol ermöglichen. Kritiker warnen allerdings vor einem möglichen Missbrauch des Systems, nicht zuletzt weil die Türkei schon Regierungskritiker über Interpol suchen und wegen vermeintlichen Terrorverdachts inhaftieren ließ.

Die Kritik an der **Politik** und der **Regierung** geht spürbar zurück. Mit einem Rückgang um 18 Prozentpunkte auf 4% liegt sie wieder auf dem Niveau von 2016 und belegt aktuell Rang 5. Hintergrund für die starke Beunruhigung im Jahr 2017 war sicherlich das bevorstehende Verfassungsreferendum, welches das Land spaltete und schließlich aufgrund einer knappen Mehrheit von nur 51% eingeführt wurde. Die von 2019 auf Juni 2018 vorgezogenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen schienen die Bürger dagegen nicht zu verunsichern, obwohl der Wahlausgang seit Längerem wieder als relativ offen galt. Da die Regierungspartei AKP nur wenige der früheren Wahlversprechen umsetzen konnte, wurden der Opposition durchaus Chancen eingeräumt. Letztlich konnte Erdoğan aber die Wahl bereits im ersten Wahlgang für sich entscheiden: So entfielen 53% der Stimmen auf ihn, und für seine Partei AKP votierten bei der Parlamentswahl 43% der Wähler.

Türkei /// Zentrale Ergebnisse (2)



Ein zentraler Grund für den politischen Erfolg Erdoğan's in den letzten rund 15 Jahren ist das Versprechen, breiten Bevölkerungsschichten Wohlstand zu ermöglichen. Das ist zunächst auch gelungen. Doch nun bereitet die **Arbeitslosigkeit** auf dem zweiten Platz im Sorgenranking den Türken wieder mehr Kopfzerbrechen: Die Besorgnis steigt auf aktuell 18%. Dies spiegelt sich auch in der Arbeitslosenstatistik wider. Laut OECD waren 2017 10,9% der Bürger erwerbslos. Dieser Wert steigt seit 2012 stetig, damals lag die Quote noch bei 8,2%.

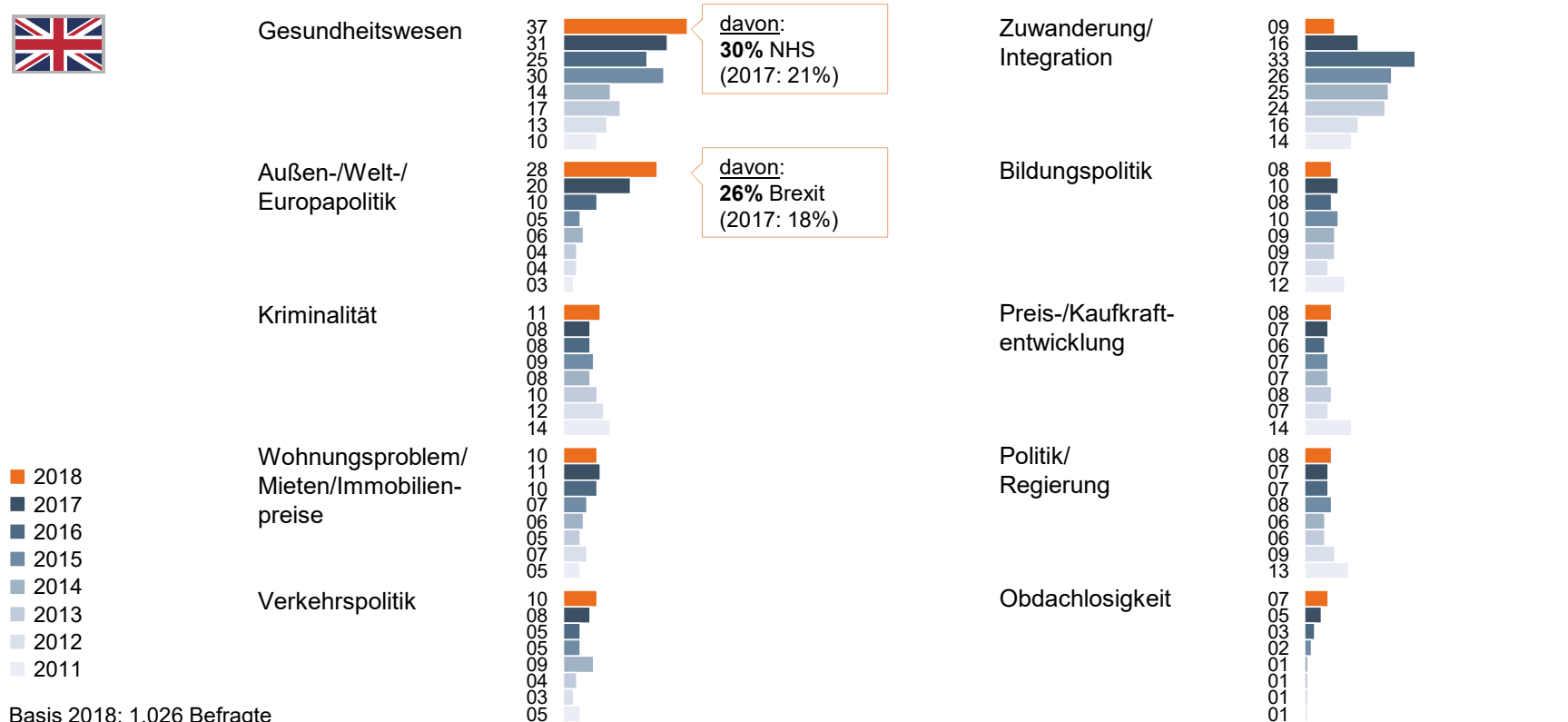
Eng damit verknüpft ist die **wirtschaftliche Stabilität**, um die sich dieses Jahr 13% der Bürger sorgen. Der OECD zufolge wuchs die Wirtschaft deutlich um 7,4%, was nach dem Konjunkturdämpfer 2016 in der Folge zahlreicher Terroranschläge und der schwierigen politischen Lage, eine spürbare Erholung darstellt. Damals brachen die Touristenzahlen ein. Doch kritisieren Wirtschaftsexperten, dass Präsident Erdoğan die Konjunktur vorwiegend durch staatliche Investitionen ankurbelt, denn Direktinvestitionen aus dem Ausland sind seit dem Putschversuch 2016 massiv zurückgegangen. Eine Fiskalpolitik, die niedrige Zinsen propagiert, trug dazu bei, dass die türkische Lira gegenüber anderen Währungen stark an Wert verlor – was wiederum zu verteuerten Importen führte. Dadurch steigen

auch die Preise, die Inflation betrug im Jahresdurchschnitt 2017 laut OECD 11,1%. Im März 2018, zum Zeitpunkt der Befragung, löste die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** mit 2% jedoch noch kaum Besorgnis bei den Bürgern aus (Rang 9).

Den dritten Platz belegt 2018 die Sorge um die **Bildungspolitik**, die sich mit 14% im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Nach dem missglückten Putschversuch verloren bis Mitte Juli 2017 rund 40.000 Lehrer ihre Arbeit, etwa 2.000 Schulen, Universitäten und Studentenwohnheime wurden geschlossen. Für viel Kritik sorgte außerdem eine fundamentale Lehrplanänderung. So wird beispielsweise im Religionsunterricht künftig der Dschihad (Liebe des Heimatlandes) vermittelt, im Gegenzug sollen die laizistischen Prinzipien des Staatsgründers Atatürk, der von vielen Türken geschätzt wird, in den Hintergrund rücken. Zudem soll Darwins Evolutionstheorie nicht mehr in der Sekundarstufe gelehrt werden, da diese als zu anspruchsvoll gilt. Stattdessen werden türkische Schulkinder wieder lernen, dass der Mensch von Gott erschaffen wurde. Bereits früher hatte Erdoğan angekündigt, eine „fromme Generation“ schaffen zu wollen. Lehrer befürchten, dass der Wissensstand der Schüler damit in den Naturwissenschaften und Mathematik noch weiter unter den OECD-Durchschnitt sinken wird.

Großbritannien /// Wachsende Beunruhigung erfüllt die Briten im Hinblick auf ihr Gesundheitswesen (37%), vor allem der NHS ruft Skepsis hervor

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Großbritannien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2018: 1.026 Befragte



Das **Gesundheitswesen** bleibt auch 2018 das größte Sorgenkind der Briten – und zwar mit einer weiteren Zunahme auf nun 37%. Der Nationale Gesundheitsdienst (NHS) steckt in einer schweren Krise, das System ist überlastet. Krankenhäuser etwa sind so überfüllt, dass teils sogar Notfallpatienten stundenlang auf eine Behandlung warten müssen. Anfang 2018 wies der NHS die Krankenhäuser des Landes an, rund 50.000 nicht überlebensnotwendige Operationen aufzuschieben. Zahlreiche Ärzte machten im Januar Premierministerin May in einem offenen Brief auf die Probleme aufmerksam – bislang allerdings ohne großen Erfolg. So hat die Regierung zwar nach früheren Kürzungen den Etat inzwischen wieder erhöht. Doch das Plus beträgt weniger als die Hälfte der von Experten empfohlenen Anhebung. Der bevorstehende EU-Austritt dürfte die Lage noch verschärfen: Schätzungen zufolge arbeiten derzeit rund 57.000 EU-Bürger für den NHS, von denen viele möglicherweise ihre Arbeitserlaubnis verlieren könnten.

Der EU-Austritt ist denn auch die zweite große Sorge, welche die Briten umtreibt. Dieses Jahr betrifft auch wieder der Großteil der Antworten zur **Außenpolitik** den Brexit, wodurch das Thema insgesamt noch einmal spürbar auf 28% gestiegen ist. Im März 2019 wird Großbritannien die EU verlassen. Mittlerweile hat sich

das Land zwar bei mehreren Themen mit der EU geeinigt. Wesentliche Punkte wie die Irland-Frage waren zum Befragungszeitpunkt aber noch ungeklärt. So wird Nordirland als Teil Großbritanniens die EU verlassen, während die benachbarte Republik Irland EU-Mitglied bleibt. Die EU-Außengrenze verlief also zwischen den beiden irischen Staaten. Der zähe Verlauf der Verhandlungen ist womöglich auch der Grund dafür, dass die Unzufriedenheit über die **Politik** und die **Regierung** mit gleichbleibend 8% Platz 9 belegt. Im Juli 2018 entschied sich Premierministerin May aber doch für einen sogenannten weichen Brexit, bei dem das ganze Land im EU-Binnenmarkt und in der Zollunion bleibt, um wirtschaftlichen Schaden abzuwenden. Doch traten daraufhin der Brexit- und der Außenminister zurück, die einen harten Brexit befürworten.

Einer der entscheidenden Faktoren für die Annahme des Brexit-Referendums 2016 war das Thema **Zuwanderung**. Vor dem Hintergrund des EU-Austritts ist die Nettozuwanderung inzwischen aber gesunken. So verliert auch dieses Thema weiter an Brisanz und geht nach 33% im Jahr 2016 auf derzeit 9% zurück. Womöglich gewinnt das Thema jedoch wieder an Relevanz, wenn der zu erwartende Fachkräftemangel die Wirtschaft beeinträchtigt.

Großbritannien // Zentrale Ergebnisse (2)



Mit einer leichten Zunahme steigt die Beunruhigung über die **Kriminalität** auf 11%, das bedeutet Rang 3 im Jahr 2018. Vor allem in London nehmen Gewalttaten zu, wobei die Täter häufig minderjährig sind. In den vergangenen Jahren ist etwa die Zahl an Angriffen mit Messern und Säure gestiegen. Sie richten sich allerdings nicht wie in Asien gegen Frauen sondern meist gegen Männer. Darüber hinaus wurde Großbritannien im Jahr 2017 Opfer mehrerer Terroranschläge mit zahlreichen Toten. Um dagegen vorzugehen und so die Sicherheit zu erhöhen, mobilisierte die Regierung tausende Soldaten zur Unterstützung der Polizei.

Auf dem vierten Platz liegt die Besorgnis über das Thema **Wohnen** und **Mieten**, die bei 10% stagniert. In den Metropolen, allen voran London, sind Immobilien teuer und knapp. Vor allem Jüngere können sich die Mieten kaum leisten – geschweige denn Wohneigentum. Der bevorstehende EU-Austritt wirkt sich in diesem Bereich allerdings positiv für die Bürger aus: Einer Studie zufolge sind im September 2017 die Häuserpreise in London zum ersten Mal in den vergangenen acht Jahren gesunken, und auch landesweit sind die Immobilienpreise nur vergleichsweise wenig gestiegen. Dies könnte vor allem daran liegen, dass sich Investoren und Unternehmen aus dem Land zurückziehen, um sich in anderen EU-

Staaten niederzulassen. Ob dadurch die Besorgnis über die **Obdachlosigkeit** wieder nachlassen wird, bleibt abzuwarten. Dieses Thema ist mit einem Anstieg auf 7% im Jahr 2018 zum ersten Mal überhaupt in den Top 10 vertreten.

Ebenfalls beunruhigt zeigen sich die Briten über die **Verkehrspolitik** auf Rang 5, hier hat sich die Besorgnis seit 2016 auf 10% verdoppelt. Wegen der Luftverschmutzung durch den Autoverkehr sterben nach Schätzungen der Regierung jährlich Tausende Menschen vorzeitig. Um die Schadstoffbelastung zu senken, beschloss Großbritannien 2017, dass diesel- und benzinbetriebene Autos ab 2040 nicht mehr verkauft und bis 2050 nicht mehr gefahren werden dürfen. Bereits ab 2020 müssen Dieselfahrer auf stark befahrenen Straßen Gebühren zahlen. Einer GfK-Studie zufolge wäre davon rund jeder dritte Brite betroffen.

Mit 8% findet sich die Sorge um die **Preise** und die **Kaufkraft** wieder unter den Top 10. Die relativ hohe Inflation, die für 2017 laut OECD 2,7% betrug, ist auch eine Folge des Brexits. Die verwandten Themen **Arbeitslosigkeit** (5%) und **wirtschaftliche Stabilität** (4%) 2018 finden sich allerdings nicht unter den größten Herausforderungen.

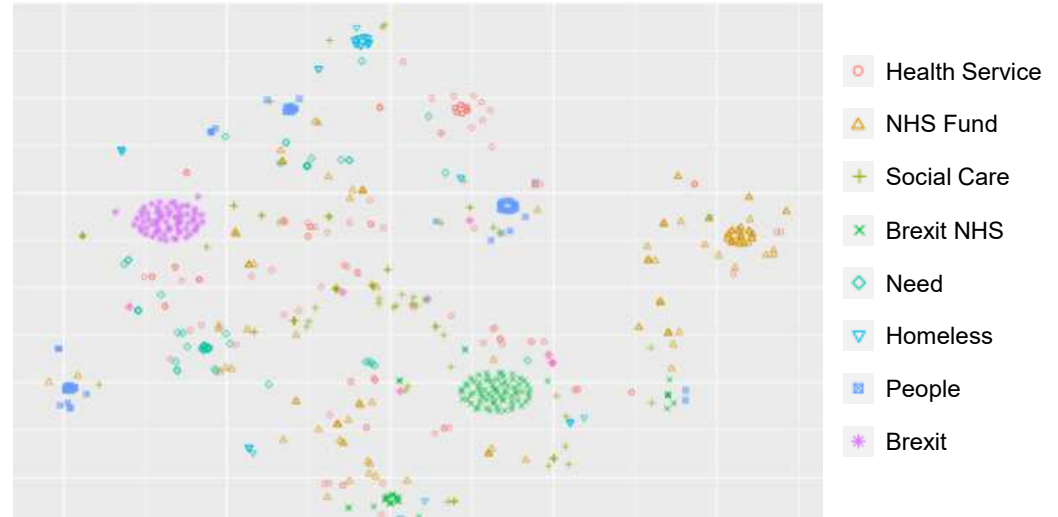
Die Briten machen sich 2018 vor allem über zwei Bereiche Gedanken: Das Gesundheitssystem und den Brexit. Daher finden sich diese beiden Themen in unterschiedlichen Konstellationen in jedem Cluster wieder:

Das reicht von der Sorge über den **Health Service**, über die Finanzierung im Cluster **NHS Fund** bis hin zur expliziten Nennung beider Themen im Cluster **Brexit NHS**.

Zudem betrachten einige Briten in diesem Kontext auch die soziale Fürsorge **Social Care** sowie die Obdachlosigkeit als wichtige Herausforderungen.

Ein Themenfeld, das sowohl mit **Brexit** als auch **NHS** zum in Zusammenhang gebracht wird, ist die Sorge über die Immigration.

Der Begriff „**need**“ konzentriert sich auf die beiden Themen Brexit und NHS, die die derzeitigen Diskussionen beherrschen.

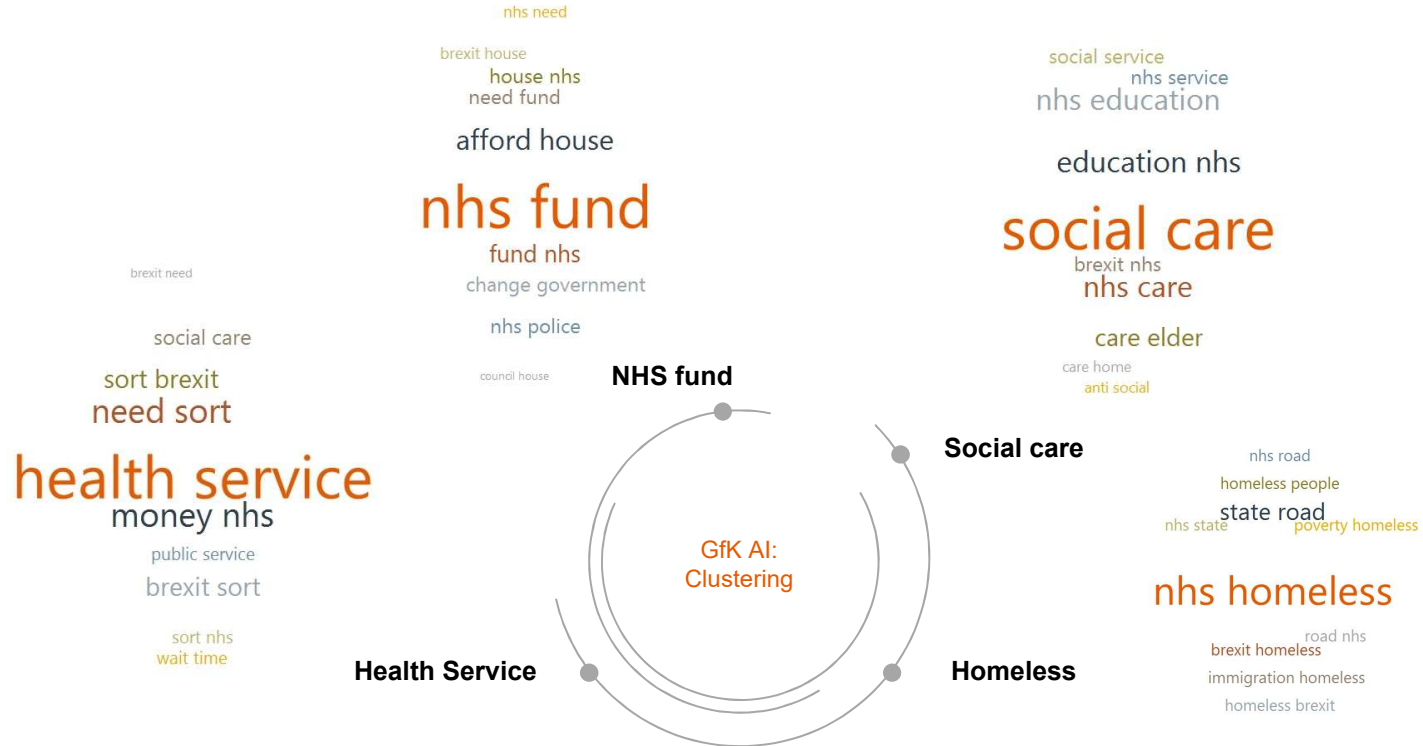


Informationen zur Methodik siehe Seite 41

Großbritannien /// Die Herausforderungen 2018

Analyse mittels GfK AI: Clustering (1) – Originalantworten

GfK AI: Clustering; Analyse der offenen Nennungen, ausgewählte Cluster, Top 10

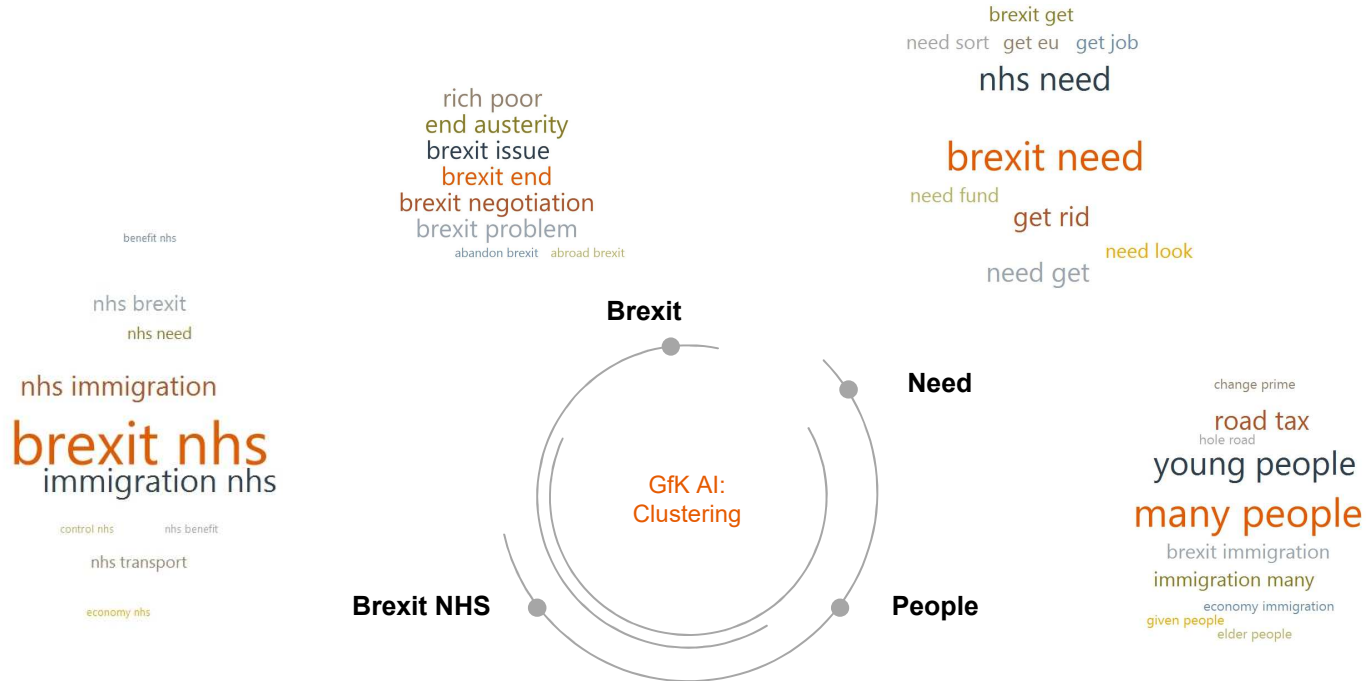


Basis: 1.026 Befragte

Großbritannien /// Die Herausforderungen 2018

Analyse mittels GfK AI: Clustering (2) – Originalantworten

GfK AI: Clustering; Analyse der offenen Nennungen, ausgewählte Cluster, Top 10

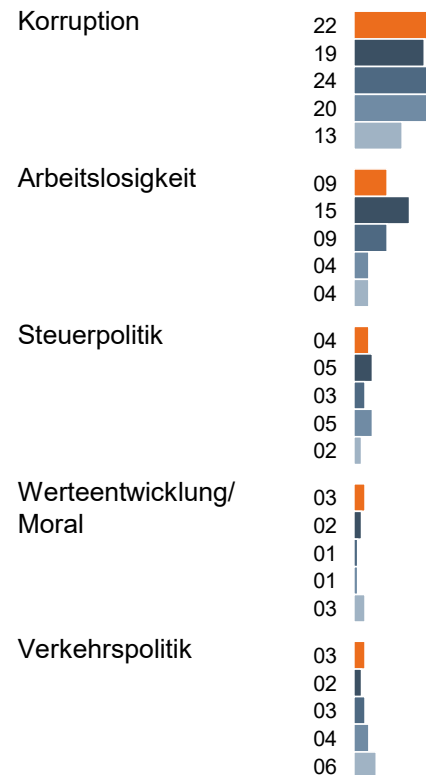
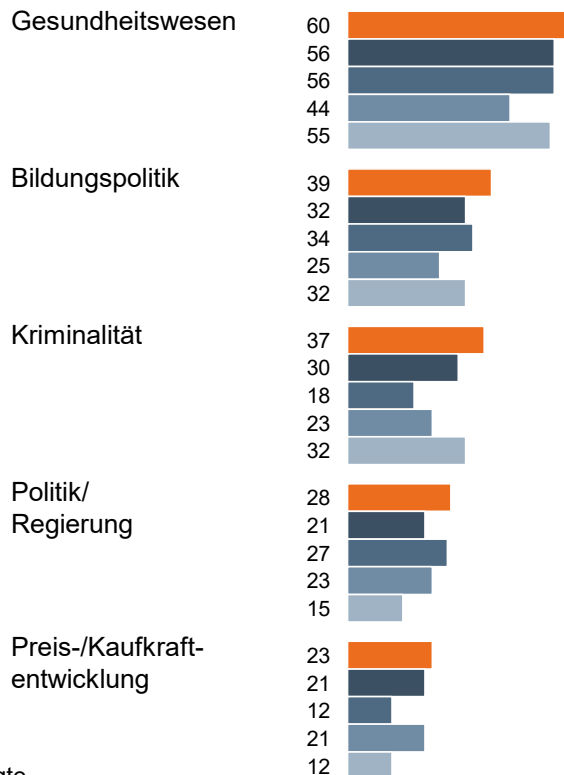


Basis: 1.026 Befragte

3 Nord- und Südamerika

Brasilien /// In Brasilien liegt das Thema Gesundheit mit 60% unangefochten auf Platz 1 der Sorgenliste, und zwar mit steigender Tendenz

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Brasilien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2018
■ 2017
■ 2016
■ 2015
■ 2014

Basis 2018: 1.000 Befragte



Im Jahr 2018 steigt in Brasilien die durchschnittliche Zahl der Antworten pro Person von 3,0 auf 3,4. Damit sehen die Brasilianer im internationalen Vergleich – zusammen mit den Kenianern – derzeit die meisten Probleme. Zudem nimmt die Besorgnis über die vier wichtigsten Themen zu.

Über das **Gesundheitswesen** sorgen sich 60% der Menschen, nach 56% im Vorjahr. Vor rund zwei Jahren, als sich das Zika-Virus schnell im Land verbreitete, rief die WHO noch den globalen Notstand aus. Inzwischen hat die Zahl der Infektionen zwar erheblich nachgelassen, und Wissenschaftler stehen kurz davor, einen Impfstoff gegen die Virusinfektion zu entwickeln. Allerdings nehmen stattdessen nun die Gelbfieber-Infektionen zu, es handelt sich dabei um den stärksten Ausbruch seit 30 Jahren. Um die weitere Verbreitung einzudämmen, ließ die Regierung im Februar 2018 in den besonders betroffenen Regionen im Südosten des Landes Masseneimpfungen durchführen. Zwar wurden dabei rund 5,5 Millionen Menschen geimpft. Das entspricht allerdings nur einer relativ geringen Abdeckung in den Krisengebieten. Das Risiko einer Ausbreitung besteht also weiter. Wie gut das Land künftig auf ähnliche Epidemien reagieren kann, bleibt abzuwarten. Denn die Regierung beschloss Ende 2016 einen Verfassungszusatz, der die

Staatsausgaben für die kommenden 20 Jahre einfriert, so dass Steigerungen nur noch in der Höhe der Inflationsrate des Vorjahres möglich sind. Davon ist nicht nur das Gesundheits- sondern auch das Bildungswesen betroffen.

Dementsprechend steht die **Bildungspolitik** auch weiterhin im Fokus. Die Besorgnis darüber nimmt von 32% auf 39% zu, sie belegt damit aktuell Platz 2. Das brasilianische Bildungssystem ist geprägt von schlechter finanzieller Ausstattung, Lehrermangel und unzureichender Qualifikation der Lehrer. Zudem gibt es große Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie öffentlichen und privaten Einrichtungen – wobei unter den Schulen die privaten Einrichtungen besser sind, unter den Universitäten jedoch die staatlichen. Wegen dieser Probleme könnte sich die Bildung als wichtiges Thema im anstehenden Wahlkampf entpuppen.

Der Arbeitsmarkt leidet unter einer unzureichenden Qualifikation der Arbeitnehmer. Die Arbeitslosenquote nimmt laut Weltbank wieder zu, sie ist von 6,8% im Jahr 2014 auf 13,4% im Jahr 2017 spürbar gestiegen. Die leichte Verbesserung zum Jahresende 2017, die mit einer wirtschaftlichen Erholung einhergeht, scheidet aber die Besorgnis über die **Arbeitslosigkeit**, wieder sinken zu lassen, und zwar auf aktuell 9%.



Über die **Kriminalität** sind 37% der Befragten beunruhigt, damit hat sich die Besorgnis darüber innerhalb von zwei Jahren verdoppelt. Brasilien hat derzeit mit einer Gewaltwelle zu kämpfen, von der insbesondere Rio de Janeiro samt Umgebung betroffen ist. Um die Stadt wieder sicherer zu machen, setzte Präsident Temer im Februar 2018 per Dekret das Militär ein. Es soll nun nicht mehr nur die Polizei vor Ort unterstützen, sondern auch die Sicherheit im ganzen Bundesstaat gewährleisten sowie die Einsätze der Polizei koordinieren. Damit will die Regierung das organisierte Verbrechen und kriminelle Banden effektiver bekämpfen. Insgesamt wurden 2017 landesweit mehr als 61.000 Menschen umgebracht – so viele wie nie zuvor. Während mehrerer Polizeistreiks kam es vermehrt zu Plünderungen, Raubüberfällen und Morden. Die Polizei streikte Anfang 2017 wegen ausstehender Löhne und allgemein schlechter Arbeitsbedingungen. In der aktuellen Befragung kritisieren 20% der Bürger explizit, dass Menschen, die für Regierungsorganisationen arbeiten, zu schlecht bezahlt würden.

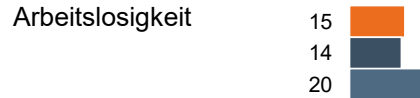
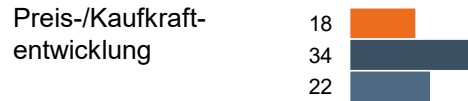
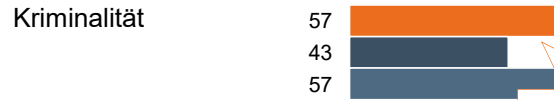
Die Sorge über die Entwicklung von **Preisen** und **Kaufkraft** belegt mit 23% den fünften Platz. Die Preissteigerung an sich stellt aber derzeit kein großes Problem mehr dar. So ist die Inflationsrate laut OECD von 8,7% im Jahr 2016 auf 3,4% im Jahr 2017 gesun-

ken. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass die Staatsausgaben per Verfassungszusatz eingefroren wurden.

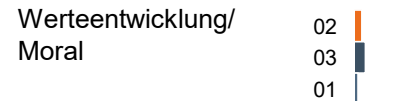
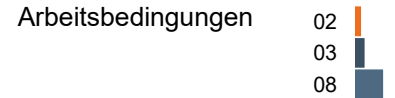
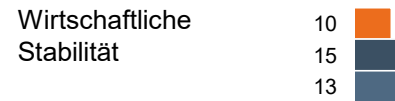
Ebenfalls weiterhin mit Sorge betrachten die Brasilianer die **Politik** und **Regierung**. Mit 28% steigt die Besorgnis wieder auf das Niveau von 2016. In diesem Kontext ist auch die **Korruption** zu betrachten, die 22% der Bürger beunruhigt. Nachdem die frühere Präsidentin Rousseff 2016 des Amtes enthoben wurde, sieht sich nun ihr Nachfolger Temer mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Er ist der erste Staatschef Brasiliens, der noch während der Amtszeit wegen Korruption angeklagt wird. Das könnte dazu führen, dass er nicht bis zur Präsidentschaftswahl im Oktober 2018 im Amt bleiben kann. Der sehr populäre ehemalige Präsident Lula kandidiert erneut und liegt derzeit in Wahlumfragen vorn. Allerdings wurde Lula im April 2018 zu einer zwölfjährigen Haftstrafe verurteilt, und zwar ebenfalls wegen Korruption während seiner Präsidentschaft. Er streitet die Vorwürfe ab und versucht, gegen das Urteil vorzugehen. Ob er als Häftling zur Wahl antreten darf, bleibt fraglich. Zudem sind auch weniger prominente Politiker in die verschiedenen Korruptionsskandale verwickelt. Folglich verschlechtert sich der von Transparency International herausgegebene Corruption Perceptions Index leicht von 40 auf 37 Punkte.

Mexiko /// Die Mexikaner wünschen sich eine bessere Verbrechensbekämpfung, mit einem Anstieg auf 57% belegt die Kriminalität Platz 1

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Mexiko zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



davon:
19% Gewalt
 (2017: 9%)
13% Sich auf der Straße nicht sicher fühlen
 (2017: 14%)
8% Entführungen
 (2017: 4%)



■ 2018
 ■ 2017
 ■ 2016

Basis 2018: 1.000 Befragte

Nachrichtlich:
 Umweltschutz: 2%
 (2017: 1%)
 Wohlergehen/
 Lebensstandard: 2%
 (2017: 1%)
 Soziale Sicherung: 2%
 (2017: 2%)
 Suchtproblematik: 2%
 (2017: 1%)

Mexiko /// Zentrale Ergebnisse (1)



Auch 2018 gehört Mexiko zu den Ländern, in denen vergleichsweise viele Themen die Menschen beschäftigen. Der Problemdruck nimmt aber ab: Während die Bürger 2017 durchschnittlich noch mehr als 3,1 Themen nannten, sind es jetzt 2,7 Antworten pro Person. Ebenso wie 2017 gibt aber kein einziger der Befragten an, überhaupt keine Probleme im Land zu sehen.

Wie in den vergangenen beiden Jahren belegt die Sorge über die **Kriminalität** 2018 wieder Platz 1. Sie erreicht mit einer deutlichen Zunahme um 14 Prozentpunkte auf 57% wieder das Niveau von 2016. Tatsächlich nimmt auch die Zahl an Straftaten zu, in manchen Bereichen sogar dramatisch. So gab es 2017 wesentlich mehr Autodiebstähle als noch im Jahr zuvor, vor allem wurden fast 40% mehr Autos unter Anwendung von Gewalt gestohlen. Der offiziellen Kriminalitätsstatistik zufolge stieg auch die – zuvor schon hohe – Zahl der Morde weiter, und zwar 2017 um 23% auf mehr als 25.000. Das ist der höchste Wert seit 1997, dem Beginn der Aufzeichnungen. Die Regierung geht davon aus, dass etliche Mordfälle einen Bezug zur organisierten Kriminalität und zum anhaltenden Drogenkrieg haben. Besonders das Sinaloa-Kartell kontrolliert weite Teile des Drogengeschäfts mit brutaler Gewalt. Die Verhaftung von dessen Chef „El Chapo“ 2014 schwächte nicht wie erhofft

das Kartell, sondern hatte nur noch brutale Machtkämpfe zur Folge. Der Polizei vertraut inzwischen kaum mehr jemand, da viele der schlecht bezahlten Beamten mit den Kartellen kooperieren. Viele Polizeiaufgaben werden nun vom Militär übernommen. Wenig überraschend fordern 17% der Bürger eine stärkere Bekämpfung der **Korruption**, die damit Platz 3 der Agenda belegt.

Wie eng die organisierte Kriminalität auch mit der Politik verwoben ist, wird am laufenden Wahlkampf deutlich. Im Juli 2018 steht die Wahl des Präsidenten, des Parlaments sowie einiger Gouverneure, Bürgermeister und Regionalparlamente an. Die Drogenkartelle finanzieren Wahlkämpfe auf lokaler Ebene, im Gegenzug nehmen sie Einfluss auf politische Entscheidungen – und wer sich wehrt, riskiert umgebracht zu werden. Medienberichten zufolge stirbt in Mexiko alle vier Tage ein Politiker. Die Besorgnis über die **Politik** und die **Regierung** rangiert ebenfalls wieder unter den Top 5. Offenbar wirkt sich aber positiv aus, dass es im Juli 2018 die Möglichkeit gibt, eine neue Regierung zu wählen. So geht die Sorge um dieses Thema von 19% auf 13% zurück. Der teils umstrittene linke Kandidat Obrador lag in den Umfragen vorn – und hat die Wahl auch gewonnen. Er will die Konflikte mit den Kartellen friedlich beenden.

Mexiko /// Zentrale Ergebnisse (2)



Den zweiten Platz belegt 2018 mit 18% die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**. Damit bleibt das Thema in den Augen der Mexikaner zwar wichtig, es verliert aber spürbar an Brisanz. Das dürfte jedoch weniger an einer tatsächlichen Verbesserung der Situation liegen, als vielmehr an einer Gewöhnung. Anfang 2017, also kurz vor der letztjährigen Befragung, erlebte das Land die höchste Inflation seit Jahren. Der starke Anstieg der Preise, insbesondere der Benzinpreise, führte zu landesweiten Krawallen und Plünderungen, bei denen sogar mehrere Menschen starben. Dementsprechend präsent war dieses Thema auch in der damaligen Befragung. Die Inflation verharrte 2017 auf einem hohen Niveau von rund 6% (OECD), und die Benzinpreise blieben konstant. Für 2018 wird eine Preissteigerungsrate von circa 4% prognostiziert. Die starke Inflation hängt vor allem mit dem schwachen Wechselkurs des Peso gegenüber dem US-Dollar zusammen, wodurch sich Importe verteuern.

Die Beziehungen zum großen Nachbarn USA und seinem Präsidenten spielen für das Land eine wichtige Rolle. Der US-Präsident Trump bezeichnete Mexikaner in seinem Wahlkampf 2016 pauschal als kriminell, er forderte den Bau einer Mauer an der Grenze zum südlichen Nachbarn sowie den Rückzug der USA aus

dem Freihandelsabkommen Nafta mit Kanada und Mexiko. Nach mehr als einem Jahr Amtszeit des US-Präsidenten blickt Mexiko nun zuversichtlicher in die Zukunft. Die Grenzmauer ist noch nicht gebaut, und über Nafta wird nach wie vor verhandelt. Zuletzt äußerte Wirtschaftsminister Guajardo sogar, dass auch Mexiko nicht auf das Handelsabkommen angewiesen sei. Neben den Beziehungen zum Nachbarland ergeben sich weitere ökonomische Ungewissheiten aus den anstehenden Präsidentschaftswahlen. So könnte ein Wahlsieg des linken Kandidaten Obrador einen Kurswechsel bedeuten. Insgesamt entwickelte sich die Wirtschaft 2017 aber deutlich besser als zu Jahresbeginn prognostiziert, so dass sich derzeit nur noch jeder zehnte Mexikaner um die **wirtschaftliche Stabilität** sorgt, das bedeutet derzeit Platz 7.

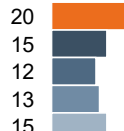
Gemeinsam mit der Wirtschaftslage verbessert sich meist auch die Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote Mexikos lag 2017 laut OECD denn auch bei nur 3,4% – so niedrig wie seit Jahren nicht mehr. Dennoch bleibt die **Arbeitslosigkeit** für die Mexikaner ein wichtiges Thema, es belegt mit 15% den vierten Platz. Rund 12% äußern sich zudem besorgt über die **Armut**, was im Vergleich zum Vorjahr aber einen leichten Rückgang darstellt.

USA /// Für die US-Amerikaner steht die Kritik an Politik und Regierung zunehmend im Vordergrund (20%), hinzu kommt die Skepsis gegenüber dem amtierenden Präsidenten

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den USA zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

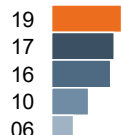


Politik/
Regierung

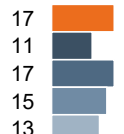


zusätzlich:
1% Proteste gegen neue
Regierung beenden
(2017: 2%)

Zuwanderung/
Integration

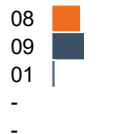


Gesundheitswesen

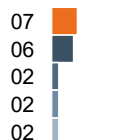


zusätzlich:
1% Obamacare
(2017: 2%)

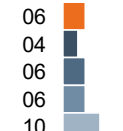
Donald Trump –
Themen/ Ereignisse
(u.a. im Wahlkampf)



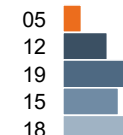
Werteentwicklung/
Moral



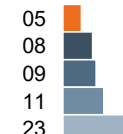
Staatsfinanzen



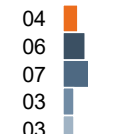
Wirtschaftliche
Stabilität



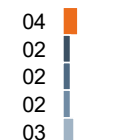
Arbeitslosigkeit



Außen-/Welt-/
Europapolitik



Friedenssicherung



Nachrichtlich:
Kriminalität: 4%
(2017: 7%)
Umweltschutz: 4%
(2017: 5%)
Bildungspolitik: 4%
(2017: 4%)
Preis-/Kaufkraft-
entwicklung: 4%
(2017: 3%)

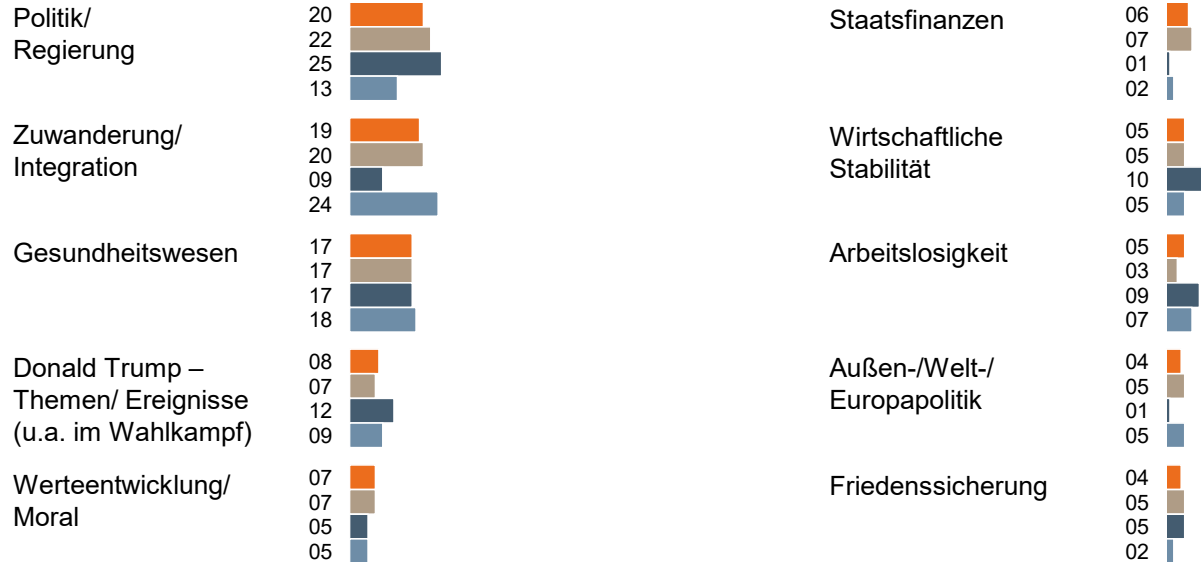
- 2018
- 2017
- 2016
- 2015
- 2014

Basis 2018: 1.000 Befragte

USA /// Die Herausforderungen 2018 nach den drei größten ethnischen Gruppen

Afroamerikaner zeigen sich noch stärker besorgt über Politik und Regierung

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den USA zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

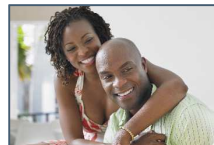


■ Gesamt (alle Amerikaner)

■ Weißer

■ Afroamerikaner

■ Hispanoamerikaner



Basis 2018: 1.000 Befragte

USA /// Zentrale Ergebnisse (1)



Mit einer Zunahme von 15% im Jahr 2017 auf aktuell 20% stellt der Themenkomplex um **Politik** und **Regierung** 2018 den wichtigsten Kritikpunkt der US-Amerikaner dar. Afroamerikaner zeigen sich mit 25% sogar noch stärker darüber besorgt. Zugleich äußern erneut 8% der US-Bürger explizit ihre Unzufriedenheit mit **Präsident Trump**, das bedeutet Platz 4 der Agenda. Kaum ein Präsident der Vereinigten Staaten war bisher so umstritten wie der aktuelle Amtsinhaber. Bereits 2016 hatte der kontroverse Wahlkampf die politischen und gesellschaftlichen Debatten polarisiert.

Seit seiner Wahl überrascht Trump mit immer neuen Vorhaben, die er meist zuerst über Twitter mitteilt. Im März 2018 kündigte er Strafzölle auf die Einfuhr von Stahl und Aluminium an, die national und international äußerst umstritten sind. So umstritten, dass der Chefökonom des Weißen Hauses zurücktrat – und sich mit seinem Ausscheiden aus der Regierung in eine lange Serie von Personalwechseln einreihet. Zurückgetreten sind etwa auch engste Berater des Präsidenten, da sie politische und geschäftliche Kontakte zu Russland unterhalten haben sollen. Bereits seit dem Wahlkampf steht der Verdacht im Raum, russische Stellen hätten den Ausgang der US-Präsidentschaftswahl beeinflusst.

Ähnliche starke Reaktionen löst der letztjährige Spitzenreiter, die Sorge um **Zuwanderung** und **Integration**, mit aktuell 19% aus. Bei diesem Thema zeigt sich seit 2014 ein stetiger Anstieg. So stieß Trumps restriktive Einwanderungspolitik zunehmend auf Kritik: Anfang 2017 erließ er ein Einreiseverbot für Bürger aus sieben Ländern des mittleren Ostens sowie Nord- und Nordostafrikas, das allerdings kurz darauf von mehreren Gerichten ausgesetzt wurde. Die Regierung will die legale Einwanderung durch eine Beschränkung der Vergabe von dauerhaften Aufenthaltsgenehmigungen erschweren und die Aufnahme von Flüchtlingen begrenzen. An seinem Wahlkampfversprechen, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen, hält Trump ebenfalls weiter fest. Folglich machen sich mit 24% besonders viele Hispanoamerikaner Sorgen über die Zuwanderung. Im Herbst 2017 beschloss Trump zudem, das sogenannte DACA-Programm seines Vorgängers auslaufen zu lassen, das Kinder illegaler Einwanderer vor Abschiebung schützt. Da sich aber das oberste Gericht der USA nicht mit den „Dreamer“ genannten Kindern befassen will, bleiben sie vorerst vor Abschiebung geschützt. Womöglich ist in diesem Kontext auch die Sorge um Menschlichkeit, **Werte** und **Moral** zu interpretieren, die mit 7% den fünften Rang belegt.

USA /// Zentrale Ergebnisse (2)



Die Debatte über die Einwanderungspolitik war Anfang 2018 zudem ein Auslöser für den sogenannten Shutdown. Dabei werden Ämter, Behörden und bundeseigene Einrichtungen vorübergehend geschlossen, wenn die Schuldenobergrenze des Haushalts erreicht ist und sich Kongress und Präsident nicht über die Bewilligung neuer Haushaltsmittel einigen können. Der Grund für den aktuellen Zwist: Während die Demokraten einen Schutz für die „Dreamer“ fordern, verlangen die Republikaner mehr Mittel für den Bau einer Grenzmauer. So nimmt die Sorge über die **Staatsfinanzen** denn auch wieder leicht auf 6% zu und belegt damit Rang 6.

Wachsende Beunruhigung zeigt sich 2018 auch im Hinblick auf das **Gesundheitswesen**: Mit einem spürbaren Anstieg auf 17% erreicht dieses Thema aktuell wieder das Niveau von 2016. Eines der größten Wahlkampfversprechen von Trump war es, die Gesundheitsreform „Obamacare“ seines Vorgängers rückgängig zu machen. Diese sieht eine allgemeine Versicherungspflicht vor, was für die Republikaner einen zu großen Eingriff des Staats darstellt. Im Verlauf des Jahres 2017 hatte Trump mehrmals versucht, „Obamacare“ durch eine eigene Krankenversicherung zu ersetzen oder ganz abzuschaffen. Er scheiterte aber an der Uneinigkeit in den Reihen der Republikaner.

An Brisanz verloren hat dagegen die **wirtschaftliche Entwicklung**: Die Besorgnis darüber ist von 19% im Jahr 2016 auf derzeit 5% zurückgegangen. Gleiches gilt für das verwandte Thema **Arbeitslosigkeit**. Hier sinkt die Sorge seit 2014 kontinuierlich und erreicht 2018 einen neuen Tiefstwert. Das deckt sich mit der Entwicklung der Arbeitslosenquote, die sich seit 2011 mehr als halbiert hat und 2017 laut OECD 4,4% betrug.

Mit jeweils 4% belegen die **Außenpolitik** sowie die **Friedenssicherung** die letzten Plätze der Top 10. Gründe für ihr Auftauchen in der Rangliste könnte neben der protektionistischen Politik des Präsidenten auch der andauernde Konflikt mit Nordkorea sein. Dieser eskalierte zwischenzeitlich durch provokante Aussagen der beiden Staatsoberhäupter nahezu. Nach einer Annäherung zwischen Nord- und Südkorea anlässlich der Olympischen Winterspiele im Frühjahr 2018 nahm der US-amerikanische Präsident dann aber eine Einladung des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong-un zu einem Treffen an. Gedanken über die **Kriminalität** machen sich in diesem Jahr 4% der US-Amerikaner. Damit ist die Besorgnis zwar gesunken, doch nennen aktuell 2% explizit den Zugang zu Waffen als Problem. Die vorliegende Befragung fand noch vor dem Amoklauf in Florida mit 17 Toten statt.

USA /// Die Herausforderungen 2018

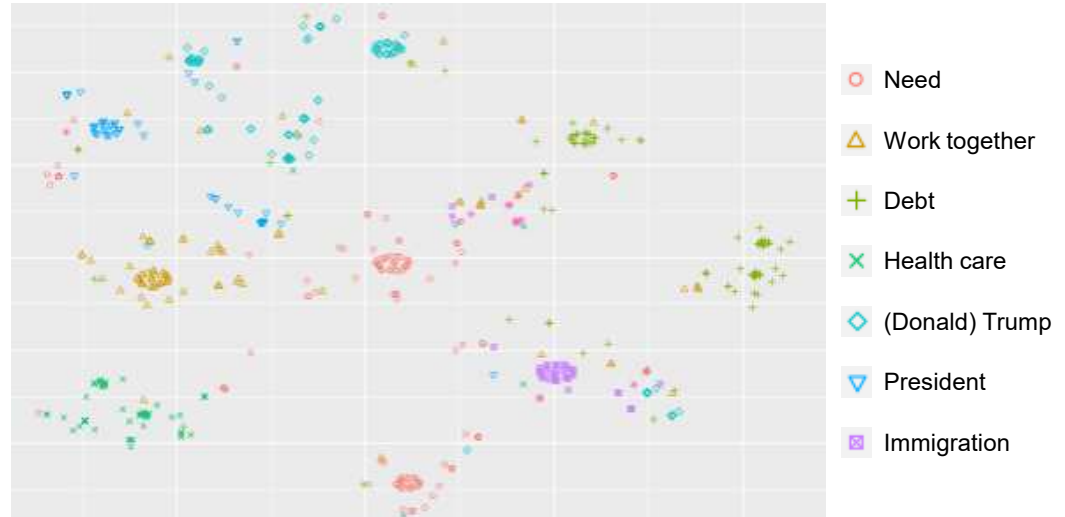
Analyse mittels GfK Artificial Intelligence (AI): Clustering

Die US-Amerikaner bewegt in diesem Jahr besonders der Themenkomplex um Politik und Regierung sowie ganz explizit ihr derzeitiger Präsident Trump. Diese Studie konzentriert sich auf Defizite und Missstände in den jeweiligen Ländern, es sind also keine positiven Antworten zu erwarten. Doch fällt die – sprachliche – Vehemenz auf, mit der viele US-Amerikaner den derzeitigen Präsidenten kritisieren.

Ein weiteres wichtiges Thema auf der Agenda ist die **Immigration**, hier wünschen viele US-Amerikaner ein Ende der illegalen Zuwanderung sowie eine Gesetzesreform. Außerdem stehen die Themen **Health care** und **Debt** auf der Liste der drängenden Aufgaben.

Wie auch in Deutschland sehen die Menschen Verbesserungsbedarf: Vereint durch den Begriff „**need**“ findet sich ein breites Themenspektrum, das vom Gesundheitswesen bis zum aktuellen Präsidenten reicht.

Und ein Punkt sticht hervor, der sich gezielt an die Politik wendet: In dem Cluster „**work together**“ wünschen sich die Bürger, dass die politischen Institutionen besser zusammenarbeiten, und zwar primär zum Wohl der Menschen.

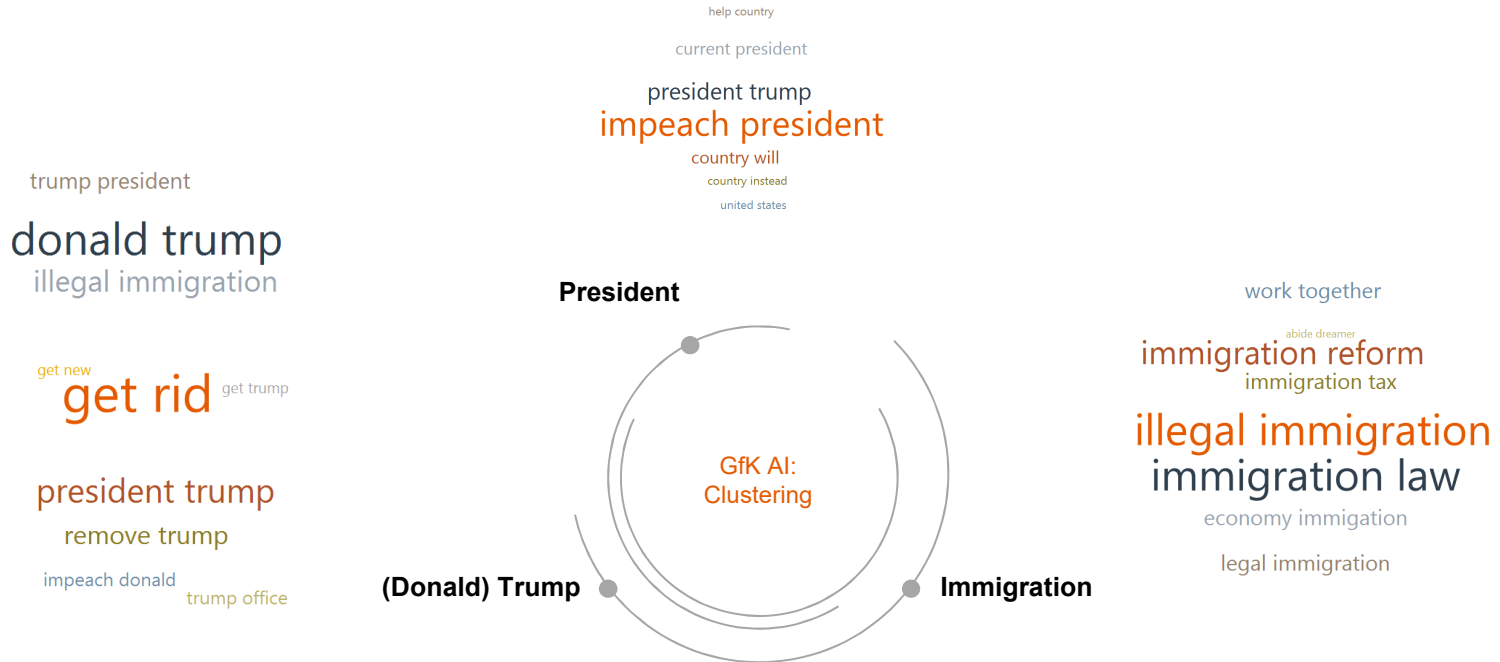


Informationen zur Methodik siehe Seite 41

USA /// Die Herausforderungen 2018

Analyse mittels GfK AI: Clustering (1) – Originalantworten

GfK AI: Clustering; Analyse der offenen Nennungen, ausgewählte Cluster, Top 10

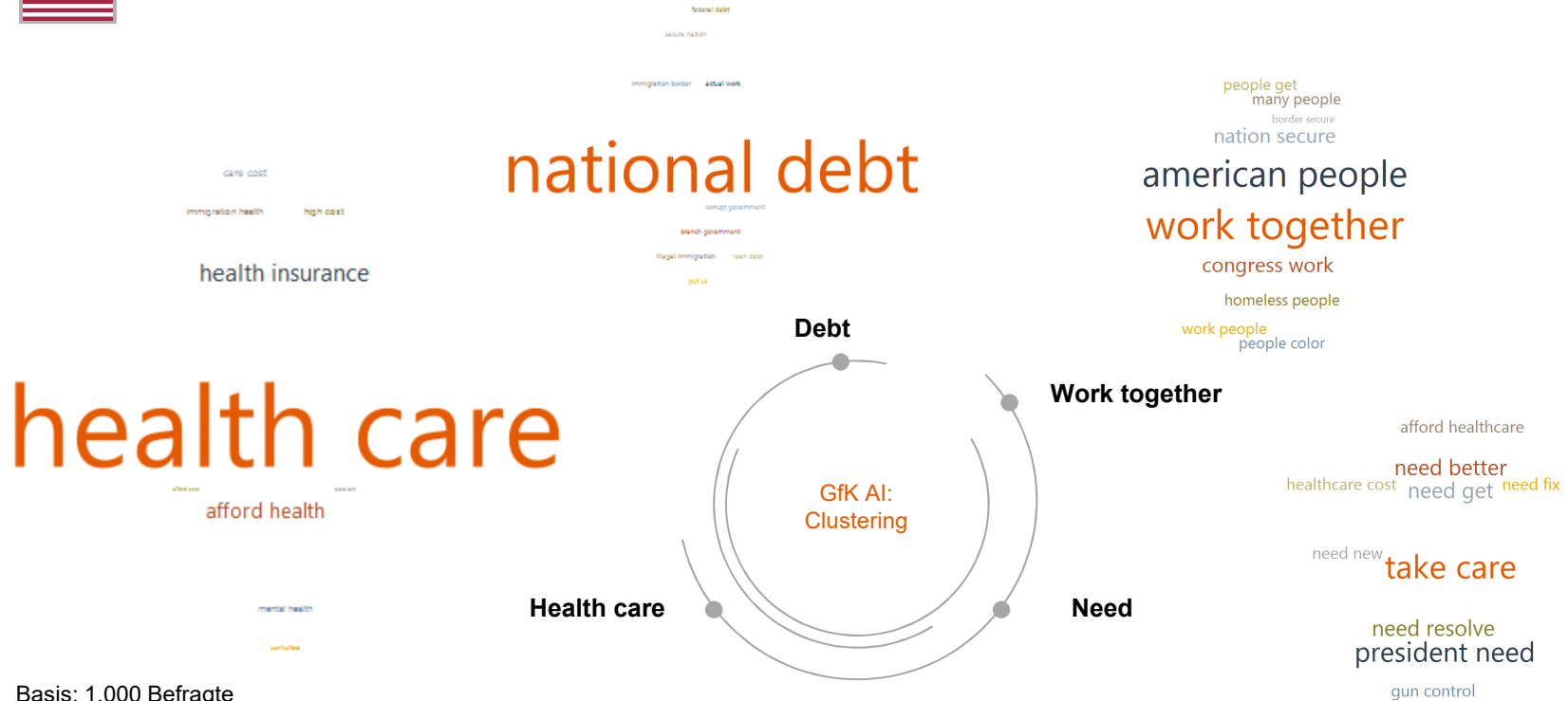


Basis: 1.000 Befragte

USA /// Die Herausforderungen 2018

Analyse mittels GfK AI: Clustering (2) – Originalantworten

GfK AI: Clustering; Analyse der offenen Nennungen, ausgewählte Cluster, Top 10

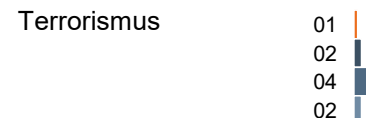
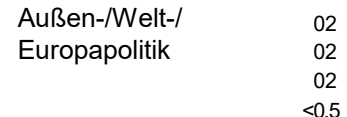
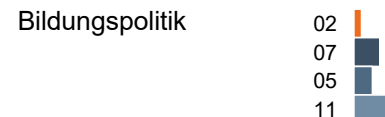
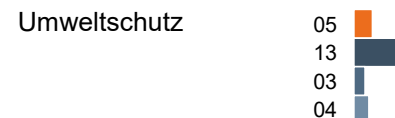
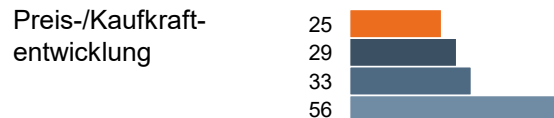
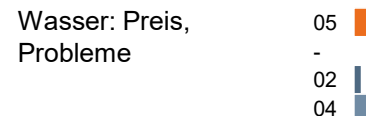
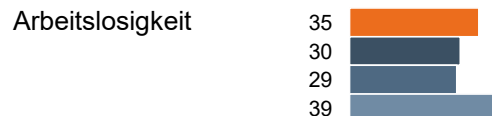


Basis: 1.000 Befragte

4 Asien und Pazifik

Indien /// Auch in Indien belegt die Sorge über den Arbeitsmarkt den ersten Platz, und zwar mit einem Anstieg zum Vorjahr auf 35%

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Indien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2018
■ 2017
■ 2016
■ 2015

Basis 2018: 1.064 Befragte

Nachrichtlich:
 Steuerpolitik: 1% (2017: <0,5%)
 Stabilität der Energieversorgung: 1% (2017: 2%)
 Sauberkeit: 1% (2017: -%)
 Jugendpolitik: 1% (2017: -%)

Indien /// Zentrale Ergebnisse (1)



In Indien nimmt der Problemdruck 2018 insgesamt auf 1,2 Probleme pro Person ab. Damit gehört Indien global zu den weniger besorgten Nationen. Unverändert bleiben jedoch die Top 3 der indischen Sorgenagenda.

Die Nummer eins ist erneut die **Arbeitslosigkeit**, die Beunruhigung darüber nimmt von 30% auf 35% zu. Laut Weltbank blieb die Arbeitslosenquote 2017 gegenüber den Vorjahren konstant bei 3,5%. Doch sind viele der Arbeitnehmer im informellen Sektor beschäftigt und nicht abgesichert, vor allem auf dem Land. Auch das Bevölkerungswachstum könnte die Besorgnis verstärken. Aktuell hat Indien 1,3 Milliarden Einwohner und die Bevölkerung wächst weiter, daher könnte Indien laut UN China als bevölkerungsreichstes Land der Welt ablösen. Das Wirtschaftswachstum beträgt derzeit laut IWF zwar rund 7%, nötig wären nach GTAI aber 10%, um für die 12 Millionen jungen Menschen, die jährlich auf den Arbeitsmarkt drängen, Jobs und somit eine Perspektive zu schaffen.

Die **Preis-** und **Kaufkraftentwicklung** sehen 25% der Inder als Problem. Damit geht die Besorgnis zwar bereits zum dritten Mal in Folge zurück, liegt aber noch auf dem zweiten Platz. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Inflationsrate wider, die von

10,9% im Jahr 2013 kontinuierlich sank und 2017 laut OECD bei nur noch 2,5% lag. Ende 2016 setzte die Regierung zudem eine Bargeldreform um, mit der sie das Schwarzgeld einziehen und das digitale Bezahlen vorantreiben wollte. Sie erzielte jedoch nicht den gewünschten Effekt, die Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes waren eher negativ. So dürfte das im Vergleich zu den Vorjahren niedrigere Wirtschaftswachstum zum Teil mit dieser Reform zusammenhängen. Der informelle Sektor und damit die ärmeren Bevölkerungsschichten waren ebenfalls stark betroffen. Über die **Armut** sorgt sich aktuell jeder zehnte Inder, was Platz 4 bedeutet.

Die Bargeldreform hatte auch zum Ziel, die weit verbreitete **Korruption** wirksamer zu bekämpfen. Medienberichten zufolge gelang dies aber nicht, durch die Umstellungen soll es sogar leichter geworden sein, Schwarzgeld zu waschen. Der CPI von Transparency International bleibt 2017 mit 40 Punkten unverändert, was auf eine deutlich wahrnehmbare Korruption hinweist. Möglicherweise weckt der Reformkurs von Premier Modi aber Hoffnung, denn die Korruption bereitet den Indern weniger Kopfzerbrechen als noch im Vorjahr. Die Besorgnis darüber geht auf 21% zurück, rangiert damit aber noch auf dem dritten Platz.



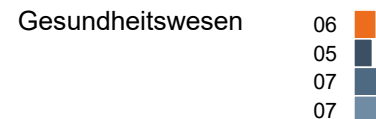
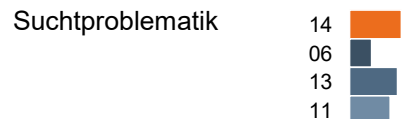
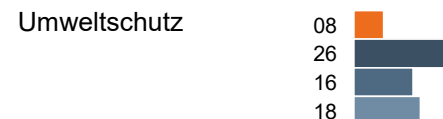
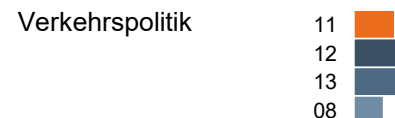
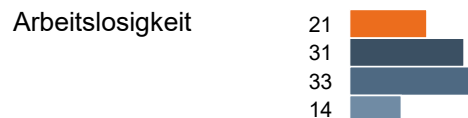
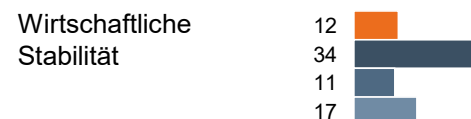
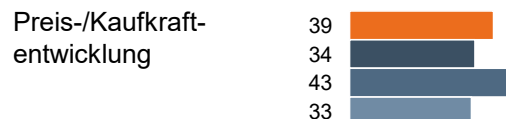
Zum zweiten Mal in Folge halbiert sich die Sorge über die **Kriminalität** und belegt mit 8% nun Platz 5. Wie in den letzten Jahren auch, sind die Inder vor allem von der Gewalt gegen Frauen beunruhigt. Um diese einzudämmen, hat die Polizei in Delhi ein Projekt initiiert: Rund 600 Polizisten und Polizistinnen – in Indien immer noch eine Seltenheit – sollen dort künftig auf Motorrädern patrouillieren. Zudem soll die Notruf-App für Frauen „Himmat“ überarbeitet und die Nutzung einfacher werden, um somit die Sicherheit zu erhöhen. Zusätzlich wurde im April 2018 das Strafmaß für Vergewaltigung angehoben. Die Politik zeigt sich also sensibilisiert für dieses Thema.

Zwei weitere Themen, die eng miteinander verknüpft sind, beschäftigen derzeit jeweils 5% der Inder. Zum einen ist das der Themenkomplex rund um das **Wasser**, zum anderen der **Umweltschutz**. Während die Beunruhigung über den Umweltschutz im Allgemeinen binnen Jahresfrist zurückging, stieg im Gegenzug die konkrete Sorge über das Wasser an. Der steigende Wasserbedarf und mehrere Dürren haben das Wasser knapper werden lassen. Dadurch verschlimmerten sich die anhaltenden Konflikte um diese kostbare Ressource. So kam es bereits 2016 zwischen mehreren

Bundesstaaten wegen der Wasserentnahme aus Flüssen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Außenpolitisch verschärfte sich der Konflikt mit Pakistan um die Wasserverteilung im Indus-Tal und mit Bangladesch um die Wassernutzung an der Tista. Erschwert wird die Lage in Indien zusätzlich durch die immense Wasser- und Umweltverschmutzung. Dies wird unter anderem am IT-Standort Bangalore deutlich: Durch industrielle Abwässer hat sich auf dem benachbarten See ein giftiger Schaum gebildet, der sich an sonnigen Tagen entzündet. Einem Modell des Indian Institutes of Science zufolge wird die Stadt deshalb in wenigen Jahren unbewohnbar sein – und schon jetzt spüren die Bewohner die gesundheitlichen Folgen. Auch der Ganges, einer der heiligen Flüsse im Hinduismus, ist stark verschmutzt. Menschen werden im Fluss bestattet und Abwässer ungeklärt eingeleitet, so dass die Grenzwerte für hochgiftige Chemikalien und Schwermetalle um ein Vielfaches überschritten werden. Dennoch wird der Fluss für die Landwirtschaft und als Trinkwasserquelle sowie für religiöse Rituale genutzt. Im März 2017 erklärte der Bundesstaat Uttarakhnad die Flüsse Ganges und Yamuna zu natürlichen Rechtspersonen, auch um wirkungsvoller gegen die Verschmutzung dieser beiden Flüsse vorgehen zu können.

Indonesien /// Die Preisentwicklung betrachten 39% der Indonesier mit Sorge, damit stellt diese das wichtigste Thema dar – und die Besorgnis nimmt zu

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Indonesien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2018
■ 2017
■ 2016
■ 2015

Basis 2018: 1.098 Befragte

Nachrichtlich:
 Politik/Regierung: 6%
 (2017: 9%)

Indonesien /// Zentrale Ergebnisse (1)



Im Jahr 2018 zeigt sich in Indonesien ein gemischtes Bild bei den Herausforderungen. Der Problemdruck geht insgesamt leicht von 2,4 auf 2,2 Antworten pro Person zurück.

Thematisch zeigt sich an der Spitze des Rankings keine Veränderung, denn die **Preis-** und **Kaufkraftentwicklung** bleibt mit Abstand das drängendste Problem aus Sicht der Indonesier. Die Besorgnis nimmt wieder zu, und zwar von 34% auf 39%. Die Bürger klagen hier vor allem über zu hohe Preise für Lebensmittel. Die Preise insgesamt stiegen 2017 mit 3,8% laut OECD zwar wieder etwas stärker an, aber immer noch moderat im Vergleich zu 6,4% im Jahr 2015. Doch vor allem bei Grundnahrungsmitteln wie Reis, Mais, Soja und Zucker ist das Land auf Einfuhren angewiesen. Sollten die Weltmarktpreise anziehen oder die eigene Währung weiter an Wert verlieren, verteuern sich die Importe. Aufgrund der jahrzehntelangen Abwertung planen Regierung und Zentralbank ohnehin, drei Nullen zu streichen. So soll der alltägliche Zahlungsverkehr vereinfacht und der Währung international wieder mehr Respekt verschafft werden. Die Erhöhung wichtiger Leitzinsen soll zudem der Abwertung entgegenwirken.

Auch die Sorge über die **Armut** im Land nimmt etwas zu und

erreicht aktuell 12%. Dabei ist der Anteil derjenigen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, im September 2017 auf 10,1% gesunken, was auch in absoluten Zahlen einen Rückgang darstellt. Die Regierung hat das Ziel, den Anteil 2018 erstmals unter die 10%-Marke zu drücken. Ein nur geringfügiger Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel soll dabei helfen.

Über die **Arbeitslosigkeit** ist 2018 jeder Fünfte beunruhigt. Das sind zwar deutlich weniger als 2017, allerdings wird dem auf Rang 2 platzierten Thema noch immer eine hohe Bedeutung beigemessen. Laut der Weltbank bleibt die Arbeitslosenquote 2018 mit 4,3% weitgehend stabil. Möglicherweise wirkt sich das konstant gute Wirtschaftswachstum hier positiv aus. Das BIP ist 2017 der OECD zufolge um 5,1% gewachsen, das ist in etwa die Höhe wie in den Jahren zuvor. Prognosen gehen davon aus, dass auch 2018 ein Wachstum von rund 5% erzielt werden kann. Die von der Regierung angestrebte Wachstumsrate von 7,0% wird aber unterschritten, unter anderem auch deshalb, weil das Land in den letzten Jahren mit niedrigen Weltmarktpreisen ihrer Exporte zu kämpfen hatte. Gegenüber 2017 verliert die **wirtschaftliche Entwicklung** deutlich an Brisanz, mit einem Rückgang um 22 Prozentpunkte auf nun 12% wird wieder das Niveau von 2016 erreicht.



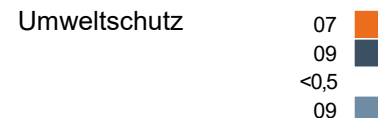
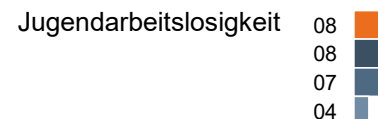
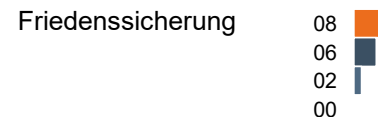
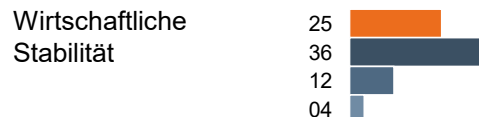
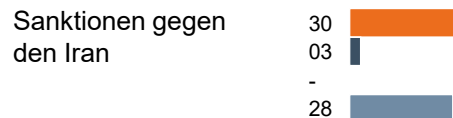
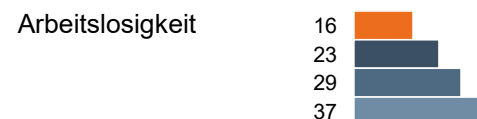
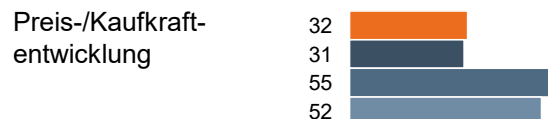
Nach sichtlichen Rückgängen im Vorjahr nehmen zwei verwandte Sorgen unter den diesjährigen Top 5 merklich zu: Die **Kriminalität** und die **Suchtproblematik** steigen um jeweils 8 Prozentpunkte, und somit auf 17% bzw. 14%. Indonesien zählt zu den Ländern mit den strengsten Drogengesetzen weltweit. Auf den Besitz kleiner Mengen an Drogen stehen hohe Freiheitsstrafen, auf den Handel sogar die Todesstrafe. Im Juli 2017 rief Präsident Widodo die Polizei dazu auf, härter gegen Drogendealer vorzugehen. Laut Amnesty International hatte die Polizei bis August 2017 bereits 60 Drogenkriminelle getötet, das waren dreimal so viele wie 2016. Der Präsident rechtfertigt das Vorgehen damit, dass sich das Land wegen der vielen Süchtigen seit Jahren in einer Art Drogennotstand befindet. Zudem kaufen viele Menschen Schnaps aus Schwarzbrennereien, da Alkohol in dem muslimischen Land sehr teuer ist. Dieser ist aber häufig durch das hochgiftige Methanol verunreinigt, wodurch es zu Todesfällen kommt. Die schweren Anschläge auf drei Kirchen in Surabaya auf der Insel Java im Mai 2018 fanden zwar erst nach der Befragung statt, doch schon länger gewinnen Islamisten in dem größten muslimischen Land der Welt an Einfluss.

Handlungsbedarf sehen die Indonesier weiterhin bei der **Korruption**, die mit einem Anstieg um 3 Prozentpunkte nun von 17% der Bürger genannt wird. Mit einem CPI von 37 Punkten laut Transparency International schneidet das Land im weltweiten Vergleich eher schlecht ab. Dabei hat Präsident Widodo bereits die Antikorruptionsbehörde mit mehr Mitteln und Kompetenzen ausgestattet, was schon erste Erfolge zeigt. So fand während dieser Befragung der Prozess gegen den Politiker Novanto statt, der im April 2018 zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt wurde.

In den Hintergrund tritt dagegen die Sorge um den **Umweltschutz**, die mit nur noch 8% Rang 9 belegt. Vermutlich wird das Problem in diesem Jahr von anderen Herausforderungen überlagert, denn die Lage hat sich nicht wesentlich verbessert. Neben dem Müll, der in großen Mengen in Meer und Flüssen entsorgt wird, nennen die Bürger vor allem die Hochwassergefahr als Problem. Besonders deutlich wird dies am Beispiel Jakarta. Der Boden unter der Hauptstadt sinkt immer weiter ab, so dass schon jetzt 40% der Metropole unter dem Meeresspiegel liegen. Zusätzlich nimmt infolge des Klimawandels die Gefahr von stärkeren Sturmfluten und einem Anstieg des Meeresspiegels zu. Um die Bewohner zu schützen, ist der Bau einer Mauer als Schutzwall in Planung.

Iran /// Mit knappem Vorsprung belegt die Sorge über die Inflation in Iran den Spitzenplatz; auch neue Sanktionen treiben die Menschen um

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Iran zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2018
■ 2017
■ 2016
■ 2015

Basis 2018: 1.000 Befragte

Nachrichtlich:
Arbeitsbedingungen: 7%
(2017: 8%)

Iran /// Zentrale Ergebnisse (1)



Die beiden größten Herausforderungen Irans liegen im Jahr 2018 nahezu gleichauf. Die Preis- und Kaufkraftentwicklung, die schon länger oben auf der Agenda steht, bleibt gegenüber dem Vorjahr stabil. Dagegen nimmt die Sorge über die Sanktionen gegen Iran sprunghaft zu. Das sind aber nicht die einzigen Themen, deren Wichtigkeit sich aus Sicht der Bürger verändert. Insgesamt nimmt der Problemdruck auf 2,5 Antworten pro Person zwar etwas ab, bleibt im Ländervergleich aber überdurchschnittlich hoch.

Wie bereits 2017 äußert sich rund ein Drittel der Iraner derzeit beunruhigt über die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**. Damit ist das Thema erneut die Nummer eins der iranischen Sorgenliste, trotz eines Rückgangs seit 2016. Gleiches gilt für die Inflation: Diese betrug im Jahresdurchschnitt 2017 laut IWF 9,9% und liegt damit auf einem ähnlichem Niveau wie 2016, aber deutlich unter einer Preissteigerung von knapp 35% im Jahr 2013. Vor allem für Grundnahrungsmittel musste die Bevölkerung mehr ausgeben als bisher, die Preise für Energie stiegen dagegen moderater. Um die Abwertung des iranischen Rial, die mit der ungewissen Zukunft des Atomabkommens zusammenhängt, zu stoppen, setzte die Regierung im April 2018 einen festen Wechselkurs zum US-Dollar fest.

In den vergangenen Monaten war das Land weltweit aufgrund der Drohung der USA in den Schlagzeilen, aus dem Atomabkommen von 2015 auszusteigen. Zwar verkündete US-Präsident Trump den Ausstieg erst nach der Befragung im Mai 2018, doch dürften die Spekulationen bereits vorher Besorgnis ausgelöst haben. So machen sich 30% der Bürger Gedanken über die **Sanktionen gegen Iran**, das sind sogar noch etwas mehr als 2015. Damals fand die Befragung noch vor der Unterzeichnung des Atomabkommens statt. Dieses sieht eine Beschränkung des iranischen Atomprogramms auf zivile Zwecke und Kontrollen im Land vor, im Gegenzug wurden dafür Wirtschaftssanktionen gelockert. Doch bereits Anfang 2017 verhängten die USA aufgrund eines Raketen-tests neue Maßnahmen gegen Teheran und kündigten im Januar 2018 weitere an. Auch die EU weitete ihre Sanktionen im Frühjahr 2018 wieder aus, in erster Linie aber um den USA entgegenzukommen. Nach dem Austritt der USA halten die anderen Vertragsmitglieder bislang am Abkommen fest. Obwohl es bereits Stellungnahmen dazu gibt, sind die langfristigen Folgen schwer abzuschätzen. Doch sind weitreichende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage des Landes wahrscheinlich, da Investoren sich aufgrund der Unwägbarkeiten zurückhalten dürften.

Iran /// Zentrale Ergebnisse (2)



Frühere Sanktionen hatten der Wirtschaft Irans schwer geschadet: Laut IWF schrumpfte das BIP 2015 noch um 1,6%, doch 2016 konnte es wieder um 12,5% zulegen. Für 2017 rechnet der IWF mit einem Wachstum von rund 4%. Der größte Teil des Zuwachses entfällt auf den Erdölsektor, der dank der 2015 aufgehobenen Sanktionen wieder auf- und ausgebaut werden konnte. Die Besorgnis der Bürger um die **wirtschaftliche Stabilität** geht aktuell zwar zurück, bleibt aber mit 25% weiter relevant.

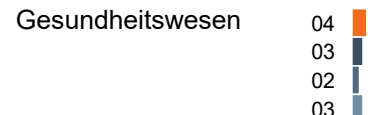
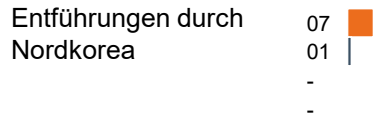
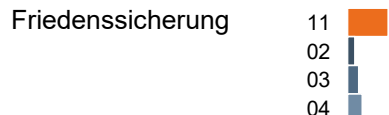
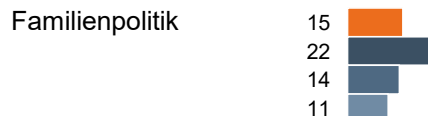
Steigende Preise und eine hohe Arbeitslosigkeit führten Anfang 2018 trotz konjunktureller Erholung zu massiven Protesten, die sich letztlich auch gegen die Regierung und Präsident Rohani richteten. Kritik an der **Politik** und der **Regierung** äußern derzeit 23% der Bürger, was Platz 4 der diesjährigen Sorgenliste bedeutet. Damit geht die Besorgnis zwar um 17 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017 zurück, allerdings löste die damals bevorstehende Präsidentschaftswahl auch eine sichtlich größere Besorgnis als in den Jahren zuvor aus. Das politische System Irans ermöglicht es, dass der Religionsführer Gesetze und Kandidaten verhindern kann, die den islamischen Anforderungen nicht genügen.

Hinzu kommt, dass die politische Elite offenbar teilweise in die eigene Tasche wirtschaftet – und das prangern die Menschen an: Bei der **Korruption** sehen 19% der Iraner Handlungsbedarf, das ist ein Anstieg um 12 Prozentpunkte. Dem CPI von Transparency International zufolge ist die Korruption in Iran mit einem Wert von 30 weiterhin deutlich wahrnehmbar, obwohl die Regierung unter Präsident Rohani stärker gegen die Korruption vorgehen wollte.

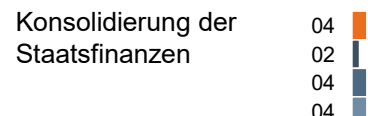
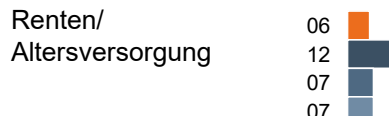
Auf dem Arbeitsmarkt ist der wirtschaftliche Aufschwung noch zu wenig angekommen, was sich in der Entwicklung der Arbeitslosenquote widerspiegelt: Laut Weltbank waren 2017 13,1% der Iraner arbeitslos, damit nimmt die Arbeitslosigkeit seit 2014 zu, und zwar insbesondere bei den unter 25-Jährigen. Von den Jüngeren waren 2017 rund 30% arbeitslos, Schätzungen zufolge könnte der Anteil sogar noch höher sein. Auch hier zeigt sich eine steigende Tendenz. Jedes Jahr drängen über eine Million junge Menschen auf den Arbeitsmarkt, es können aber nicht so viele neue Jobs geschaffen werden. Die Besorgnis über die **Arbeitslosigkeit** belegt mit einem erneuten Rückgang auf 16% aktuell nur noch den sechsten Platz. Die Bekämpfung der **Jugendarbeitslosigkeit** betrachten weiterhin 8% der Iraner als dringend zu lösende Aufgabe.

Japan /// In Japan spielen traditionell die Familienpolitik (15%) und die Altenpflege (12%) die wichtigste Rolle, generell wird nur verhalten Kritik geäußert

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Japan zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



- 2018
- 2017
- 2016
- 2015



Nachrichtlich:
Wirtschaftliche
Stabilität: 4%
(2017: 7%)
Preis-/Kaufkraft-
entwicklung: 4%
(2017: 3%)
Umweltschutz: 4%
(2017: 5%)

Basis 2018: 1.200 Befragte

Japan /// Zentrale Ergebnisse (1)



Kulturell bedingt gibt sich die japanische Bevölkerung stets eher zurückhaltend, wenn es darum geht, Probleme oder Negatives offen anzusprechen. Das zeigt sich auch in dieser Studie: Knapp ein Drittel gibt keine Antwort, das ist eine spürbare Zunahme seit 2017. Zudem sieht jeder Zehnte keinerlei Probleme im Land. Mit durchschnittlich 1,3 genannten Themen pro Person liegt Japan denn auch am unteren Ende des Ländervergleichs.

Erneut wird die **Familienpolitik** zur wichtigsten Aufgabe gekürt, wenn auch die Besorgnis darum im Vergleich zum Vorjahr um 7 Prozentpunkte abnimmt. Derzeit sind, ähnlich wie 2016, 15% der Bürger besorgt. Die Betrachtung der Antworten im Detail zeigt klar, dass hier die Kinderlosigkeit und der demografische Wandel im Vordergrund stehen. Nach UN-Angaben nimmt die Einwohnerzahl seit Beginn dieses Jahrtausends kontinuierlich ab. Diese Entwicklung wird sich noch beschleunigen, da Japan bereits jetzt als das Land mit der ältesten Bevölkerung weltweit gilt. Bis 2050 werden rund 15 Millionen Menschen weniger in Japan leben als heute. Doch nicht nur die schrumpfende Bevölkerung insgesamt wird Probleme bereiten. Vor allem wird der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahre noch weiter zurückgehen. Die Auswirkungen zeigen sich bereits heute, denn die

Arbeitslosenquote ist unter die 3%-Marke gesunken. Als Konsequenz können viele Unternehmen den Fachkräftebedarf nicht mehr decken.

Die Kombination aus alternder Gesellschaft und Fachkräftemangel führt zu großen Herausforderungen in der **Altenpflege**. Dieses Thema belegt darum auch 2018 wieder den zweiten Rang der Sorgenliste, mit 12% geht die Beunruhigung allerdings zurück. Da sich das Land nicht für die Zuwanderung von Pflegekräften öffnet, setzt Japan auf technische Unterstützung. So ist es in der Assistenzrobotik weltweit führend. Pflegeroboter sind in der Entwicklung zwar schon weit fortgeschritten, aber noch nicht voll einsetzbar.

Die **Altersversorgung** stellt zudem die Rentenkassen vor Probleme. Die Sorge über die Renten hat sich zwar halbiert, mit 6% liegt das Thema aber aktuell immer noch auf Platz 5. Dabei arbeiten viele Japaner schon länger, als sie gesetzlich müssten. Dadurch erhalten sie später eine höhere Rente. Aber die Älteren sind noch stärker kollektivistisch orientiert als jüngere Generationen, daher spielt womöglich auch eine Rolle, dass sie den Staat weniger belasten möchten.

Japan /// Zentrale Ergebnisse (2)



In den Top 5 der Sorgen gibt es gleich mehrere Themen, die mit dem angespannten Verhältnis zu Nordkorea zusammenhängen. So machen sich die Japaner verstärkt Gedanken über die **Friedenssicherung**. Die Besorgnis darüber ist sprunghaft von 2% auf 11% gestiegen und belegt aktuell Platz 3. Im August 2017 eskalierte die Lage, als Nordkorea ohne vorherige Ankündigung eine Rakete abschoss, die über Japan hinweg flog. Die Regierung stufte dieses Ereignis als schwerwiegende Bedrohung ein, was die Bevölkerung ähnlich kritisch sieht. Die Provokationen gipfelten vorerst im September 2017, als Nordkorea Japan mit einem vernichtenden Nuklearangriff drohte.

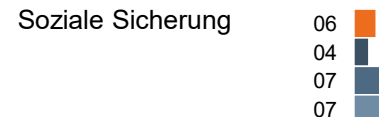
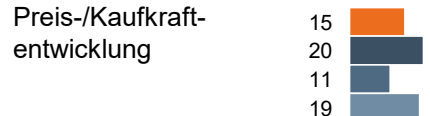
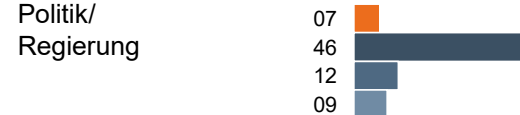
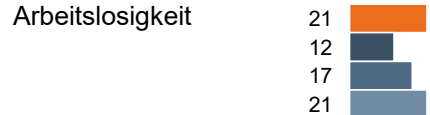
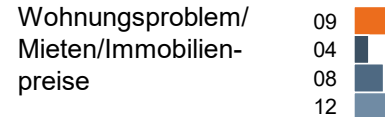
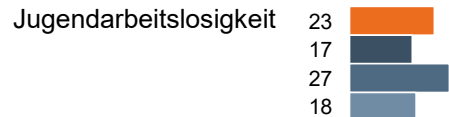
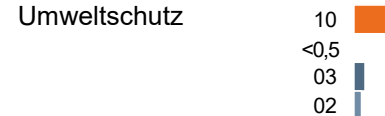
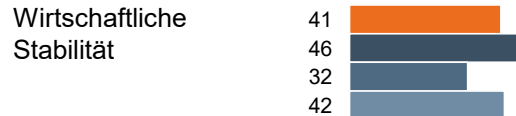
Zudem wächst der Unmut der Bevölkerung über frühere **Entführungen durch Nordkorea**. Mit einem Anstieg auf 7% schiebt sich diese Herausforderung auf Rang 4 in den Spitzenbereich. In den 1970er und 1980er Jahren hat Nordkorea systematisch Japaner entführt. Das Ziel war es damals, anhand der Entführten die eigenen Geheimagenten so zu schulen, dass sie die Sprache beherrschen und sich wie Japaner verhalten können. Die japanische Regierung geht davon aus, dass sich immer noch einige Bürger Japans in Gefangenschaft befinden, was Nordkorea allerdings bestreitet. Im November 2017 dürfte diese Thematik wieder

an Präsenz gewonnen haben, weil sich die Entführung einer damals 13-Jährigen zum 40. Mal jährte. Nicht nur Ministerpräsident Abe misst der Rückholung der Entführten höchste Priorität bei, auch US-Präsident Trump bot seine Unterstützung an.

Die USA sind ein wichtiger Handelspartner und maßgeblicher Akteur der Außenpolitik Japans. Das transpazifische Freihandelsabkommen TPP zwischen diesen beiden und weiteren Ländern wurde als wichtiges Mittel zur wirtschaftlichen Entwicklung angesehen. Doch im Februar 2017 sind die USA aus dem Freihandelsabkommen ausgestiegen, wodurch sich die Besorgnis über das Thema **Außenpolitik** auf 14% verdoppelte. Nun hat sich die Lage allerdings offenbar wieder entspannt, denn nach einem Rückgang um 9 Prozentpunkte rangiert die Sorge bei nur noch 5%. Obwohl Präsident Trump deutliche Kritik am japanischen Wirtschaftssystem äußerte, wollen beide Länder die Wirtschaftskooperation ausbauen. Auch die EU strebt eine engere Zusammenarbeit mit Japan an und hat deshalb im Juli 2018 ein Freihandelsabkommen unterzeichnet. Zudem dürfte es für die Japaner derzeit beruhigend sein, mit den USA und Südkorea politische und militärische Verbündete gegen die Bedrohung aus Nordkorea an ihrer Seite zu wissen.

Südkorea /// Für die Südkoreaner stellt die konjunkturelle Entwicklung die Hauptsorge dar, sie sinkt aber auf 41%

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Südkorea zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2018
■ 2017
■ 2016
■ 2015

Basis 2018: 1.500 Befragte

Nachrichtlich:
 Korruption: 6%
 (2017: 4%)
 Beziehungen zu
 Nordkorea: 4%
 (2017: 1%), Platz 13

Südkorea /// Zentrale Ergebnisse (1)



Vor allem ein Thema hat aus Sicht der Südkoreaner derzeit an Brisanz verloren: 2017 kritisierte noch fast die Hälfte der Befragten die **Politik** und die **Regierung**, doch aktuell äußern nur noch 7% ihren Unmut darüber. Die große Besorgnis 2017 hing mit dem Korruptionsskandal um Ex-Präsidentin Park zusammen. Ihr wurde vorgeworfen, ihrer Vertrauten Choi ohne offizielles Amt Einfluss auf Regierungsgeschäfte gewährt zu haben. Im März 2017 wurde Park dann des Amtes enthoben. Unter dem neugewählten linksliberalen Präsidenten Moon scheint sich die politische Lage zu entspannen. Während er innenpolitisch für einen Bruch mit der Politik seiner Vorgängerin Park und für die Bekämpfung von Korruption steht, setzt er sich außenpolitisch für Gespräche mit Nordkorea ein.

Der nördliche Nachbar hatte 2017 die Beziehungen zu Südkorea – neben denen zu Japan und den USA – durch Raketen- und Atomwaffentests belastet. Mittlerweile zeichnet sich jedoch Entspannung ab: Bei der Eröffnungsfeier der Winterolympiade 2018 in Südkorea liefen die beiden Länder zum ersten Mal seit 2006 wieder unter einer gemeinsamen Flagge auf. Sie stellten sogar die erste gemeinsame olympische Mannschaft seit 70 Jahren – damals war Korea noch geeint. Um an diese Annäherung anzuknüpfen, wurde

für April 2018 das dritte Gipfeltreffen beider Länder seit der Jahrtausendwende vereinbart, dem ein weiteres Treffen Ende Mai folgte. Die **Beziehungen zu Nordkorea** beschäftigen derzeit 4% der Südkoreaner.

Im Gegensatz zur politischen Lage bleibt die **wirtschaftliche Situation** 2018 zwar Spitzenreiter, aber auch mit rückläufiger Tendenz. Dies könnte an dem stabilen Wirtschaftswachstum liegen, das laut OECD für 2017 3,1% beträgt – und damit sogar über den Erwartungen der koreanischen Zentralbank gelegen haben dürfte. Doch das wirtschaftliche System Südkoreas birgt Risiken. Die Wirtschaft wird von den „Jaebeols“ dominiert, den großen Familienkonzernen wie Samsung, Hyundai oder LG, die lange von der Regierung gefördert wurden. Dagegen haben es kleine und mittlere Unternehmen, in denen jedoch noch der Großteil der Bevölkerung arbeitet, oft schwer, sich zu etablieren. Viele dieser Unternehmen sind über Aufträge direkt von den großen Konzernen abhängig. Und sie haben es schwer, Mitarbeiter zu rekrutieren. Denn die großen Konzerne bieten ihren Mitarbeitern häufig sehr gute Bedingungen, während kleinere Unternehmen meist nur geringere Löhne und Gehälter zahlen können.



Die Regierung von Präsident Moon versucht, dieses Lohngefälle zwischen großen und kleinen Unternehmen zu verringern. Dafür erhöhte sie 2017 den Mindestlohn um 16% und unterstützt zugleich kleine Unternehmen mit milliardensubventionen. Inwieweit diese Lohnpolitik jedoch auf Dauer finanzierbar ist, bleibt abzuwarten. Die Verteuerung der Exporte durch die Aufwertung der Währung Won sowie eine mögliche Zinserhöhung, welche die Finanzierungskosten für die Unternehmen steigen lässt, bedeuten zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft. Zudem ist die Inflationsrate laut OECD von 1,0% im Jahr 2016 auf 1,9% im Jahr 2017 gestiegen. Um die **Preis-** und **Kaufkraftentwicklung** sorgen sich aktuell 15% der Bürger. Damit nimmt auch diese Sorge ab und belegt nun Rang 4 der Agenda.

Die Arbeitslosenquote blieb 2017 laut OECD stabil. Sie lag insgesamt bei 3,7% und für unter 25-Jährige bei 10,3%. Doch könnten die von der Regierung angekündigte Stärkung des Mittelstands zu Lasten der Jaebeols und die Lohnerhöhungen Stellen kosten. Vermutlich wächst deshalb die Sorge über den Arbeitsmarkt. So machen sich 23% der Südkoreaner Gedanken über die **Jugendarbeitslosigkeit** und 21% über die **Arbeitslosigkeit** allgemein.

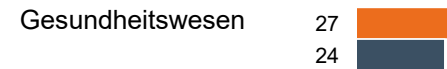
Auf Platz 5 der Sorgenliste rangiert die **Familienpolitik** mit 12% und einem Zuwachs von 7 Prozentpunkten. Hierbei steht vor allem der demografische Wandel im Fokus: Wegen einer sehr niedrigen Geburtenrate nimmt der Bevölkerungsanteil der Älteren stetig zu, dagegen gibt es längerfristig immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter. Dies wird neben höheren Kosten für die Sozialsysteme auch zu einer geringeren Wirtschaftsleistung führen. Die Regierung versucht der Entwicklung entgegenzusteuern, indem sie über Investitionen vor allem Arbeitsplätze für Jüngere schafft.

Erstmals taucht 2018 der **Umweltschutz** in den Top 10 der Besorgnis auf. Mit 10% machen sich deutlich mehr Südkoreaner Sorgen darüber als im vergangenen Jahr mit nur knapp 0,5%. Am meisten verunsichert die Südkoreaner dabei die Bedrohung durch Feinstaub. So treibt verschmutzte Luft aus China über das Meer nach Südkorea, zudem erzeugt das Land einen hohen Anteil seiner Energie aus Kohlekraftwerken, die ebenfalls die Luft belasten. Daher will Präsident Moon während seiner fünfjährigen Amtszeit zehn Kohlekraftwerke abschalten. Zudem könnte die Olympiade dem Thema mehr Aufmerksamkeit gebracht haben. So wurden für die Spiele viele Bauten neu errichtet. Hierfür mussten mehr als 50.000 Bäume gefällt werden, die bis zu 500 Jahre alt waren.

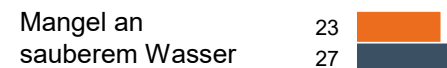
5 Afrika

Kenia /// Die Inflation stellt in Kenia die größte Herausforderung dar, obwohl die Besorgnis auf 39% zurückgeht

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Kenia zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Arbeitslosigkeit
gesamt (netto)
2018: 50%
2017: 57%



■ 2018
■ 2017

Basis 2018: 1.012 Befragte

Nachrichtlich:
Friedenssicherung: 21%
(2017: 32%), Platz 11
Bildungspolitik: 21%
(2017: 18%), Platz 12
Tribalismus: 21%
(2017: 22%), Platz 13



Kenia ist 2018 zum zweiten Mal Teil der Studie Challenges of Nations. Das Land ist geprägt von Armut, Korruption, einer instabilen Sicherheitslage und einer politisch schwierigen Lage. Das spiegelt sich auch in den großen Veränderungen bei vielen Themen wider. Dabei fällt auch auf, dass sich jeweils ein Drittel bis ein Viertel der Bürger über die unter den Top 10 genannten Themen sorgt. Somit sind zwar keine eindeutigen Schwerpunkte erkennbar, doch der Problemdruck der Bevölkerung bleibt hoch – und erhöht sich noch im Vergleich zu 2017 auf 4,8 Antworten pro Person. Das ist der höchste Wert aller Länder dieser Studie.

Die Hauptsorge der Kenianer stellt die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** dar. Obwohl diese nicht mehr die Hälfte, sondern aktuell nur noch 39% der Menschen beschäftigt, bleibt die Besorgnis hoch. Die Bürger kritisieren vor allem die hohen Kosten für Nahrungsmittel, die unter anderem auf Ernteauffälle wegen der Dürreperiode zurückzuführen sind. Die Preise für Maismehl, das dem Großteil der Bevölkerung als Grundnahrungsmittel dient, stiegen um bis zu 30%. Das konnten sich viele Menschen aber nicht mehr leisten. Insgesamt betrug die Inflation für 2017 Schätzungen von GTAI zufolge 8,0%, ist aber laut Kenianischem Statistikbüro ab September 2017 gesunken. Für 2018 wird derzeit ein

Preisanstieg von 5,2% prognostiziert.

Insgesamt betrachtet befände sich die Sorge über den Arbeitsmarkt auf dem ersten Platz, denn die Hälfte der Kenianer nennt entweder die Arbeitslosigkeit allgemein oder die Jugendarbeitslosigkeit als dringende Aufgabe. Gerade in Kenia, wo laut UN über 40% der Bevölkerung jünger als 15 Jahre ist, lohnt sich aber diese Unterscheidung – zumal sich die Wahrnehmung aktuell verschiebt: Die Sorge über die **Arbeitslosigkeit** allgemein hat sich auf 24% halbiert, das bedeutet Rang 9. Doch über die **Jugendarbeitslosigkeit** sind sichtlich mehr Menschen beunruhigt, der aktuelle Wert hat sich mit 28% mehr als vervierfacht (Platz 4). Dies steht auch in Einklang mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt: Der Weltbank zufolge waren 2017 nahezu gleichbleibend insgesamt 11,5% der Menschen arbeitslos, bei den unter 25-Jährigen aber 26,2%. Und eine Besserung ist nicht in Sicht, denn durch die demografische Entwicklung drängen jedes Jahr rund 800.000 neue Bewerber auf den Arbeitsmarkt, das sind sehr viel mehr als im Moment neue Stellen geschaffen werden können. Hinzu kommt, dass die Ausbildung zu wenig an die Erfordernisse des Arbeitsmarkts angepasst ist. Auch die Sorge über das **Bildungssystem** nimmt zu, auf nun 21%.

Kenia /// Zentrale Ergebnisse (2)



Mangels Perspektiven, mit einem Job legal Geld zu verdienen, geraten junge Kenianer auch auf die schiefe Bahn. Die **Kriminalität** bereitet 2018 rund einem Drittel der Kenianer Sorgen – gegenüber 5% in 2017. Dabei gibt knapp jeder Zehnte an, sich auf den Straßen nicht sicher zu fühlen. Das könnte auch mit den Protesten zur Zeit der Präsidentschaftswahlen zusammenhängen, bei denen laut Amnesty International und Human Rights Watch landesweit mehr als 100 Menschen ums Leben kamen.

Die politische Situation war lange angespannt: So reichte nach der Wiederwahl des amtierenden Präsidenten Kenyatta im August 2017 der Oppositionsführer Odinga Beschwerde beim Obersten Gericht ein, das den Wahlsieg wegen Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärte. Weil Wahlreformen nicht umgesetzt worden waren, boykottierten aber Teile der Opposition die Wahl. Somit entfielen fast alle Stimmen auf den Amtsinhaber. Mit knapp 40% war die Wahlbeteiligung jedoch gering – auch weil in einigen Regionen aus Sicherheitsgründen nicht abgestimmt werden konnte. Die Beunruhigung gegenüber dem Themenfeld **Politik** und **Regierung** nimmt merklich auf 28% zu. Zwar einigten sich im März 2018 beide Kontrahenten auf eine Zusammenarbeit, bedenklich bleibt aber Kenyattas teils gewaltsames Vorgehen gegen die Oppo-

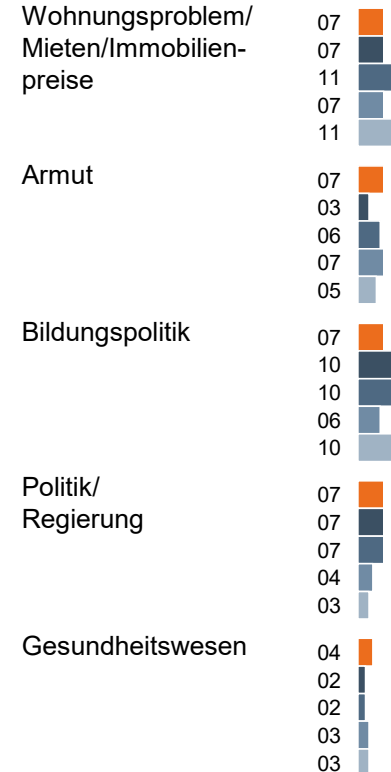
sition und die Presse sowie seine Kritik an der Justiz, nachdem diese die Wahl wiederholen ließ.

Möglicherweise hatte die Entscheidung der Justiz, die Wahl wiederholen zu lassen, einen positiven Einfluss auf die **Korruption** im Land. Mit 32% zählt dieses Problem zwar immer noch zu den drei größten Herausforderungen in Kenia, verliert aber an Bedeutung. Da ein CPI von 28 Punkten jedoch eine deutlich wahrgenommene Korruption ausdrückt, ist hier eher von einer Verschiebung in der Wahrnehmung von Missständen auszugehen.

Kenia muss sich, im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern dieser Studie, bis heute mit Defiziten in der Grundversorgung auseinandersetzen. So sind 23% der Bürger explizit über den **Mangel an sauberem Wasser** beunruhigt. Der UN zufolge hat nur etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf dem Land Zugang zu sauberem Wasser, in den Städten sind es über 80%. Die anhaltende Dürre hat dies sicherlich noch verschärft. Ähnlich wie beim **Umweltschutz**, der sich mit 26% ebenfalls unter den Top 10 befindet, nimmt die Besorgnis ab. Das könnte daran liegen, dass die Regierung den Anspruch auf eine saubere und gesunde Umwelt als Grundrecht in die Verfassung aufnahm.

Südafrika /// Die Kriminalität im Land spielt für die Südafrikaner die zentrale Rolle, die Beunruhigung nimmt wieder auf 43% zu

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Südafrika zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2018
■ 2017
■ 2016
■ 2015
■ 2014

Basis 2018: 1.200 Befragte



In Südafrika belegt die Forderung, die **Kriminalität** verstärkt zu bekämpfen, auch 2018 den ersten Platz der Agenda. Während sich die Lage in den vergangenen Jahren etwas zu entspannen schien, nimmt die Besorgnis aktuell wieder auf 43% zu. Der polizeilichen Kriminalitätsstatistik von 2016/2017 zufolge stieg die Anzahl der Morde verglichen mit der Vorperiode leicht. Demnach wurden in diesem Zeitraum durchschnittlich 52 Personen pro Tag ermordet. Wie schon im Vorjahr ist die Mordrate in den Provinzen Ost- und Westkap am höchsten. An Brisanz gewinnt auch das Carjacking: Jeden Tag werden rund 46 Autos unter Androhung von Gewalt gestohlen – das ist eine Zunahme um 14,5% und der höchste Wert der vergangenen zehn Jahre. Auch die Zahl der Überfälle im eigenen Haus nimmt zu. Hier dürfte der weltweit bekannte Fall des früheren Paralympics-Gewinners Pistorius im Fokus stehen. Er erschoss 2013 seine Freundin durch eine verschlossene Tür, da er sie nach eigenen Angaben für einen Einbrecher gehalten hatte. Zunächst wurde er zu einer Haftstrafe von lediglich fünf Jahren verurteilt, wobei er nach einem Jahr Haft bereits in den Hausarrest entlassen wurde. In der Bevölkerung stieß dieses ungewöhnlich milde Urteil auf Unverständnis. Viele darin ein Zeichen, dass die weiße Minderheit im Land vor Gericht

immer noch weniger streng beurteilt wird als Schwarze, die oft auch weniger Geld zur Verfügung haben. Ende 2017 haben Richter das Urteil jedoch deutlich auf mehr als 13 Jahre Haft erhöht. Rückläufig entwickelt sich aktuell die Zahl der unbewaffneten Überfälle, dafür nehmen allerdings bewaffnete Raubüberfälle wieder zu. Davon sind neuerdings auch Touristen betroffen, die etwa am Flughafen von Johannesburg oder während der Fahrt vom Flughafen ins Hotel überfallen werden. Besonders aufsehenerregend war der brutale Raubüberfall auf eine Touristengruppe im Herbst 2017, bei dem die Täter als Polizisten verkleidet waren. Mit Hilfe solcher Verkleidungen stahlen Täter bereits im März 2017 am Flughafen Johannesburg Geldsäcke, in denen sich umgerechnet mehrere Millionen US-Dollar befanden.

Eng mit der Kriminalität verknüpft ist die Sorge über die **Korruption**, die 2018 leicht auf 21% zunimmt. Der Corruption Perceptions Index von Transparency International für Südafrika lag 2017 mit 43 Punkten zwar zwei Punkte niedriger als 2016. Die Korruption im Land bleibt damit aber weit verbreitet. Exemplarisch hierfür steht Ex-Präsident Zuma, dem schon seit Jahren Amtsmissbrauch, Korruption und Vetternwirtschaft vorgeworfen werden.



Im Oktober 2017 nahm die Justiz gegen den damaligen Präsidenten ein Korruptionsverfahren in mehreren hundert Fällen wieder auf, wobei sich der Großteil offenbar in der Zeit seiner Präsidentschaft zugetragen hat. Zuletzt stand Zuma unter anderem wegen seiner engen Beziehungen zur einflussreichen indischstämmigen Gupta-Familie in der Kritik. Mitte Februar 2018 – gegen Ende dieser Befragung – beugte er sich dann dem Druck und trat zurück. Sein Nachfolger Ramaphosa versprach beim Amtsantritt, er wolle gegen die Korruption im Land vorgehen. Über die **Politik** und die **Regierung** sind unverändert 7% der Bevölkerung besorgt.

Der neue südafrikanische Präsident will nicht nur die Korruption bekämpfen, sondern auch die Wirtschaft stärken und mehr Arbeitsplätze schaffen. Die hohe **Arbeitslosigkeit** erfüllt ein Drittel der Südafrikaner mit Sorge. Laut Weltbank erreichte die Arbeitslosenquote 2017 nach stetiger Zunahme 27,3%. Unter den 15- bis 24-Jährigen hatte sogar mehr als die Hälfte keinen Job. Wie hoch die Arbeitslosigkeit tatsächlich ist, lässt sich aber wegen der zahlreichen Beschäftigten im informellen Sektor nur schwer abschätzen. In jedem Fall tritt infolge des hohen Bevölkerungswachstums jedes Jahr rund eine halbe Million junge Menschen in den ohnehin angespannten Arbeitsmarkt ein. Die Sorge über die **Armut**

nimmt ebenfalls zu, sie liegt jetzt bei 7% und ist damit mehr als doppelt so hoch wie noch im Vorjahr.


Die **Suchtproblematik** betrachten dagegen mit aktuell 8% weniger Bürger als lösungsbedürftig als noch 2017. Der polizeilichen Kriminalitätsstatistik zufolge stieg zwar die Zahl der Drogendelikte. Das bedeutet jedoch nicht unbedingt, dass diese Vergehen zugenommen haben – sondern vielmehr, dass sie von der Polizei jetzt verstärkt geahndet werden.

Zunehmenden Handlungsbedarf sehen die Südafrikaner bei der **Wasserversorgung**: Im Jahr 2018 zeigen sich darüber 7% der Bürger beunruhigt (Platz 5). Ursache hierfür ist sicherlich die schwere Dürre, die bereits seit drei Jahren anhält. Aufgrund der akuten Wasserknappheit wurden Anfang Februar 2018 verschärfte Wasserrestriktionen für Kapstadt erlassen – dort ist die Besorgnis über dieses Thema mit 17% denn auch sichtlich größer. Jeder Bürger darf nun nur noch 50 Liter Wasser pro Tag verbrauchen. Zum Vergleich: Die Deutschen verbrauchen derzeit pro Kopf durchschnittlich 120 Liter. Die Einsparungen zeigen in Südafrika bereits Erfolge, denn der sogenannte Day Zero, an dem voraussichtlich die Wasserversorgung zusammenbrechen würde, konnte bisher vermieden werden.

6 Anhang und Methode

Deutschland /// Die Herausforderungen 2018 – 25 Jahre im Überblick

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)


 freie Antworten	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Zuwanderung/Integration	24	20	18	15	12	11	11	13	13	7	6	7	13	7	9	7	8	16	7	8	13	35	83	56	53
Renten/Altersversorgung	9	10	17	15	14	10	17	15	12	18	20	12	18	18	23	9	19	17	13	14	24	16	8	14	20
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	3	10	6	5	6	12	13	14	15	10	17	20
Bildungspolitik	1	1	1	1	3	3	3	4	5	4	6	7	9	10	17	14	14	23	12	16	12	15	9	12	18
Politik/Regierung	4	1	2	3	3	2	4	3	6	7	8	8	6	7	9	10	10	12	13	7	7	6	10	9	16
Gesundheitswesen	4	2	3	4	6	2	6	5	5	15	14	7	15	13	12	10	21	19	11	7	10	9	6	5	14
Preis-/Kaufkraftentwicklung	7	7	4	5	4	2	5	15	14	10	9	11	11	18	37	13	24	33	26	29	26	16	8	12	12
Arbeitslosigkeit	66	61	81	79	86	71	66	59	74	75	77	81	80	67	53	57	66	55	34	32	33	22	13	16	12
Wohnungsproblem/Mieten	14	8	6	3	1	0	1	1	1	0	0	-	1	1	1	1	1	2	1	3	5	4	6	8	12
Kriminalität	18	19	13	9	19	9	10	10	17	10	7	6	6	10	13	8	15	17	7	8	11	10	10	16	11
Soziale Sicherung	6	8	9	8	9	7	7	7	8	12	13	7	10	8	13	13	17	25	11	12	11	9	8	11	10
Altenpflege*	-	-	-	-	-	0	1	2	1	1	1	1	1	3	6	4	2	4	6	2	3	2	3	2	9
Umweltschutz	15	23	13	6	5	4	6	11	5	4	3	3	5	16	12	7	10	14	12	7	10	6	5	7	9
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	4	4	2	2	4	7	9	8	9	7	13	9	10	10	6	4	4	8
Wirtschaftliche Stabilität	13	7	7	7	5	4	4	4	11	16	16	12	8	6	7	36	26	14	24	16	10	15	6	5	7
Basis:	2141	2455	2427	2521	2486	2492	2451	2452	2022	1959	1979	1955	1974	1971	2010	2072	2063	2076	2087	2042	2018	1960	2104	2018	2139

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

Deutschland /// Die Herausforderungen 2018 – 25 Jahre im Überblick

Alte Bundesländer

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)


 freie Antworten	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Zuwanderung/Integration	28	23	20	17	14	10	12	13	15	7	7	6	15	8	10	8	9	17	7	8	14	35	84	56	54
Renten/Altersversorgung	10	11	19	17	16	11	19	16	13	19	22	14	20	19	24	9	19	18	13	14	26	16	8	14	21
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	3	9	5	5	6	11	13	15	16	9	16	19
Bildungspolitik	1	1	1	1	3	3	3	4	5	5	7	7	9	10	17	14	14	23	12	17	12	14	9	11	18
Politik/Regierung	4	1	1	3	3	2	4	3	6	6	8	8	5	6	9	10	10	11	14	6	6	5	8	8	14
Gesundheitswesen	5	2	3	5	6	2	6	5	5	16	15	8	15	13	12	10	21	17	10	8	10	9	6	5	14
Wohnungsproblem/Mieten	15	8	6	3	1	0	1	1	1	-	-	1	1	1	1	1	1	2	1	3	5	4	7	9	12
Preis-/Kaufkraftentwicklung	7	8	4	5	4	2	5	14	12	9	9	11	10	16	37	13	22	31	24	26	23	15	7	10	11
Arbeitslosigkeit	63	58	80	77	84	69	64	55	71	73	75	80	79	64	51	55	64	53	32	28	32	21	12	15	11
Kriminalität	16	18	11	8	17	9	8	9	17	9	6	6	6	10	13	7	15	16	7	8	11	10	9	14	10
Soziale Sicherung	5	7	8	6	9	6	6	7	7	11	11	7	9	7	12	12	17	24	10	13	11	8	8	10	10
Altenpflege*	-	-	-	-	-	0	1	2	1	1	1	1	1	3	5	4	1	5	6	2	4	2	3	2	9
Umweltschutz	17	26	15	7	5	5	7	13	6	5	3	3	5	16	14	8	11	14	13	7	11	7	5	7	9
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	4	4	2	2	4	7	10	8	9	7	13	9	10	10	6	3	4	8
Wirtschaftliche Stabilität	13	6	6	7	5	4	4	4	11	16	17	12	7	5	6	38	27	14	25	16	9	16	6	5	7
Basis:	1708	1945	1932	2002	1975	1979	1946	1952	1607	1557	1575	1560	1575	1575	1614	1666	1669	1723	1732	1621	1608	1562	1677	1620	1718

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

Deutschland /// Die Herausforderungen 2018 – 25 Jahre im Überblick

Neue Bundesländer

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

 freie Antworten	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Zuwanderung/ Integration	10	7	11	5	5	8	8	12	7	4	3	4	8	2	5	4	6	12	3	5	9	35	81	57	49
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	3	4	13	6	6	7	12	11	11	12	11	20	22
Politik/Regierung	2	0	2	3	4	1	4	2	7	11	6	8	9	10	12	12	12	17	12	8	9	10	14	12	20
Bildungspolitik	1	1	0	0	2	3	2	3	4	3	6	5	9	8	16	13	13	22	9	14	10	15	10	13	19
Preis-/Kaufkraftentwicklung	6	2	4	4	6	3	5	20	14	14	10	13	13	27	39	15	31	43	39	38	34	17	10	18	17
Kriminalität	24	25	19	13	26	9	16	13	16	11	8	8	7	10	13	13	15	21	8	8	13	13	11	26	17
Arbeitslosigkeit	78	74	86	85	92	78	76	79	87	82	84	86	85	76	63	63	73	68	45	44	40	27	16	20	16
Renten/Altersversorgung	5	6	8	7	7	7	8	11	6	13	12	6	12	11	17	9	17	16	13	11	19	14	7	12	16
Gesundheitswesen	1	1	1	2	5	2	4	5	5	10	11	4	15	12	10	12	21	25	12	6	10	9	6	7	15
Soziale Sicherung	12	13	15	14	11	9	8	9	13	16	20	9	16	12	18	18	17	32	14	11	13	14	9	13	12
Wohnungsproblem/Mieten	12	8	5	2	2	0	1	2	-	-	-	-	-	0	1	0	1	1	1	3	5	3	3	7	11
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	3	3	1	3	4	7	9	6	9	8	12	9	8	12	7	5	5	8
Altenpflege*	-	-	-	-	-	0	1	0	0	0	1	0	1	3	6	2	3	3	5	2	0	2	2	1	8
Umweltschutz	6	11	6	4	3	1	2	7	4	0	2	4	5	14	5	3	6	14	7	4	9	4	5	8	7
Terrorismus*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	0	1	1	0	1	0	5	4	9	7
Basis:	433	510	495	519	511	513	505	500	415	402	404	395	399	396	396	406	394	353	355	421	410	398	427	398	421

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

Fragestellung

Es handelt sich um eine einzige offene Frage, ohne jegliche Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen sind möglich:

„Was sind Ihrer Meinung nach die dringendsten Aufgaben, die heute [im jeweiligen Land] zu lösen sind?“

Abdeckung

2018: 19 Länder weltweit
(Länder und ihre regionale Abdeckung siehe Methodik)










Charts

- Bei den Werten auf den Datencharts handelt es sich um gerundete und – bei den „Nationen im Überblick“ – um hochgerechnete Zahlen
- Der Wert „-“ bedeutet, dass die Herausforderung nicht genannt wurde

Methodische Veränderungen im Vergleich zu 2017











- Russland: Methodenwechsel
- Türkei: Institutswechsel



Europa	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung in Prozent	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung in Mio. Personen	Anzahl der Interviews	Methode	Alter	Regionale Abdeckung	Feldzeit	Befragung seit
 Frankreich	81,5	53,0 Mio.	1.054	CAPI	15+	Landesweit	Feb 18	2001
 Deutschland	88,0	72,3 Mio.	2.139	CAPI	14+	Landesweit	Feb / März 18	1990
 Italien	86,3	51,2 Mio.	1.079	CAPI	15+	Landesweit	Feb 18	2001
 Polen	85,0	32,4 Mio.	1.000	CAPI	15+	Landesweit	Feb 18	2001
 Russland	82,4	118,7 Mio.	2.114	TAPI	16+	Landesweit außer dünn besiedelte Gebiete in Nordrussland und Nordkaukasusregion	Feb 18	2005
 Spanien	85,2	39,5 Mio.	1.015	CAPI	15+	Landesweit	Feb 18	2001
 Schweden	81,8	8,1 Mio.	1.024	CATI	16-84	Landesweit	Jan / Feb 18	2010
 Türkei	36,0	29,1 Mio.	1.505	CAPI	18-65	18 Provinzen, städtisch und ländlich	März 18	2014
 Großbritannien	81,0	53,6 Mio.	1.026	CAPI	16+	Landesweit	Feb 18	2001

Die Feldarbeit erfolgte im Rahmen des GfK GLOBO BUS®

Methode Nord- und Südamerika, Afrika, Asien

Nord- und Südamerika	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung in Prozent	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung in Mio. Personen	Anzahl der Interviews	Methode	Alter	Regionale Abdeckung	Feldzeit	Befragung seit
 Brasilien	72,0%	150,6 Mio.	1.000	CATI	18+	Landesweit	März 18	2014
 Mexiko	72,4%	93,5 Mio.	1.000	CATI	15+	Landesweit	Jan / Feb 18	2016
 USA	77,3%	250,7 Mio.	1.000	CAWI	18+	Landesweit	Feb 18	2014
Afrika								
 Kenia	11,2%	5,5 Mio.	1.012	PAPI	18+	Nairobi, Mombasa, Kisumu	Feb 18	2017
 Südafrika	22,9%	13,0 Mio.	1.200	CAPI	16+	Metropolregion Gauteng, KwaZulu-Natal, Kapstadt	Jan / Feb 18	2014
Asien und Pazifik								
 Indien	5,0%	67,0 Mio.	1.064	PAPI	15-64	Mumbai, Neu Delhi, Kolkata, Chennai	März 18	2015
 Indonesien	7,0%	18,5 Mio.	1.098	PAPI	15-64	Jakarta, Surabaya, Medan, Bandung, Makassar	März 18	2015
 Iran	29,0%	23,5 Mio.	1.000	PAPI ad hoc	18+	Teheran, Mashad, Esfahan, Tabrez, Shiraz	März / April 18	2015
 Japan	79,3%	101,1 Mio.	1.200	PAPI	15-79	Landesweit	Feb 18	2015
 Südkorea	80,9%	41,2 Mio.	1.500	PAPI	19+	Landesweit	Jan / Feb 18	2015

Die Feldarbeit erfolgte im Rahmen des GfK GLOBO BUS®

Quellenverzeichnis (1)

Offline-Recherche:

- Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, GfK Verein: Asiens zweiter Sprung nach vorn. Die sozio-ökonomische und demografische Entwicklung des bevölkerungsreichsten Kontinents. Nürnberg 2014.
- Der neue Fischer Weltalmanach 2018. Zahlen, Daten. Fakten. Frankfurt am Main 2017.

Online-Recherche in Internetauftritten, z.B.

- Africa Check.
URL: <https://africacheck.org/> (Stand: Q1/2018).
- Amnesty International.
URL: <http://www.amnesty.de> (Stand: Q2/2018).
- Amnesty International/Human Rights Watch: Security Forces Violations in Kenya's August 2017 Elections, October 2017
URL: <https://www.hrw.org>
- Aponet.de – Das offizielle Gesundheitsportal der deutschen Apothekerinnen.
URL: <https://www.aponet.de> (Stand: Q2/2018).
- Auswärtiges Amt.
URL: <http://www.auswaertiges-amt.de> (Stand: Q2/2018).
- Benzinpreis.de.
URL: <https://www.benzinpreis.de> (Stand: Q2/2018).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
URL: <http://www.bamf.de> (Q1/2018).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung.
URL: <https://www.bmbf.de> (Stand: Q3/2017).

- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).
URL: <https://www.bpb.de/> (Stand: Q2/2018).
- Caritas international.
URL: <https://www.caritas-international.de> (Stand: Q2/2018).
- Centro nacional de información.
URL: <http://www.secretariadoejecutivo.gob.mx>
- Deutsche Rentenversicherung.
URL: <https://www.deutsche-rentenversicherung.de> (Stand: Q2/2018).
- Deutsch-Russische Auslandshandelskammer.
URL: <https://www.russland.ahk.de> (Stand: Q2/2018).
- Economist Intelligence Unit (EIU).
URL: <https://www.eiu.com> (Stand: Q1/2018).
- Eidgenössisches Department für auswärtige Angelegenheiten EDA.
URL: <https://www.eda-admin.ch> (Stand: Q2/2018).
- ESS-Europe.
URL: <https://www.ess-Europe.de> (Stand: Q2/2018).
- Eurostat, European Union.
URL: <http://ec.europa.eu/eurostat/> (Stand: Q2/2018).
- Friedrich-Ebert-Stiftung.
URL: <https://www.fes.de> (Stand: Q2/2018).
- Finanzen.net.
URL: <http://www.finanzen.net/> (Stand: Q2/2018).
- FundResearch.
URL: <https://www.fundresearch.de/> (Stand: Q2/2018).

Quellenverzeichnis (2)

- Germany Trade & Invest Gesellschaft (GTAI).
URL: <http://www.gtai.de> (Stand: Q2/2018).
- GfK Kaufkraft Deutschland 2018.
URL: <https://www.gfk.com> (Stand: Q1/2018).
- Gesundheitsstadt Berlin, das Hauptstadtnetzwerk.
URL: <https://www.gesundheitsstadt-berlin.de> (Stand Q1/2018).
- Health Consumer Powerhouse.
URL: <http://www.healthpowerhouse.com/> (Stand: Q2/2018).
- IMF, International Monetary Fund.
URL: <http://www.imf.org> (Stand: Q2/2018).
- Independent Electoral and Boundaries Commission
URL: <https://www.iebc.or.ke> (Stand: Q2/2018).
- Indonesia Investments.
URL: <http://www.indonesia-investments.com> (Stand: Q2/2018).
- International Labour Organization (ILO).
URL: <http://www.ilo.org/ilostat/> (Stand: Q2/2018).
- Kenya National Bureau of Statistics.
URL: <https://www.knbs.or.ke> (Stand: Q2/2018).
- Konrad-Adenauer-Stiftung.
URL: <https://www.kas.de> (Stand: Q2/2018).
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD).
URL: <http://www.oecd.org/> (Stand: Q2/2018).
- Schweizerische Eidgenossenschaft, Schweizerische Botschaft in Brasilien,
Wirtschaftsbericht Brasilien 2016. (Stand: Q2/2017).
- Statistisches Bundesamt (Destatis).
URL: <https://www.destatis.de/> (Stand: Q2/2018).
- The World Bank.
URL: <http://www.worldbank.org/> (Stand: Q2/2018).
- Transparency International.
URL: <http://www.transparency.org/cpi2017> (Stand: Q1/2018).
- UNDP in Kenya.
URL: <https://www.ke.undp.org> (Stand: Q2/2018).
- UNFPA, United Nations Population Fund.
URL: <https://www.unfpa.org> (Stand: Q2/2018).
- United Nations Population Division.
URL: <https://www.esa.un.org> (Stand: Q1/2018).
- Vision of Humanity.
URL: <https://www.visionofhumanity.org> (Stand: Q2/2018).
- WetterOnline.
URL: <https://www.wetteronline.de> (Stand: Q2/2018).
- Wikipedia, die freie Enzyklopedie.
URL: <https://www.wikipedia.de> (Stand: Q2/2018).
- The World Economic Forum.
URL: <https://www.weforum.org> (Stand: Q4/2017).
- World Health Organization (WHO).
URL: <http://www.who.int> (Stand: Q2/2018).

Quellenverzeichnis (3)

- verschiedener deutscher Zeitungen und Zeitschriften, wie z. B. Berliner-Kurier, Berliner Morgenpost, Brand eins, Der Spiegel, Deutsche Wirtschafts Nachrichten, Die Tageszeitung (taz), Focus, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Handelsblatt, Hannoversche Allgemeine Zeitung, Heise (Telepolis), Kölner Stadt-Anzeiger, Manager Magazin, OWC, rp online, Stern, Stuttgarter Nachrichten, Süddeutsche Zeitung, Tagesspiegel, Die Welt, Die ZeitZVW
- verschiedener deutscher Rundfunk- und Fernsehsender, wie z.B. ARD, Bayrischer Rundfunk, Deutsche Welle, Deutschlandfunk, n-tv, Welt der Wunder, ZDF
- verschiedener internationaler Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehsender, wie z.B. Asienspiegel, BBC News, CBC Radio, CNN, Der Standard, Economic Times, The Economist, Euractiv, Euronews, Expat News, Financial Express, Finanzen.ch, The Guardian, Huffington Post, The Indian Express, The Jakarta Post, KBS World Radio, Neue Zürcher Zeitung (NZZ), The New York Times, Die Presse, Schweizer Radio und Fernsehen (SRF)

Hintergrundinformationen und Erklärungen seitens der GfK in den jeweiligen Befragungsländern sowie der GfK Kaufkraft Europa 2016.